

Internationale Arbeitskonferenz  
91. Tagung 2003

---

Bericht IV (2)

**Lernen und Ausbildung für die  
Arbeit in der Wissensgesellschaft:  
Die Auffassungen der  
Mitgliedsgruppen**

---



Internationales Arbeitsamt Genf

Internationale Arbeitskonferenz  
91. Tagung 2003

---

Bericht IV (2)

**Lernen und Ausbildung für die  
Arbeit in der Wissensgesellschaft:  
Die Auffassungen der  
Mitgliedsgruppen**

Vierter Punkt der Tagesordnung

---

Internationales Arbeitsamt Genf



ISBN 92-2-712877-8  
ISSN 0251-4095

---

*Erste Auflage 2003*

---

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, daß das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Mißbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den Zweigämtern des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt, ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Diese Stelle versendet auch kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen.

---

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN .....	v
EINLEITUNG.....	1
EINGEGANGENE ANTWORTEN UND KOMMENTARE.....	3
VORGESCHLAGENE SCHLUSSFOLGERUNGEN .....	121



## VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

### Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer:

Ägypten	FEI	Ägyptischer Industrieverband
Australien	ACTU	Australischer Gewerkschaftsrat
Barbados	BEC	Arbeitgeberverband von Barbados
	CTUSAB	Kongreß der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände von Barbados
Brasilien	CNI	Nationaler Industrieverband
Chile	CPC	Produktions- und Handelsverband
Dänemark	FTF	Vereinigung der Beamten- und Angestelltenverbände
	LO	Dänischer Gewerkschaftsbund
Deutschland	BDA	Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände
Ecuador	CAPEIPI	Industriekammer von Pichincha
Frankreich	MEDEF	Bewegung der Unternehmen Frankreichs
Gabun	CPG	Gabunische Arbeitgebervereinigung
Ghana	GEA	Ghanaische Arbeitgebervereinigung
	TUC	Gewerkschaftskongreß Ghanas
Griechenland	ESEE	Nationaler hellenischer Handelsverband
	GSEE	Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Arbeitnehmer Griechenlands
	SEV	Griechischer Industrieverband
Indien	EAR	Arbeitgeberverband Rajasthans
	EFI	Indischer Arbeitgeberverband
	FKCCI	Verband der Handels- und Industriekammern von Karnataka
	IMC	Indische Handelskammer
Irland	ICTU	Irischer Gewerkschaftskongreß

---

Japan	JTUC-RENGO Nippon Keidanren	Japanischer Gewerkschaftsbund Vereinigung der japanischen Industrie
Kroatien	HUP SSSH	Arbeitgeberverband Kroatiens Verband der Autonomen Gewerkschaften Kroatiens
Libanon	ALI CCCCIA	Libanesischer Industriellenverband Verband der Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern
Litauen	LPK	Litauischer Industriellenverband
Marokko	FCCIS	Verband der Handels-, Industrie- und Dienstleistungskammern
Mauritius	FSCC	Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes
Neuseeland	Business NZ NZCTU	Neuseeländischer Wirtschaftsverband Neuseeländischer Gewerkschaftsrat
Niederlande	VNO-NCW  Unie mhp	Niederländischer Industrie- und Arbeitgeberverband  Gewerkschaftszentrale für mittlere und höhere Angestellte
Norwegen	NHO  LO	Verband der norwegischen Wirtschaft und Industrie  Norwegischer Gewerkschaftsbund
Österreich	BAK  ÖGB	Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte  Österreichischer Gewerkschaftsbund
Pakistan	EFP	Pakistanischer Arbeitgeberverband
Peru	CCL CONFIEP	Handelskammer Limas Nationaler Bund der Institutionen privater Arbeitgeber
Portugal	CCP  CIP CGTP-IN  UGT	Portugiesischer Handels- und Dienstleistungsverband  Portugiesischer Industrieverband Allgemeiner Gewerkschaftsbund Portugals  Allgemeiner Arbeitnehmerbund



---

Russische Föderation	FNPR	Bund unabhängiger Gewerkschaften
Schweiz	UPS	Schweizerischer Arbeitgeberverband
	USS/SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Slowakei	KOZ SR	Gewerkschaftsbund der Slowakei
Slowenien	ZDODS	Slowenischer Verband der Arbeitgeber im Handwerk
	ZDS	Arbeitgeberverband Sloweniens
Sri Lanka	EFC	Arbeitgeberverband Ceylons
	LJEWU	Gewerkschaft der Plantagenarbeiter Lanka Jathika
Südafrika	COSATU	Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften
Tschechische Republik	SPD ČR	Industrie- und Transportverband
	ČMKOS	Tschechisch-Mährischer Gewerkschaftsbund
Ukraine	FPU	Gewerkschaftsbund der Ukraine
Vereinigte Staaten	AFL-CIO	Amerikanischer Gewerkschaftsbund und Kongreß der Industriegewerkschaften
	USCIB	Rat der Vereinigten Staaten für internationale Wirtschaft
Zypern	PEO	Panzypriotischer Arbeiterbund
	SEK	Gewerkschaftsbund Zyperns

**Sonstige Abkürzungen:**

BIAC und TUAC	Beratender Ausschuß der Wirtschaft und Gewerkschaftlicher Beratungsausschuß bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
HRD	Humanressourcenentwicklung
HRDT	Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
MNE	Multinationale Unternehmen
KMUs	Kleine und mittlere Unternehmen



## EINLEITUNG

Auf seiner 280. Tagung (März 2001) beschloß der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, die Frage der Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen auf die Tagesordnung der 91. Tagung (2003) der Internationalen Arbeitskonferenz zu setzen.

Gemäß Artikel 39 der Geschäftsordnung der Konferenz, der die vorbereitenden Stufen des Verfahrens der zweimaligen Beratung betrifft, hat das Amt einen vorläufigen Bericht<sup>1</sup> verfaßt, der bei der ersten Beratung dieser Frage als Grundlage dienen soll. Der Bericht enthält eine Analyse der Gesetzgebung und Praxis verschiedener Länder im Bereich der Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen. Dieser Bericht wurde zusammen mit einem Fragebogen den Regierungen der Mitgliedstaaten mit der Bitte zugestellt, ihre Antworten bis spätestens 1. Juni 2002 dem Amt zu übermitteln.

Zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Berichts lagen dem Amt Antworten von Regierungen der folgenden 96 Mitgliedstaaten vor<sup>2</sup>: Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Bulgarien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Italien, Japan, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Libanon, Litauen, Luxemburg, Malaysia, Mali, Malta, Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zentralafrikanische Republik und Zypern.

Die Regierungen wurden gemäß Artikel 12 Absatz 3 der Verfassung der IAO und Artikel 39 der Geschäftsordnung der Konferenz ersucht, vor der end-

<sup>1</sup> IAA: *Lernen und Ausbildung für die Arbeit in der Wissensgesellschaft*, Bericht IV (1), Internationale Arbeitskonferenz, 91. Tagung, Genf, 2003.

<sup>2</sup> Die Antworten, die zu spät eingingen, um im Bericht berücksichtigt zu werden, können von den Delegierten auf der Konferenz eingesehen werden.

gültigen Fertigstellung ihrer Antworten auf diesen Fragebogen die maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu befragen.

Die Regierungen der folgenden zwölf Mitgliedstaaten gaben in ihren Antworten die von den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer formulierten Standpunkte wieder: Estland, Finnland, Griechenland, Indonesien, Kroatien, Litauen, Norwegen, Oman, Schweden, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn. Andere Regierungen haben die Bemerkungen der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer dem Amt separat übermittelt. In einigen Fällen wurden dem Amt die Antworten der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer direkt zugestellt. Einige Regierungen beantworteten den Fragebogen nicht, während die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieser Länder Antworten übermittelten; diese Antworten wurden ebenfalls in die Kommentare zu der jeweiligen Frage aufgenommen.

Dieser Bericht wurde auf der Grundlage der eingegangenen Antworten ausgearbeitet, deren wesentlicher Inhalt nachstehend zusammen mit kurzen Kommentaren wiedergegeben wird. Die vorgeschlagenen Schlußfolgerungen bilden den Abschluß des Berichts.

Sollte die Konferenz die Annahme einer neuen internationalen Urkunde beschließen, so wird das Amt einen Entwurf ausarbeiten, der den Regierungen zur Befragung der maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer übermittelt wird und auf der 92. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2004 zu erörtern ist.

## EINGEGANGENE ANTWORTEN UND KOMMENTARE

Dieser Abschnitt enthält den wesentlichen Inhalt der Antworten auf den Fragebogen, der den ersten Bericht begleitete. Jede Frage wird im Wortlaut wiedergegeben; es folgt eine Aufzählung der Regierungen, die sie beantwortet haben, wobei die Art der Antwort angegeben wird (bejahend, verneinend oder sonstige). Bei Bemerkungen, die die Antwort einschränken oder erläutern, wird der wesentliche Inhalt dieser Bemerkungen in der alphabetischen Reihenfolge der Länder nach der vorstehenden Aufzählung wiedergegeben. Werden in einer Antwort mehrere Fragen gleichzeitig behandelt oder wird auf eine frühere Frage verwiesen, so wird deren wesentlicher Inhalt unter der ersten dieser Fragen wiedergegeben und unter den folgenden lediglich erwähnt. Den Antworten folgt jeweils ein kurzer Kommentar des Amtes, in dem auf den entsprechenden Punkt (oder die entsprechenden Punkte) der vorgeschlagenen Schlußfolgerungen am Ende des Berichts verwiesen wird.

Einige Regierungen<sup>1</sup> übermittelten in den Antworten Informationen über ihre innerstaatliche Gesetzgebung und Praxis. Diese für die Arbeit des Amtes sehr nützlichen Informationen sind nur dann wiedergegeben worden, wenn sie zum Verständnis der Antwort unerlässlich sind. Bejahende oder verneinende Antworten von Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die nicht mit Anmerkungen versehen sind, werden nur dann zitiert, wenn sie der Antwort der Regierung widersprechen oder wenn die Regierung die Frage nicht beantwortet hat.

<sup>1</sup> So z.B. die Regierungen der folgenden Länder: Australien, Honduras, Irland, Italien, Kanada, Kuba, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Polen, Schweden, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie die Sozialpartner in Australien (ACTU), Peru (CONFIEP), Portugal (CCP), Portugal (UGT), Schweiz (USS/SGB) und den Vereinigten Staaten (AFL-CIO). Diese Informationen werden möglicherweise in die IAO-Informationssammlung zur Neufassung der Empfehlung betreffend die Erschließung des Arbeitskräftepotentials aufgenommen, zu finden unter <http://www.ilo.org/public/english/employment/skills/recomm/index.htm>

## Allgemeine Bemerkungen

### *Auf dem Weg zu einer neuen Empfehlung betreffend die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen*

Die Erarbeitung einer neuen IAO-Urkunde über die Entwicklung der Humanressourcen wurde angesichts des tiefgreifenden Wandels, der sich gegenwärtig in der Wirtschaft, der Gesellschaft und in der Welt der Arbeit vollzieht, in einer großen Mehrheit der Antworten der Regierungen und der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer begrüßt. In den meisten Antworten wurde die Ansicht vertreten, die neue Urkunde sollte die Form einer Empfehlung haben. In den allgemeinen Bemerkungen kam zum Ausdruck, daß ein dynamischeres Instrument entwickelt werden sollte, das von den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern besser angewandt und genutzt werden kann, um Politiken zur Entwicklung der Humanressourcen auszuarbeiten und durchzuführen, die mit anderen Wirtschafts- und Sozialpolitiken, insbesondere Beschäftigungspolitiken, integriert sind. Der Schwerpunkt der Urkunde sollte auf grundsatzpolitischen Zielen, ordnungspolitischen Rahmen und prioritären Tätigkeitsbereichen und weniger auf Fragen der praktischen Durchführung liegen.

### *Begriffsbestimmungen, Kontext und Grundsätze gegenwärtiger Politiken im Bereich der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen*

In einer Reihe von Antworten wurde die Ansicht vertreten, einige Begriffe seien mißverständlich gebraucht worden. Es wurde um Klärung dieser Begriffe ersucht, und in einigen Antworten wurden alternative Begriffsbestimmungen vorgeschlagen, doch zeichnete sich weder in den Klärungsersuchen noch in den Vorschlägen eine klare Tendenz ab.

In einigen Antworten wurde die Ansicht geäußert, die Urkunde sollte nicht allein auf die technischen Aspekte, sondern auch auf das sich wandelnde gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Umfeld der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen abstellen. Einschlägige Textstellen der *Schlußfolgerungen über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen*<sup>2</sup> (im folgenden als „die Schlußfolgerungen“ bezeichnet) wurden zitiert, um den Wandel darzustellen, der sich bei Zielsetzungen, Politiken und Praktiken der Humanressourcenentwicklung im Gefolge der Globalisierung in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, wie z.B. wachsende Verschuldung vieler Entwicklungsländer, technologische Veränderungen, neue Management- und Geschäftspraktiken sowie die Notwendigkeit, das Problem der sich für viele benachteiligte Bevölkerungsgruppen verschlechternden Erwerbs- und sozialen Lage, anzugehen, voll-

<sup>2</sup> IAA: *Schlußfolgerungen über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen*, Internationale Arbeitskonferenz, 88. Tagung, Genf, 2000 (wiedergegeben als Anhang I von IAA: *Lernen und Ausbildung für die Arbeit in der Wissensgesellschaft ...*, a.a.O.).

zieht. Diesen Entwicklungen sollte in der Präambel der neuen Empfehlung Rechnung getragen werden.

In einigen Antworten wurde die Auffassung vertreten, die Präambel sollte einen Verweis auf die Hinwendung zu lebenslangem Lernen, individueller Verantwortlichkeit und sozialem Dialog als Leitsätzen moderner Politik im Bereich der Humanressourcenentwicklung und -ausbildung enthalten. In den meisten Antworten wurde die Auffassung vertreten, diesen Dimensionen könne Rechnung getragen werden durch einen Verweis auf das Übereinkommen über die Erschließung des Arbeitskräftepotentials, 1975, die genannten *Schlußfolgerungen*, die Dreigliedrige Grundsatzklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik und die Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit. Eine Reihe weiterer Instrumente wurden zur Aufnahme in die Präambel vorgeschlagen, dabei zeichnete sich jedoch keine klare Tendenz ab.

#### *Ziele und Reichweite der Humanressourcenentwicklung und -ausbildung*

In vielen Antworten wurde die Ansicht vertreten, daß sich die neue Urkunde auf die einschlägigen Absätze der *Schlußfolgerungen* stützen sollte, um die Regierungen anzuregen, geeignete wirtschaftliche und soziale, auf das Erzielen von Vollbeschäftigung, sozialer Integration und erhöhter Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Politiken einzuführen, damit die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen in vollem Umfang zur Erreichung dieser Ziele beitragen kann.

In einigen Antworten wurde dafür plädiert, den Begriff „Beschäftigungsfähigkeit“ im Kontext wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen zur Förderung von Vollbeschäftigung, Partnerschaften zwischen den Regierungen, Arbeitgebern, Gewerkschaften und einzelnen Arbeitnehmern sowie Gerechtigkeit, in einem weitgefaßten Sinn zu verwenden. Viele waren der Ansicht, die Zielsetzungen der Bildungs- und Ausbildungssysteme müßten mehr als nur Beschäftigungsfähigkeit im engen erwerbswirtschaftlichen Sinn anstreben. Vorrangig gehe es bei Bildung und Ausbildung darum, freie, verantwortungsbewußte und kritisch denkende Menschen heranzubilden, denen die Integration in die Gesellschaft, vor allem in das Erwerbsleben, wo immer höhere Anforderungen hinsichtlich Kompetenz und Flexibilität gestellt werden, leicht fällt.

#### *Sozialer Dialog im Bereich Humanressourcenentwicklung und -Ausbildung*

In zahlreichen Antworten wurde die Ansicht geäußert, die Formulierung des Fragebogens lasse darauf schließen, es gebe eine zentrale staatliche Kontrolle, und die nationalen Regierungen seien allein für die Konzeption und Durchführung sämtlicher Ausbildungs- und Unterrichtspolitiken verantwortlich. Die große Mehrheit der Antworten befürwortete sozialen Dialog als wichtiges Leitprinzip für die Gestaltung und Durchführung von Bildungs- und Ausbil-

dungspolitiken und -programmen. Anderen Akteuren neben dem Staat muß ausreichend Spielraum für eine Beteiligung an der Bildung und Ausbildung, insbesondere im Bereich des lebenslangen Lernens und Fortbildens, gelassen werden. Die Rolle und die Verantwortung der Sozialpartner für die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen sollte stärker betont werden, um so ein Gleichgewicht zwischen ihrer Rolle und der der Regierung herzustellen.

### I. Form der internationalen Urkunde

**Fr. 1** *Sollte die Internationale Arbeitskonferenz eine neue internationale Urkunde über die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen annehmen?*

*Gesamtzahl der Antworten: 95.*

*Bejahend: 93.* Ägypten, Algerien, Argentinien, Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Italien, Japan, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Mali, Malta, Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend: 1.* Australien.

*Sonstige: 1.* Luxemburg.

*Australien.* Auf der Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2000 vertrat Australien die Auffassung, daß ein Beschluß über die Notwendigkeit einer neuen Empfehlung erst nach der Entwicklung eines systematischen Ansatzes im Bereich der Reform der Normensetzung durch die IAO gefaßt werden sollte. Da sich die Regierung jedoch bewußt ist, daß sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten in Anbetracht der auf jener Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Schlußfolgerungen für eine neue Urkunde aussprechen dürfte, legt sie Antworten auf den Fragebogen des IAA vor.



Australischer Gewerkschaftsrat (ACTU): Die Bedeutung der Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen (HRDT) für die Entwicklung der Wirtschaft, der Betriebe und des einzelnen tritt immer deutlicher zutage. Länder, Unternehmen und Menschen, die keinen Zugang zu umfassenden Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten haben, werden zunehmend ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

*Luxemburg.* Sollte die Mehrzahl der Mitgliedstaaten eine neue internationale Urkunde befürworten, so würde sich die Regierung nicht dagegen aussprechen.

*Marokko.* Verband der Handels-, Industrie- und Dienstleistungskammern (FCCIS): Ja.

*Österreich.* Ja. Die Empfehlung sollte so konkret wie möglich sein.

*Portugal.* Ja. Es handelt sich um eine neue Strategie, die eine Bildung und Ausbildung von hoher Qualität vorsieht; dieser Aspekt kommt in den früher angenommenen Urkunden nicht ausreichend zum Ausdruck. Die grundlegenden Arbeitsrechte sind auch Teil des Konzepts der menschenwürdigen Arbeit, das Hand in Hand mit der Entwicklung der Humanressourcen gehen sollte.

*Russische Föderation.* Bund unabhängiger Gewerkschaften (FNPR): Ja.

*Slowenien.* Arbeitgeberverband Sloweniens (ZDS) und Slowenischer Verband der Arbeitgeber im Handwerk (ZDODS): Ja.

*Vereinigte Staaten.* Amerikanischer Gewerkschaftsbund und Kongreß der Industriegewerkschaften (AFL-CIO): Ja. Investitionen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung spielen eine immer größere Rolle bei der Fähigkeit von Ländern, die Herausforderungen einer globalen Wirtschaft zu bewältigen und gute Arbeitsplätze hervorzubringen: ein zum Leben ausreichender Lohn, Krankenversicherungsleistungen, Pensionsansprüche, abwechslungsreiche Arbeit im Rahmen eines zu bewältigenden Arbeitspensums, eine gesunde und sichere Arbeitsumgebung, die Fähigkeit, das Arbeitstempo und die Arbeitsorganisation zu kontrollieren, soziale Interaktion zwischen Arbeitnehmern, Zugang zu ständiger Weiterbildung, ausreichende Informationen, um Entscheidungen treffen zu können, berufliche Aufstiegschancen, die Möglichkeit, bei einer Tätigkeitsumstrukturierung einen Beitrag leisten zu können, Kenntnis des Unternehmens und die Möglichkeit einer unabhängigen Mitsprache im Rahmen von Gesamtarbeitsverträgen. Eine neugefaßte Urkunde im Bereich der Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen sollte besonders nützlich bei dem Bemühen sein, Regierungen weltweit, unabhängig von ihrem Entwicklungsstand, dabei zu unterstützen, Arbeitnehmerinvestitionssysteme einzurichten, die es diesen Arbeitnehmern ermöglichen, auf der Grundlage von Innovationen, Qualität und Qualifikationen und nicht auf der Grundlage von niedrigen Löhnen und begrenzten Leistungsansprüchen in Wettbewerb zu treten. Eine solche Urkunde wäre außerdem für die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern von unschätzbarem Wert als Orientierungshilfe, wenn sie sich gemeinsam mit Regierungen

darum bemühen, die Qualifikationen und Ausbildung der Erwerbstätigen und die Stärke der nationalen Wirtschaften zu verbessern.

Rat der Vereinigten Staaten für internationale Wirtschaft (USCIB): Es steht keineswegs fest, daß eine internationale Urkunde erforderlich ist. Bei der Entwicklung der Humanressourcen (HRD) handelt es sich um einen Bereich, für den eine nach den Verhältnissen des betreffenden Landes gestaltete Auswahl an „besten Praktiken“ zweckmäßig wäre. Die HRD stellt etwas Subjektives dar, das Auswirkungen auf den Lebensstandard, die nationale Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit hat. Dieser Fragebogen deckt eine enorme Bandbreite ab, von der Grundbildung zu ausgereiften Systemen und Verfahren, die Großbetriebe zur Qualifizierung ihrer Mitarbeiter einsetzen. Sollte eine Urkunde erforderlich sein, so könnte es angebracht sein, sich auf die Notwendigkeit einer Grundbildung für alle, den Zugang zu Grundbildung für benachteiligte Gruppen, die Betonung der Berufsbildung und den Aufbau von Partnerschaften mit Unternehmen, in denen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, zu konzentrieren und sicherzustellen, daß die vermittelten Fertigkeiten dem Bedarf entsprechen.

Die große Mehrheit der Regierungen und alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die auf diese Frage geantwortet haben, vertraten die Ansicht, daß die Internationale Arbeitskonferenz eine neue internationale Urkunde über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen annehmen sollte.

**Fr. 2**            *Wenn ja, sollte die Urkunde die Form einer Empfehlung erhalten?*

*Gesamtzahl der Antworten: 93.*

*Bejahend: 88.* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Belgien, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Italien, Japan, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Mali, Malta, Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend: 3.* Barbados, Ghana, Peru.

*Sonstige: 2.* Costa Rica, Nigeria.

*Australien.* ACTU: Ja.

*Barbados.* Nein, die Urkunde sollte die Form eines Übereinkommens erhalten, denn so wären Länder dazu verpflichtet, nach Ratifizierung der Urkunde die Durchführung ihrer Bestimmungen in die Wege zu leiten. Darüber hinaus wären so alle Mitgliedstaaten der IAO zur regelmäßigen Berichterstattung über die Durchführung verpflichtet, und dies würde eine Überwachung und die Bereitstellung technischer Unterstützung ermöglichen.

Arbeitgeberverband von Barbados (BEC): Ja.

Kongreß der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände von Barbados (CTUSAB): Ja.

*Costa Rica.* Die Entwicklung von Wissensgesellschaften macht es erforderlich, rechtliche oder fachliche Normen entweder in Form eines Übereinkommens oder einer Empfehlung anzunehmen, die nützliche Mechanismen bieten, die für männliche und weibliche Arbeitnehmer vorteilhaft sind.

*Frankreich.* Sie könnte den Mitgliedsgruppen bei der Entwicklung ihrer HRD-Politiken als Bezugspunkt dienen, sollte aber auch eine praktische Urkunde zur Umsetzung dieser Politiken darstellen.

*Ghana.* Nein, die Urkunde sollte die Form eines Übereinkommens und einer ergänzenden Empfehlung erhalten, damit ein Mitgliedstaat, der nicht zur Ratifizierung des Übereinkommens in der Lage ist, die Bestimmungen der Empfehlung anwenden kann.

Ghanaische Arbeitgebervereinigung (GEA): Nein, die Urkunde soll die Form eines Übereinkommens und einer ergänzenden Empfehlung erhalten.

Gewerkschaftskongreß Ghanas (TUC): Ja. Das Übereinkommen (Nr. 142) über die Erschließung des Arbeitskräftepotentials, 1975, ist noch weitgehend aktuell.

*Indien.* Indische Handelskammer (IMC): Nein.

*Libanon.* In der Urkunde (Empfehlung) sollte zum Ausdruck gebracht werden, ob sie das Übereinkommen Nr. 142 und dessen Bestimmungen ergänzt oder die Form einer unabhängigen Empfehlung erhält.

Libanesischer Industriellenverband (ALI): Die Urkunde sollte die Form eines Übereinkommens erhalten.

*Marokko.* (FCCIS): Ja.

*Mauritius.* Die Empfehlung sollte Richtlinien für die Ausarbeitung und die Durchführung von Politiken auf dem Gebiet der Ausbildung und Entwicklung von Humanressourcen enthalten.

*Nigeria.* Die Urkunde sollte die Form eines Übereinkommens und einer ergänzenden Empfehlung erhalten.

*Peru.* Die Urkunde sollte die Form eines Übereinkommens erhalten.  
Handelskammer Limas (CCL): Ja.

*Russische Föderation.* FNPR: Ja.

*Schweiz.* Schweizerischer Gewerkschaftsbund (USS/SGB): Die Urkunde sollte die Form eines Übereinkommens erhalten.

*Slowakei.* Gewerkschaftsbund der Slowakei (KOZ SR): Die Urkunde sollte die Form eines Übereinkommens erhalten.

*Slowenien.* ZDS und ZDODS: Ja.

*Südafrika.* Die vorgeschlagene Empfehlung sollte eine geringfügig geänderte Struktur aufweisen: *I. Präambel*; *II. Vision* (angestrebte Wirkung); *III. Werte* (sozialer Dialog mit klarer Darstellung von Rollen und Aufgaben, soziale Gerechtigkeit, Innovation, Einbeziehung usw.); *IV. Kontext für wirksame Bildungs- und Ausbildungsstrategien* (Komplementarität zwischen HRD, makroökonomischen, Handels- und Industrie-, Arbeitsmarkt- und sozialen Entwicklungspolitiken zur Beschäftigungssteigerung; Abbau von Armut usw.); *V. Nutznießer*: Beschäftigte; Arbeitgeber; Arbeitslose und Arbeitnehmer im informellen Sektor (mit Unterabschnitten für jede Gruppe); *VI. Politiken und Ziele* (allgemeiner Abschnitt über Rahmenbedingungen, u.a. Forschung, Planung, Überwachung und Bewertung, und anschließend Unterabschnitte, die auf die verschiedenen Nutznießerkategorien eingehen); *VII. Durchführung von Politiken und Ziele* (Anbieter, Qualitätsförderung und Anerkennung von auf informellem Weg erworbenen Qualifikationen); und *VIII. Verantwortungsbereiche und Mittelzusagen seitens der Regierung, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Gemeinschaften und des einzelnen.* Die vorgeschlagene neue Struktur ist nicht Voraussetzung für die Annahme der vorgeschlagenen neuen Urkunde.

Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU): Es sollte ein Schlußabschnitt hinzugefügt werden, in dem Folgemaßnahmen entsprechend der Empfehlung (Nr. 189) betreffend die Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen, 1998, vorgesehen werden.

*Ukraine.* Gewerkschaftsbund der Ukraine (FPU): Nein, die Urkunde sollte die Form eines Übereinkommens und einer ergänzenden Empfehlung erhalten.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: Sollte eine Urkunde erforderlich sein, so sollte es sich lediglich um eine Empfehlung handeln. Die Entwicklung der Humanressourcen ist kein Bereich, der sich regeln läßt. Es handelt sich um einen Bereich, der alternative Maßnahmen erfordert, die Regierungen in Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor zur Verbesserung der Bildung, Ausbildung und des kontinuierlichen Lernens der arbeitenden Bevölkerung eines Landes ergreifen können.

*Vereinigtes Königreich.* Ja. Es wäre schwierig, ein neues Übereinkommens auszuarbeiten, das besser wäre als das Übereinkommen Nr. 142, da dieses so flexibel ist, daß

es auch bei den heutigen Verhältnissen angewandt werden kann. Obgleich viele Elemente der Empfehlung (Nr. 150) betreffend die Erschließung des Arbeitskräftepotentials, 1975, immer noch relevant und anwendbar sind, können neue Themenbereiche in einer zusätzlichen Empfehlung behandelt werden. Darüber hinaus würde eine Empfehlung eher einen breiten Konsens erzielen.

*Zypern.* Gewerkschaftsbund Zyperns (SEK): Die Urkunde kann die Form einer Empfehlung erhalten, so daß die jeweilige innerstaatliche Gesetzgebung Spielraum für die Berücksichtigung der Besonderheiten und Bedürfnisse des Landes hat.

In den Antworten wurde mehrheitlich die Auffassung vertreten, die neue Urkunde sollte die Form einer Empfehlung einnehmen.

## II. Präambel

**Fr. 3** *Sollte die Urkunde eine Präambel enthalten, in der hingewiesen wird auf:*

- a) *das Übereinkommen über die Erschließung des Arbeitskräftepotentials, 1975?*
- b) *die auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Schlußfolgerungen über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen?*
- c) *die Dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik?*
- d) *die Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit?*
- e) *sonstige Urkunden? (bitte angeben)*

*Gesamtzahl der Antworten: 94.*

*a) Gesamtzahl der Antworten: 86. Bejahend: 80. Verneinend: 3. Sonstige: 3.*

*b) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 86. Verneinend: 0. Sonstige: 3.*

*c) Gesamtzahl der Antworten: 76. Bejahend: 71. Verneinend: 2. Sonstige: 3.*

*d) Gesamtzahl der Antworten: 82. Bejahend: 76. Verneinend: 2. Sonstige: 4.*

e) *Gesamtzahl der Antworten: 36.*

*Bejahend:* Ägypten (a, b und d)), Algerien (b bis d)), Argentinien (b und d)), Australien (a und b)), Bahrain, Barbados (b und d)), Benin (b bis d)), Bolivien (a)), Botsuana (a)), Brasilien, Burundi (a, b und d)), Chile, China (a bis d)), Costa Rica, Dänemark, Deutschland (a bis d)), Ecuador (a und b)), El Salvador, Estland, Finnland, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala (a, b und d)), Guinea-Bissau, Honduras, Indien (a und b)), Indonesien, Irak, Irland, Israel (b bis d)), Italien, Japan, Jemen (b und d)), Jugoslawien (a bis d)), Kanada, Kasachstan (b)), Katar, Kenia (a bis d)), Kroatien (a und b)), Kuba, Lettland, Libanon (a bis c)), Litauen, Mali (a bis d)), Malta, Mauritius (a bis d)), Mexiko (a bis d)), Republik Moldau (a bis d)), Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Nigeria (a)), Norwegen, Österreich, Oman (b bis d)), Pakistan, Panama (a bis d)), Papua-Neuguinea, Peru (a und b)), Philippinen (a bis d)), Polen, Portugal (a bis d)), Rumänien (a, b und d)), San Marino, Schweden (a bis d)), Schweiz (a bis d)), Seschellen (a bis d)), Simbabwe, Singapur (a und b)), Slowakei (a bis d)), Spanien, Sri Lanka (a bis d)), Südafrika (a bis d)), Surinam, Arabische Republik Syrien (a bis d)), Thailand, Togo, Tschechische Republik (b bis d)), Tunesien, Türkei (a und b)), Uganda (a bis d)), Ukraine, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate (a bis d)), Vereinigtes Königreich (a bis d)), Zentralafrikanische Republik (a bis c)), Zypern (a bis d)).

*Verneinend:* Australien (c)), Benin (a und e)), Deutschland (e)), Israel (a)), Jugoslawien (e)), Libanon (d)), Mauritius (e)), Oman (a)), Schweiz (e)), Seschellen (e)), Türkei (c und d)), Uganda (e)).

*Sonstige:* Ägypten (e)), Australien (d)), Bulgarien (e)), China (e)), Frankreich, Israel (e)), Kenia (e)), Libanon (e)), Malaysia, Mali (e)), Mexiko (e)), Republik Moldau (e)), Niederlande, Oman (e)), Panama (e)), Philippinen (e)), Portugal (e)), Rumänien (e)), Schweden (e)), Slowakei (e)), Sri Lanka (e)), Südafrika (e)), Arabische Republik Syrien (e)), Ungarn (e)), Vereinigte Arabische Emirate (e)), Vereinigtes Königreich (e)), Zypern (e)).

*Ägypten.* e) Die Präambel sollte sich auf die Frage konzentrieren, wie die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf Arbeitskräfte und Produktion, insbesondere in den Entwicklungsländern, mit direkter Unterstützung und einem deutlichen Engagement der Industrieländer und internationaler Organisationen abgeschwächt werden könnten, um folgendes zu erreichen: i) die Förderung der Exporte der Entwicklungsländer und den Abbau von Handelsbarrieren in Industrieländern; ii) mehr direkte Investitionen der Industrieländer in Entwicklungsländern; iii) materielle, technische und wissenschaftliche Unterstützung; iv) freier Personen- und Kapitalverkehr im Rahmen internationaler Konventionen; und v) Unterstützung technologischer Fortschritte in Entwicklungsländern.

Ägyptischer Industrieverband (FEI): c) Sollte dies in die Präambel aufgenommen werden, wäre es eine implizite Anerkennung des Inhalts dieser Erklärung, ein Punkt, zu dem viele Mitgliedstaaten noch keinen Beschluß gefaßt haben.

*Australien.* d) Obgleich diese Urkunde von Bedeutung ist, hat sie keinen direkten Bezug zu diesem Thema.

ACTU: c) Ja, wenn dies von den Parteien vereinbart wird. Das behandelte Thema geht jedoch über multinationale Unternehmen (MNEs) hinaus. Außerdem haben MNEs bereits eine Führungsrolle bei der Anerkennung der Bedeutung von Bildung und Ausbildung übernommen. d) Ja, wenn dies von den Parteien so vereinbart wird. Diese Bestimmung sollte jedoch nicht als wesentlicher Teil einer neuen Empfehlung angesehen werden.

*Brasilien.* Nationaler Industrieverband (CNI): d) Nein.

*Bulgarien.* e) Das Memorandum der EU-Kommission über lebenslanges Lernen (2000).

*China.* e) Es sollte auch auf die Arbeitsvermittlungsdienste hingewiesen werden (Übereinkommen (Nr. 88) über die Arbeitsmarktverwaltung, 1948).

*Dänemark.* Vereinigung der Beamten- und Angestelltenverbände (FTF): e) Das Übereinkommen (Nr. 140) über den bezahlten Bildungsurlaub, 1974.

*Frankreich.* In der neuen Urkunde sollte auf eine begrenzte Zahl internationaler Urkunden hingewiesen werden, die sich insbesondere mit der Humanressourcenentwicklung befassen.

*Ghana.* GEA: e) Das Übereinkommen (Nr. 159) und die Empfehlung (Nr. 168) über die berufliche Rehabilitation und die Beschäftigung der Behinderten, 1983.

*Indien.* Arbeitgeberverband Rajasthans (EAR): a), b) und d) Ja. c) Kein Kommentar möglich, da diese Erklärung nicht bekannt ist.

IMC: a) bis d) Ja. e) Das Übereinkommen (Nr. 168) über Beschäftigungsförderung und den Schutz gegen Arbeitslosigkeit, 1988.

Verband der Handels- und Industriekammern von Karnataka (FKCCI): Alle Urkunden, die die Humanressourcenentwicklung bei der Verbesserung von Managementpraktiken, etwa durch E-Mail und elektronische Medien, akzeptabler erscheinen lassen.

*Indonesien.* d) Ja, da die Anerkennung und der Schutz der Arbeitnehmerrechte für die Arbeitsmotivation der Arbeitnehmer von Bedeutung sind.

*Japan.* Japanischer Gewerkschaftsbund (JTUC-RENGO): e) Das Übereinkommen (Nr. 122) über die Beschäftigungspolitik, 1964.

*Kenia.* e) Das Übereinkommen Nr. 122.

*Kroatien.* Arbeitgeberverband Kroatiens (HUP): e) In der Präambel sollte auf die „Charta von Köln: Ziele und Bestrebungen für lebenslanges Lernen (1999)“ und „Bildung und Ausbildung: Eine gemeinsame Erklärung von BIAC und TUAC (1991)“ in Anhang II bzw. Anhang III des Berichts IV (1) hingewiesen werden.

Verband der Autonomen Gewerkschaften Kroatiens (SSSH): c) und d) Ja.

*Libanon.* d) Nein, da sich die in der Erklärung genannten grundlegenden Übereinkommen nicht unmittelbar auf die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen beziehen. e) Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, Übereinkommen Nr. 122 und Übereinkommen Nr. 159.

ALI: a) Da es sich bei der vorgeschlagenen Urkunde um ein neues Übereinkommen handeln sollte, das alle Aspekte der Entwicklung der Humanressourcen abdeckt, ist ein Hinweis auf das vorhandene Übereinkommen überflüssig.

*Malaysia.* Es wird kein Kommentar abgegeben, da die in dieser Frage genannten Urkunden nicht zur Verfügung stehen.

*Mali.* e) Übereinkommen Nr. 111, Übereinkommen Nr. 140, Übereinkommen (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts, 1951, und Übereinkommen Nr. 159.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mexiko.* e) Das Übereinkommen (Nr. 96) über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung (Neufassung), 1949.

*Republik Moldau.* e) Das Übereinkommen Nr. 159 und die Empfehlung Nr. 168.

*Niederlande.* e) Wenn möglich, sollten nationale Beispiele für beste Praktiken angeführt werden.

Niederländischer Industrie- und Arbeitgeberverband (VNO-NCW): e) Es sollte auf die „Charta von Köln: Ziele und Bestrebungen für lebenslanges Lernen (1999)“ hingewiesen werden. Es wäre zweckmäßig, nicht nur auf andere Urkunden hinzuweisen, sondern in die Präambel eine Beschreibung des Kontextes aufzunehmen und die neue HRD-Perspektive im Vergleich zu den Verhältnissen von 1975 herauszustellen. Die Beziehung zwischen Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt und die Ausgewogenheit von Angebot und Nachfrage sind in den Planungsparadigmen der siebziger Jahre nicht zu finden. Heute liegt der Schlüssel zu einer guten Anpassung nicht in den Händen des Staates, sondern in den Händen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Die Bildung bereitet nicht mehr auf lebenslange Anstellung vor – sollte dies jemals der Fall gewesen sein –, sondern befähigt Jugendliche, eine große Bandbreite von Kompetenzen als Grundlage für das lebenslange Lernen, einschließlich des „Lernens, wie man lernt“, beruflicher Qualifikationen, und der Fähigkeit, auf den Wandel des Arbeitsmarkts zu reagieren, zu erwerben. Es sollte deutlich herausgestellt werden, daß Bildung und Ausbildung allein



nicht ausreichen, um eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu gewährleisten.

*Österreich.* a) bis d) In dieser Urkunde sollte auf die einschlägigen früheren internationalen Urkunden hingewiesen werden.

*Oman.* e) Das Übereinkommen (Nr. 138) über das Mindestalter, 1973, und das Übereinkommen Nr. 142.

*Pakistan.* Pakistanischer Arbeitgeberverband (EFP): b) Ein direkter Hinweis auf die *Schlußfolgerungen* dürfte nicht von großem Nutzen sein. c) Nein, da sich dieser Buchstabe lediglich auf multinationale Unternehmen bezieht, die besser zur Entwicklung ihrer Humanressourcen in der Lage sind.

*Panama.* e) Investitionen in die Ausbildung als Verpflichtung des staatlichen und privaten Sektors und des einzelnen bei Gewährleistung von Chancengleichheit.

*Peru.* CCL: b) Ja.

*Philippinen.* e) Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

*Portugal.* e) Das Übereinkommen Nr. 122.

Portugiesischer Handels- und Dienstleistungsverband (CCP): b) Ja. In der Präambel sollte folgendes hervorgehoben werden: i) die Globalisierung der Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt; ii) die Notwendigkeit, einer besseren Verknüpfung zwischen Politiken wie Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken in den einzelnen Staaten; iii) der Begriff der Beschäftigungsfähigkeit, der in engem Zusammenhang zu grundlegenden Fertigkeiten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) wie Problemlösungsfähigkeit, Fähigkeit zu Teamwork, Fremdsprachenkenntnisse, Kommunikationsfähigkeit usw. steht; und iv) eine Strategie der gemeinsamen Verantwortung zwischen Staat, Betrieben und Einzelpersonen. d) Ja, um eine integrierte Vorgehensweise in bezug auf die Entwicklung der Humanressourcen zu fördern, wie sie in der Erklärung niedergelegt ist, insbesondere aufgrund des dort enthaltenen Hinweises auf die Notwendigkeit von Verknüpfungen zwischen dem sozialen Fortschritt und der Wirtschaftsentwicklung, die sich gegenseitig verstärken.

Portugiesischer Industrieverband (CIP): c) und d) Nein.

Allgemeiner Gewerkschaftsbund Portugals (CGTP-IN): d) Nein.

Allgemeiner Arbeitnehmerbund (UGT): e) Den Ländern sollte vermittelt werden, daß Änderungen im Bereich der Bildung und Ausbildung nur dann Früchte tragen, wenn sie Hand in Hand mit anderen Politiken und Maßnahmen, etwa beschäftigungspolitische oder makroökonomische Maßnahmen und Investitionen in Wissenschaft und Technologie, erfolgen. Die entscheidende Rolle der Sozialpartner sollte hervorgehoben werden.

*Rumänien.* e) Das Memorandum der EU-Kommission über lebenslanges Lernen (2000) und die Entschließung des Rates vom 3. Dezember 1992 über die Transparenz der beruflichen Qualifikationen.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis d) Ja. e) Die Empfehlung (Nr. 117) betreffend die berufliche Ausbildung, 1962, und die Empfehlung (Nr. 169) betreffend die Beschäftigungspolitik (ergänzende Bestimmungen), 1984.

*Schweden.* e) Das Übereinkommen (Nr. 156) über Arbeitnehmer mit Familienpflichten, 1981.

*Schweiz.* a) bis d) Ja, aber in der Reihenfolge d), b), a) und c). e) Nein, obschon möglicherweise auf die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen (Neufassung, Juni 2000) hingewiesen werden könnte.

Schweizerischer Arbeitgeberverband (UPS): e) Die Charta von Köln: Ziele und Bestrebungen für lebenslanges Lernen (1999).

*Slowakei.* e) Das Übereinkommen Nr. 140.

*Slowenien.* ZDS und ZDODS: b) Ja.

*Sri Lanka.* e) Das Übereinkommen Nr. 122 und das Übereinkommen Nr. 159.

*Südafrika.* e) Im Hinblick auf eine Harmonisierung sollte auf eine begrenzte Anzahl wichtiger Urkunden der Bretton-Woods-Institutionen und der UNESCO hingewiesen werden. Dies stünde im Einklang mit dem Geist des Globalen Beschäftigungsforums, das eine bessere Koordination der Politiken und Aktivitäten der verschiedenen Institutionen anstrebte.

COSATU: e) Das Übereinkommen (Nr. 122) und die Empfehlung (Nr. 122) über die Beschäftigungspolitik, 1964, und die einschlägigen Dokumente der Vereinten Nationen, u.a. die Schlußfolgerungen des Weltgipfels für soziale Entwicklung und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In der Präambel sollte ferner auf die auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (Juni 2000) angenommenen Schlußfolgerungen hingewiesen werden. Ausdrücklich hingewiesen werden sollte ferner auf die Aspekte der Allgemeinen Aussprache, die nicht in den Absätzen der neugefaßten Urkunde behandelt werden. Beispielsweise sollte auf die folgenden Themen verwiesen werden, die in den Schlußfolgerungen behandelt werden: Die Bedeutung von mehr Entwicklungshilfe und einer Schuldenerleichterung, die Ermutigung multinationaler Unternehmen zum Abschluß von Vereinbarungen über einen fairen Technologietransfer, die Entwicklung von hochrangigen Qualifikationen in den Entwicklungsländern und Unterstützung beim Aufbau der für die Wissensgesellschaft notwendigen Infrastruktur.

*Arabische Republik Syrien.* e) Einige der auf der Internationalen Ausbildungskonferenz (Genf, 1994) behandelten Fragen bezüglich der Komplementarität von Bildungs- und Ausbildungssystemen für die Entwicklung der Humanressourcen.

*Tschechische Republik.* Tschechisch-Mährischer Gewerkschaftsbund (ČMKOS): e) Das Memorandum der EU-Kommission über lebenslanges Lernen (2000).

*Ungarn.* e) Die Hamburger Deklaration über Erwachsenenbildung (UNESCO, 1997), das Memorandum der EU-Kommission über lebenslanges Lernen (2000) und die EU-Richtlinie zur Beschäftigungspolitik.

*Vereinigte Arabische Emirate.* e) Beispiele guter Praxis in den Mitgliedstaaten.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: a) Ja. b) Nein. c) Nein. Der Inhalt der Dreigliedrigen Erklärung ist in dieser Hinsicht nicht relevant. d) Nein. Der Inhalt der Erklärung ist in dieser Hinsicht nicht relevant. e) Keine.

*Vereinigtes Königreich.* c) Ja. In der Erklärung wird bekräftigt, wie wichtig die Entwicklung der Humanressourcen ist; ferner werden deutlich die Vorteile für die Unternehmen und die Arbeitnehmer herausgestellt. Zudem wird betont, daß multinationale Unternehmen Beiträge zum Lernen und zur Ausbildung „als Beitrag zur nationalen Entwicklung“ erbringen können, was gut zur derzeitigen Denkweise über die soziale Verantwortlichkeit der Unternehmen paßt. d) Ja, die Erklärung ist das Kernstück der IAO-Tätigkeiten, und in ihrer Präambel wird ausdrücklich auf die Berufsbildung hingewiesen. e) Die wichtigsten Urkunden wurden bereits genannt. Sollte jedoch ein genereller Konsens in bezug auf die Erwähnung weiterer Urkunden vorhanden sein, so sollte auf das Übereinkommen Nr. 122 und das Übereinkommen Nr. 140 hingewiesen werden.

*Zypern.* e) Das Übereinkommen Nr. 159.

In der Mehrzahl der Antworten wurde die Auffassung vertreten, die Urkunde sollte eine Präambel enthalten, in der auf folgendes hingewiesen wird:

- a) das Übereinkommen über die Erschließung des Arbeitskräftepotentials, 1975;
- b) die Schlußfolgerungen über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen, die auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen worden sind;
- c) die Dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik; und
- d) die Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit.

In den Antworten wurde auch auf die „Charta von Köln: Ziele und Bestrebungen für lebenslanges Lernen“ und auf „Bildung und Ausbildung: Eine gemeinsame Erklärung von BIAC und TUAC“ hingewiesen; beide Texte sind dem Bericht IV (1) als Anhang beigefügt. In einigen Antworten wurden das Übereinkommen (Nr. 122) über die Beschäftigungspolitik, 1964, und das Übereinkommen (Nr. 159) und die Empfehlung (Nr. 168) über die berufliche Rehabilitation und die Beschäftigung der Behinderten, 1983, genannt. In einigen Antworten wurde die Auffassung vertreten, die Präambel sollte einen Hinweis auf das Memorandum der EU-Kommission über lebenslanges Lernen enthalten.

### III. Zweck, Geltungsbereich und Begriffsbestimmung

**Fr. 4** *Sollte die Urkunde empfehlen, daß die Regierungen innerstaatliche Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen formulieren, anwenden und überwachen sollten, die mit anderen Wirtschafts- und Sozialpolitiken vereinbar sind, auf einem sozialen Dialog beruhen und den verschiedenen Rollen des Staates und der Sozialpartner Rechnung tragen?*

*Gesamtzahl der Antworten: 93.*

*Bejahend: 91.* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Italien, Japan, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Mali, Malta, Mauretanien, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Arabische Emirate, Zentralafrikanische Republik und Zypern.

*Verneinend: Keine.*

*Sonstige: Portugal und Vereinigtes Königreich.*

*Belgien.* Wallonische Regierung: Ja, vorausgesetzt, der Staat übernimmt die alleinige Verantwortung für die Grundbildung und spielt im Bereich Ausbildung eine entscheidende Rolle, indem einzig er die Politiken und Maßnahmen in diesem Bereich festlegt. Ferner unter der Bedingung, daß er gemäß den Bestimmungen von Artikel 1 (2) c) des Übereinkommens (Nr. 142) über die Erschließung des Arbeitskräftepotentials, 1975, bei der Formulierung von Politiken zur Entwicklung und Ausbildung von Humanressourcen den kulturellen Gegebenheiten und Zielsetzungen Rechnung trägt.

*Dänemark.* Kohärente Humanressourcen- und Ausbildungspolitiken sollten auf dem sozialen Dialog beruhen und den unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten der Akteure Rechnung tragen.

*Deutschland.* Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): Grundsätzlich ja, die genaue Zielsetzung, vor allem hinsichtlich der innerstaatlichen Politiken und deren Überwachung, sollte aber dem einzelnen Staat überlassen werden.

*Frankreich.* Durch Integration von Wirtschaftspolitik und beschäftigungs- und sozialpolitischen Maßnahmen lassen sich Situationen vermeiden, in denen beschäftigungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen oftmals als Mittel für eine kurzfristige Anpassung dienen. Diese Herangehensweise dürfte auch einen Wahrnehmungswandel bei den Entscheidungsträgern im Wirtschaftsbereich herbeiführen, die die Ausbildungsfinanzierung möglicherweise als einen Kostenfaktor, ja sogar als Risiko begreifen. Zu einer Polarisierung von Wirtschaftssektor und Arbeitsmarkt kommt es nicht, weil alle Akteure, die für Investitionen in Humanressourcen und Kompetenzen zuständig sind, auch Interesse an der Höhe der Investitionen und der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs haben. Da dieser Ansatz einen besseren sozialen Zusammenhalt bewirken dürfte, trägt er auch zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit insgesamt und schlußendlich zu höherem Wachstum bei.

*Japan.* Vereinigung der japanischen Industrie (Nippon Keidanren): Es ist zwar angebracht, daß die Regierungen innerstaatliche Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen formulieren und anwenden sollten, gegen ihre „Überwachung“ aber werden Vorbehalte angemeldet.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mauritius.* Die Urkunde sollte auch die Mechanismen für die Formulierung von Politiken und den sozialen Dialog angeben.

*Niederlande.* Gewerkschaftszentrale für mittlere und höhere Angestellte (Unie mhp): Politiken vielleicht nicht formulieren, sondern fördern und überwachen.

*Portugal.* Die Urkunde sollte darauf abzielen, dem Staat und den Sozialpartnern klar abgegrenzte Aufgaben zuzuordnen, gleichzeitig aber flexibel genug gehalten sein, um unterschiedliche Formen der Mitbeteiligung zu ermöglichen.

*Russische Föderation.* FNPR: Ja.

*Schweiz.* Ja, unter Angabe der unterschiedlichen und sich einander ergänzenden Rollen des Staates, der Sozialpartner und anderer Akteure.

*Slowenien.* ZDS und ZDODS: Was die Fragen 4 und 6 betrifft, sind beide Arbeitgeberverbände mit allen im Fragebogen vorgeschlagenen Zielen und Begriffsbestimmungen sowie dem Geltungsbereich einverstanden. Die Regierungen sollten vor allem das lebenslange Lernen und den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit erleichtern sowie die Bedeutung der Innovation, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Wirtschaft betonen. Der Staat sollte die Investitionen der öffentlichen und privaten Hand in die für den Einsatz der IKT benötigte Infrastruktur, in Bildungs- und Ausbildungs-Hardware und -Software und in die Ausbildung von Lehrern und Ausbildern erweitern und dabei lokale, nationale und internationale Kooperationsnetze nutzen.

*Südafrika.* Ja, doch die Formulierung „die mit anderen Wirtschafts- und Sozialpolitiken vereinbar sind“ sollte durch „die andere Wirtschafts- und Sozialpolitiken ergänzen“ ersetzt werden. Es ist wichtig, daß die Idee der Humanressourcenentwicklung und -ausbildung als Kernelement bzw. sogar als Vorläufer wirtschaftlichen Wachstums und der erfolgreichen Verwirklichung von Entwicklungszielen vermittelt wird.

COSATU: Die Urkunde sollte auch empfehlen, daß die Regierungen andere geeignete wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen ergreifen, die auf Vollbeschäftigung und soziale Integration abzielen und es ermöglichen, daß die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen zu wirtschaftlichem Wachstum und Vollbeschäftigung führt bzw. beiträgt.

*Tschechische Republik.* Industrie- und Transportverband (SPD ČR): Es ist hinzuzufügen „und daß die Regierungen die behördliche Zuständigkeit für die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen festlegen und die Formen des Sozialdialogs eindeutig angeben sollten“.

*Vereinigte Staaten.* AFL-CIO: Innerhalb der Gemeinschaft müssen alle Beteiligten gemeinsam einen strategischen Plan ausarbeiten, um langfristige Ziele zu identifizieren und ihnen anschließend eine Priorität zuordnen. Gemeinsam nehmen die Beteiligten eine Evaluierung ihrer Ressourcen, Stärken, Schwächen, Chancen, Verbündeten, Gegner und Ziele vor, und sie ermitteln konkret zu ergreifende Maßnahmen. Bei der Evaluierung sollten die im Zusammenhang mit dem Angebot (Qualifikationen und Bedürfnisse der Erwerbstätigen) und der Nachfrage (Bedürfnisse der Industrie) auftretenden Fragen in diesem Bereich untersucht werden. So sollte beispielsweise die Urkunde der IAO Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen empfehlen, konzipieren und überwachen, die nachdrücklich auf sozialem Dialog beruhen und den unterschiedlichen Rollen der Regierung und der Sozialpartner Rechnung tragen.

USCIB: Im Grundsatz ja, im einzelnen nein. Staatliche Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen sind weitgehend wirkungslos, weil sie arbeitsplatz- und beschäftigungsfern sind und zu Programmen der „Ausbildung als Selbstzweck“ werden.

*Vereinigtes Königreich.* Selbstverständlich sollten die Regierungen Politiken formulieren, anwenden und überwachen, doch sollte dies nicht ausschließlich auf der Basis eines sozialen Dialogs erfolgen. Es ist klar, daß die Sozialpartner eng in die Ausarbeitung und Umsetzung von Politiken einbezogen werden sollten. Die Urkunde sollte einen Hinweis auf die Einbeziehung sonstiger wichtiger Akteure, wie z.B. Experten im Bereich Humanressourcenausbildung und -entwicklung und Ausbildungsanbieter, enthalten. Ferner sollte sie erwähnen, welchen Beitrag jene leisten können, die nicht in vollem Umfang durch die Sozialpartner vertreten sind, z.B. Arbeitslose, Frauen, ethnische Minderheiten, Behinderte und ältere Arbeitnehmer sowie in nichttraditionellen Tätigkeiten Beschäftigte.

In den meisten Antworten hieß es, die Urkunde sollte empfehlen, die Regierungen sollten innerstaatliche Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen formulieren, anwenden und überwachen, die mit anderen

Wirtschafts- und Sozialpolitiken vereinbar sind, auf einem sozialen Dialog beruhen und den verschiedenen Rollen des Staates und der Sozialpartner Rechnung tragen.

**Fr. 5** *Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen, Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen festzulegen, die:*

- a) das lebenslange Lernen und die Beschäftigungsfähigkeit erleichtern?*
- b) wirtschaftliche und soziale Ziele im Rahmen der globalen Wirtschaft und der wissens- und qualifikationsbasierten Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigen, wobei das Schwergewicht auf eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung, menschenwürdige Arbeit, soziale Integration und die Verringerung der Armut gelegt wird?*
- c) die Bedeutung der Innovation, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Wirtschaft sowie der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer betonen?*
- d) der Herausforderung Rechnung tragen, die Tätigkeiten der informellen Wirtschaft in menschenwürdige Arbeit umzuwandeln, die voll in das normale Wirtschaftsleben integriert ist?*
- e) die öffentlichen und privaten Investitionen in die für den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) benötigte Infrastruktur, in Bildungs- und Ausbildungs-Hardware und -Software und in die Ausbildung von Lehrern und Ausbildern erweitern, wobei lokale, nationale und internationale Kooperationsnetzwerke genutzt werden?*

*Gesamtzahl der Antworten: 94.*

*Gesamtzahl der Antworten: 91. Bejahend: 89. Verneinend: 0. Sonstige: 2.*

*a) Gesamtzahl der Antworten: 91. Bejahend: 89. Verneinend: 0. Sonstige: 2.*

*b) Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 86. Verneinend: 0. Sonstige: 2.*

*c) Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 86. Verneinend: 0. Sonstige: 2*

d) Gesamtzahl der Antworten: 87. Bejahend: 81. Verneinend: 3. Sonstige: 3

e) Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 85. Verneinend: 0. Sonstige: 5.

*Bejahend:* Ägypten (a bis d)), Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien (b)), Botsuana (a bis c) und e)), Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica (a), c) bis e)), Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun (a bis d)), Ghana, Griechenland, Guatemala (a), b), d) und e)), Honduras, Indien (a), b) und d)), Indonesien, Irak, Irland, Israel (a), c) bis e)), Italien, Japan, Jemen (e)), Jugoslawien, Kanada (a), c) bis e)), Kasachstan (a)), Katar (a bis c) und e)), Kenia (a bis c)), Kroatien, Kuba (a), c) bis e)), Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Mali, Malta, Mauritius Mexiko (b), c) und e)), Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Niederlande (a bis c) und e)), Neuseeland (a), c) und e)), Nicaragua, Nigeria, Norwegen, Oman (a), c) und e)), Österreich (b)), Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen (a bis d)), Portugal (a bis d)), Rumänien (a bis c) und e)), San Marino, Seschellen, Singapur, Slowakei, Südafrika (b) und d)), Schweden, Schweiz (a bis c) und e)), Simbabwe, Spanien, Sri Lanka, Surinam (a bis c) und e)), Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo (a) und e)), Tschechische Republik (a), c) und e)), Tunesien, Türkei (a) und e)), Uganda, Ukraine (e)), Ungarn (a), b) und d)), Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Venezuela (e)), Zentralafrikanische Republik und Zypern (a), c) und e)).

*Verneinend:* Botsuana (d)), Kenia (d)) und Schweiz (d)).

*Sonstige:* Bulgarien (c) und e)), Dänemark (e)), Mexiko (a) und d)), Neuseeland (b) und d)), Oman (b) und d)), Polen (e)), Portugal (e)) und Südafrika (a), c) und e)).

*Ägypten.* a) bis e) Ja, mit Unterstützung der Industrieländer und der in Frage kommenden internationalen Organisationen.

*Australien.* Queensland: e) Lebenslanges Lernen und lebenslange Beschäftigungsfähigkeit sind zentrale Anliegen der Strategien für die Ausbildung, Berufsbildung und das Lernen und tragen zum Zusammenhalt der Gemeinschaft bei. Holistische, auf der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und anderen Stellen beruhende Ansätze zur Lösung von Humanressourcenproblemen rücken mehr und mehr in den Vordergrund. Eine der vordringlichen Aufgaben ist es, im gesamten System der Berufsbildung und Ausbildung eine Kultur der Innovation zu entwickeln. Die Ausbildung in den IKT spielt eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, die Kluft zwischen den „Informations- und Technologie-Reichen“ und den „Informations- und Technologie-Armen“ zu schließen.



Victoria: c) Sollte lauten: „die Bedeutung der Innovation, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Wirtschaft, die Arbeitszufriedenheit der Arbeitnehmer sowie die regelmäßige Weiterqualifizierung der Erwerbsbevölkerung zur Gewährleistung ihrer Beschäftigungsfähigkeit betonen“.

ACTU: e) Ja. Angesichts der Tatsache, daß sich viele Länder nur bedingt die notwendige Technologie leisten können, nicht über ausreichende Fachkompetenzen verfügen und es ihnen an zuverlässigen Energiequellen mangelt, sollte man sich bei der Vermittlung von Bildung und Ausbildung nicht zu stark auf eine Lösung unter Einsatz hochentwickelter Informationstechnologie verlassen.

Barbados. CTUSAB: a) bis e) Ja, da in diesem Punkt folgendes zum Ausdruck kommt: i) ein Engagement für die Vorstellung des Lernens als einem fortlaufenden Prozeß; ii) die Notwendigkeit, den einzelnen dazu zu ermutigen, sich den Gedanken zu eigen zu machen, durch lebenslange Aus- und Fortbildung beschäftigungsfähig zu bleiben; iii) Verständnis für die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten/ Herausforderungen unserer Zeit, denen weitgehend durch Bildung und Ausbildung entsprochen wird, und iv) Anerkennung der Tatsache, daß jeder Sozialpartner seinen Anteil dazu beitragen muß, um sicherzustellen, daß die für diese neue Herangehensweise an die Bildung und Ausbildung benötigte Infrastruktur vorhanden ist.

Belgien. Wallonische Regierung: a) Nur das lebenslange Lernen wird unterstützt. Nein, das Konzept der Beschäftigungsfähigkeit ist unvereinbar mit dem Übereinkommen Nr. 142. b) Ja, vorausgesetzt, daß den kulturellen Gegebenheiten und Zielsetzungen bei der Formulierung von Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen Rechnung getragen wird. c) Nein, da diesen Zielen ausschließlich unternehmerische Interessen zugrunde liegen; die Interessen der Arbeitnehmer sind gemäß dem Übereinkommen Nr. 142 (Artikel 1 Absätze 4 und 5) gleich wichtig. e) Ja, allerdings mit folgenden Einschränkungen: i) die neuen IKT sind nicht allen Betroffenen zugänglich, während alle gleichberechtigt und ohne Unterschied Zugang zur Grund- und Berufsbildung haben sollten; ii) andere, konventionelle Technologien sind noch immer nützlich, da nicht zwangsläufig effizienter Gebrauch von der IKT gemacht wird und sie nicht immer besser oder zweckmäßiger ist; der Einsatz setzt neuer IKT voraus, daß der einzelne durch die Vermittlung einer Grundbildung die Fähigkeit zur kritischen Analyse entwickelt hat.

Brasilien. CNI: a) bis e) Es ist wichtig, daß vor der Festlegung von Formulierungen die maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu befragen sind.

Bulgarien. c) Dieser Punkt sollte wie folgt neu formuliert: „die Bedeutung der Innovation, der Wettbewerbsfähigkeit, des Wachstums der Wirtschaft, der Beschäftigungsfähigkeit, der Anpassungsfähigkeit und der geographischen Mobilität der Erwerbsbevölkerung betonen“. e) Auch erwähnt werden sollten Investitionen in Methodologien.

Dänemark. e) Statt „die ... Investitionen ... erweitern“ sollte es heißen: „die ... Investitionen (für den Einsatz von IKT stärkenden Strukturen) fördern“.

FTF: Im Mittelpunkt der Urkunde sollte das lebenslange Lernen stehen, dessen Ziel es ist, die Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die soziale Entwicklung des einzelnen zu stärken. Die Urkunde sollte die Bildung und Ausbildung als ein Recht definieren. Jedermann sollte Anspruch auf eine obligatorische Grundbildung und auf Berufsbildung haben.

*Deutschland.* BDA: e) Ja; es sollten aber keine Politiken festgelegt werden, die private Investitionen stringent steuern oder bestimmen, da keine dirigistischen Elemente von oben erwünscht sind.

*Finnland.* c) Ja, in Übereinstimmung mit der innerstaatlichen Politik. d) Ja, wenn gleich der Begriff informelle Wirtschaft und ihre Integration in das normale Wirtschaftsleben eine komplexe Aufgabe ist. e) Ja. Die Entwicklung der Infrastruktur ist eine notwendige Voraussetzung, doch bedarf es viel mehr, um Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen mit Erfolg in die Praxis umzusetzen.

*Indien.* EAR und IMC: a) bis e) Ja.

*Indonesien.* a) Ja, sofern dies vom Arbeitsmarkt nachgefragt wird.

*Irland.* a) Die Regierungen können das lebenslange Lernen beispielsweise erleichtern, indem sie sicherstellen, daß jedermann Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse und einen Grundschulabschluß erwirbt, das Phänomen der Schulaussteiger ohne Schulabschluß abschaffen, eine starke Beteiligung an Post-Sekundarbildungs- sowie Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen fördern, die Schaffung eines strategischen Rahmens für das lebenslange Lernen unterstützen und eine Kultur des lebenslangen Lernens am Arbeitsplatz fördern. b) Dies läßt sich über verschiedene Politiken bewerkstelligen, die für ein wettbewerbsfähiges unternehmerisches Umfeld sorgen und mehr und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Dabei geht es um Politiken wie die Schaffung eines förderlichen Klimas für Start-ups, die Umorientierung einheimischer Betriebe des herstellenden Gewerbes von veralteten, wenig produktiven Arbeitsverfahren auf anspruchsvollere Tätigkeiten mit größerer Wertschöpfung sowie die Verbesserung der nationalen Kapazitäten im Bereich Forschung und Entwicklung, Technologie und Innovation.

*Italien.* a) Die Verwirklichung des Anspruchs auf lebenslanges Lernen und auf entsprechende Investitionen sollte nicht dem einzelnen oder dem ethischen Gewissen des Arbeitgebers überlassen bleiben, sondern dieses Recht sollte im Einvernehmen der Sozialpartner gesetzlich verankert werden und allgemeingültig sein.

*Japan.* JTUC-RENGO: b) Die Definition der „Beschäftigungsfähigkeit“ in den Schlußfolgerungen, die die Internationale Arbeitskonferenz auf ihrer 88. Tagung angenommen hat, sollte in vollem Wortlaut in die Begriffsbestimmung von Beschäftigungsfähigkeit eingehen. d) Dieser Punkt sollte angesichts des zunehmenden Wachstums der informellen Wirtschaft in der neuen Urkunde ausdrücklich erwähnt werden.

*Kanada.* c) Den aufgeführten Elementen ließe sich „Produktivität“ hinzufügen.

*Kenia.* d) Nein, dieser Sektor ist in ständigem Wandel begriffen.

*Kroatien.* SSSH: c) Ja, wirtschaftliches Wachstum muß aber von Maßnahmen zum Schutz und zum Erhalt der Umwelt flankiert werden.

*Libanon.* a) bis e) Die Formulierung „Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen“ ließe sich durch die Formulierung „Sollte die Urkunde den Regierungen empfehlen“ ersetzen. a) Es ist wichtig, daß es Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, damit die Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen nicht vergeblich sind. b) Diese Politiken müssen den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft Rechnung tragen, die von Land zu Land unterschiedlich sein können. Um den Grundstock für den Erwerb weiterer Fertigkeiten zu legen, muß benachteiligten Gruppen zunächst eine Grundbildung vermittelt werden. d) Um Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, müssen in der informellen Wirtschaft ausreichende Gelegenheiten für die berufliche Ausbildung geboten werden. Es ist wichtig, eine klare Vorstellung von der informellen Wirtschaft zu haben und den Begriff eindeutig zu definieren. Es fragt sich, inwieweit sich dieser Sektor organisieren läßt. Und wenn ja, ist die Organisierung dieses Sektors gleichbedeutend mit seiner Abschaffung bzw. seiner Umwandlung in den formalen Sektor?

Verband der Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (CCCIA): a) bis e) Ja, wenngleich ein neuer Absatz über die Weiterbildung der Erwerbsbevölkerung, um aktuellen Anforderungen zu entsprechen, aufgenommen werden sollte.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mexiko.* a) Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, daß bei der Konzipierung von Bildungs- und Ausbildungspolitiken ein holistischer und multidisziplinärer Ansatz verfolgt wird, der eine Verbindung schafft zwischen Schule und Erwerbsleben. d) Der Inhalt von IAO-Grundsatzserklärungen zur informellen Wirtschaft sollte aufgenommen werden, damit konkrete Maßnahmen vorgeschlagen und durchgeführt werden können. Der Begriff Menschenwürdigkeit schließt Ehrlichkeit und Rechtlichkeit ein, und eine Beschäftigung im informellen Sektor kann genauso menschenwürdig sein wie eine Arbeit in der formalen Wirtschaft. Der Ausdruck „menschenwürdig“ sollte daher gestrichen werden, was den Bedeutungsinhalt des Satzes nicht ändern würde.

*Neuseeland.* b) Dies ließe sich wie folgt umformulieren: „sowohl wirtschaftliche als auch soziale Ziele ... in ausgewogener Weise berücksichtigen“. d) Es sollte auf die allgemeine Aussprache über die informelle Wirtschaft auf der 90. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz hingewiesen werden.

Neuseeländischer Wirtschaftsverband (Business NZ): d) Es ist ernsthaft zu untersuchen, inwieweit das jüngste Wachstum in der informellen Wirtschaft mit mangelnden Bildungs- und Ausbildungsgelegenheiten im Zusammenhang steht und nicht, wie es den Anschein haben könnte, das Ergebnis eines immer strengeren Beschäftigungsschutzes ist, der die Arbeitgeber der formalen Wirtschaft davon abhält, Arbeitskräfte einzustellen. Falls letzteres auf viele Länder zutrifft, dann dürfte die Entwicklung und Ausbildung der

Humanressourcen die Umgestaltung der Tätigkeiten in der informellen Wirtschaft kaum wesentlich voranbringen.

Neuseeländischer Gewerkschaftsrat (NZCTU): b) Ja.

*Nigeria.* Es sollte die technische Unterstützung für Entwicklungsländer betont werden.

*Oman.* b) Die Formulierung „gleichermaßen berücksichtigen“ sollte durch „angemessen berücksichtigen“ ersetzt werden. d) Vor Erörterung dieser Frage in dieser Urkunde sollte ein Übereinkommen über die Arbeitnehmer in der informellen Wirtschaft angenommen werden.

*Österreich.* a) bis e) Ja, allerdings sollte hinzugefügt werden, daß „die Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen auch die Persönlichkeitsentwicklung fördern“.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB): a) bis e) Ja, mit folgendem Zusatz: „die Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen sollten auch die Persönlichkeitsentwicklung sowie die demokratiepolitischen Fähigkeiten fördern“.

*Pakistan.* a) bis d) Diese Aspekte sollten angesichts der im Gefolge der Globalisierung und des technologischen Fortschritts sich wandelnden Arbeitsmarktbedingungen berücksichtigt werden.

EFP: b) Ja, aber das Konzept der „menschwürdigen Arbeit“ hat nicht universellen Charakter. d) Nein, es sei denn, die Zahl der eingetragenen Arbeitgeber im informellen Sektor verändert sich wesentlich.

*Polen.* b) Die soziale Funktion der Grundbildung und der Ausbildung sollte Vorrang haben. e) Die Investitionen der öffentlichen und der privaten Hand in Infrastrukturen generell lassen sich möglicherweise eher durch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen als durch Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen erweitern. Bei letzteren ist zu betonen, daß sie die Entwicklung von IKT erfordern.

*Portugal.* c) Die Bildungs- und Ausbildungssysteme sollten dem lebenslangen Lernen eine höhere Priorität einräumen; Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern, die das lebenslange Lernen und Innovationen betreffen, ermutigen; der Frage, wie sich lebenslanges Lernen und Anpassungsfähigkeit gegenseitig ergänzen, nachgehen; die flexible Gestaltung der Arbeitszeit und den Stellenaustausch fördern, und die soziale Verantwortung der Unternehmen für die Förderung vorbildlicher Praktiken im Bereich des lebenslangen Lernens und der Organisation der Arbeit, Chancengleichheit, soziale Integration und eine nachhaltige Entwicklung, herausstellen. d) Die Sozialpartner spielen bei dem Bemühen, dieser Herausforderung zu begegnen, eine Schlüsselrolle. e) Die öffentlichen und privaten Investitionen sollten in einem Rahmen erfolgen, der maximale Rentabilität der eingesetzten Mittel verspricht.

CCP: b) Soziale Ziele lassen sich nur durch ökonomische Mittel erreichen, da die für die Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen nötigen Mittel nur durch Wirtschaftswachstum und Entwicklung generiert werden können. Die Frage sollte daher nicht in

dieser Form gestellt werden. Statt sich der Formulierung „gleichermaßen berücksichtigen“ zu bedienen, sollte die Urkunde vielmehr ein ausgewogenes und realistisches Herangehen vorsehen.

CIP: b) Die Formulierung „gleichermaßen berücksichtigen“ ist durch den Ausdruck „stärker berücksichtigen“ zu ersetzen.

*Rumänien.* a) Politiken und Strategien sollten den gleichberechtigten Zugang zu Ausbildung und lebenslangem Lernen sicherstellen. c) Diese Faktoren erfordern, daß in allen Wirtschaftsbereichen ein hoher Bildungsstand und ein hohes Qualifikationsniveau herrscht, um bei Veränderungen am Arbeitsplatz eine qualitativ hochwertige Ausbildung und eine ständige Weiterqualifizierung zu gewährleisten.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis e) Ja.

*Schweden.* a) Ja. Das Festlegen von Strategien und Maßnahmen, die so beschaffen sind, daß sich die Arbeitskräfte, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsorganisation in Anpassung an die sich wandelnden sozialen Verhältnisse entwickeln können, ist eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung der Kompetenzen. Bildung ist wichtig, sowohl für die Freiheit und die Sicherheit des einzelnen als auch für das Wachstum und den Wohlstand einer Gesellschaft, und sie muß ein fortlaufender Prozeß sein. Um die Gefahr zu verringern, im aktiven Erwerbsalter beruflich ausgegrenzt zu werden, sind wiederholte Ausbildungsinitiativen erforderlich. Die Urkunde sollte Ziele nennen, die die Bedeutung der Innovation, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Wirtschaft betonen. b) Ja. Was politische Maßnahmen angeht, so können die Regierungen den Erwerb von Kompetenzen durch finanzielle Anreize fördern, indem sie Erwerbstätigen gestatten, ihre Ausgaben für Berufsbildungs- und Ausbildungszwecke oder sonstige Qualifizierungsmaßnahmen von der Steuer abzusetzen. Mit dem so gesparten Bruttoeinkommen könnten sie Einkommenseinbußen, die ihnen durch Weiterqualifizierungszeiten entstanden sind, ausgleichen.

*Schweiz.* c) Ja, wenngleich im Mittelpunkt des Fragebogens die Erfordernisse der Wirtschaft zu stehen scheinen, so z.B. die Frage der Beschäftigungsfähigkeit. Eines der wesentlichen Ziele der Bildung und Ausbildung sollte darin bestehen, freie und verantwortungsbewußte Staatsbürger heranzubilden. d) Nein. Dieser Aspekt sollte durch einen Hinweis auf die allgemeine Aussprache über die informelle Wirtschaft auf der 90. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz abgedeckt werden.

UPS: b) und d) Der Begriff menschenwürdige Arbeit sollte geklärt werden. e) Es geht nicht um mehr Investitionen der öffentlichen Hand. Aufgabe der öffentlichen Stellen ist es, Strukturen wie etwa Rechtsberatungsdienste und Sicherheitsdienste einzurichten und elementare Infrastrukturen zu schaffen, damit sich eine freie Marktwirtschaft entwickeln kann.

USS/SGB: a) Wenn immer in der Urkunde der Begriff „Beschäftigungsfähigkeit“ verwandt wird, sollte ein Hinweis auf die „Fähigkeit zur sozialen Integration“ erfolgen. e) Diese Zielsetzung ist um Investitionen für Büchereien und die Herstellung motivierender Ausbildungsunterlagen zu ergänzen. Der Wert der IKT wird zwar nicht in Frage gestellt, doch muß Sorge getragen werden, daß sie nicht von Arbeitgebern eingesetzt

wird, um an der Grundausbildung zu sparen, die die am stärksten benachteiligten Arbeitnehmer benötigen. Dieser Kommentar gilt gleichermaßen für die Fragen 9 d), 15 und 19 b).

*Sri Lanka.* Arbeitgeberverband Ceylons (EFC): b) Das Unvermögen, soziale Ziele zu verwirklichen, ist in Entwicklungsländern eindeutig auf die Unfähigkeit der Realisierung wirtschaftlicher Ziele zurückzuführen. Letztere haben zwar Vorrang, doch die Länder müssen auch soziale Fragen berücksichtigen und um ein vernünftiges Gleichgewicht bemüht sein. d) Die Urkunde sollte den wichtigen Beitrag erwähnen, den der informelle Sektor zur Wirtschaft der Länder leistet. Der informelle Sektor sollte seine Umwandlung nicht mit seiner Vernichtung zu bezahlen haben. Den Unternehmen des informellen Sektors sollten Gelegenheiten geboten werden, sich in das normale Wirtschaftsleben zu integrieren, doch parallel hierzu wird der informelle Sektor auch weiterhin neue Unternehmer absorbieren.

*Südafrika.* a) Es wäre wahrscheinlich am besten, in der Präambel vom Zweck solcher Interventionen (Ergebnis/Wirkung) zu sprechen, und zwar von „Politiken zur Entwicklung der Humanressourcen“, die zu mehr Beschäftigung, größerer Produktivität, einer breiteren Palette interner und externer beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten, zur Minderung von Armut und zur sozialen Integration sowie zum Wiedereintritt in das Erwerbsleben für diejenigen, die durch Umstrukturierung ihre Arbeit verloren haben oder ihre berufliche Tätigkeit wegen Kinderbetreuungspflichten unterbrochen haben, beitragen. Die Vorleistungen, um diese Ergebnisse zu erzielen, sind „lebenslanges Lernen und Beschäftigungsfähigkeit“. b) Ja, aber bei entsprechender Textumstellung, wie oben vorgeschlagen, wobei dieser Punkt in einen Abschnitt eingestellt würde, der sich mit der Vorstellung von einer erfolgreichen Durchführung von Ausbildungspolitiken, den Voraussetzungen hierfür und damit im Zusammenhang stehenden Erwägungen befaßt. c) Zu nennen sind außerdem die Verringerung von Armut und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. d) Ja. In einem Zusatz ist darauf hinzuweisen, daß dieses Ziel nur zu verwirklichen ist, wenn andere Maßnahmen (z.B. Mikrokredite und Zugang zu Absatzmärkten) in die Politiken und Strategien zur Entwicklung der Humanressourcen integriert werden. e) Hier sollten zwei Feststellungen getroffen werden: die erste sollte sich mit der Notwendigkeit der Erweiterung der öffentlichen und privaten Investitionen allgemein und der Rentabilitätssteigerung dieser Investitionen befassen und die zweite sollte darauf hinweisen, daß, um die Vorstellungen und die Zielsetzungen dieser Empfehlung zu verwirklichen, in die IKT investiert werden muß.

COSATU: a) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen zu ermitteln, die das lebenslange Lernen und die Beschäftigungssicherheit fördern. Der Begriff Beschäftigungsfähigkeit sollte so breit wie möglich gefaßt werden. Im gleichen Zusammenhang sollte jeder Anschein vermieden werden, daß die Arbeitnehmer selbst schuld sind, wenn sie keine Arbeit haben, weil sie nicht „beschäftigungsfähig“ sind. Der Begriff der Beschäftigungsfähigkeit hat mehrere Aspekte: i) Beschäftigungsfähigkeit hat nur bei Vorhandensein makroökonomischer Politiken Sinn, die die Beschäftigung fördern (man kann nicht im wahren Sinn des Wortes beschäftigungsfähig sein, wenn es keine Beschäftigungen gibt); ii) Beschäftigungsfähigkeit ist eine enge Partnerschaft zwischen den Gewerkschaften,

den Arbeitgebern, der Regierung und den einzelnen Arbeitnehmern (von den Arbeitnehmern kann nicht erwartet werden, daß sie die Haupt- oder Alleinverantwortung, insbesondere für die Frage der Finanzierung ihrer Beschäftigungsfähigkeit tragen); iii) Beschäftigungsfähigkeit läßt sich in einem Umfeld erreichen, in dem globale Wirtschaftstätigkeiten auf der Basis der Gleichberechtigung erfolgen (die Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern sind zur Arbeitslosigkeit verurteilt, wenn die Probleme in den Bereichen Investitionstätigkeit, Handel, internationale Verschuldung, Entwicklungshilfe, Technologietransfer, usw. nicht gelöst werden); iv) der Beitrag der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen zur „Beschäftigungsfähigkeit“ ist nicht auf die fachliche und berufliche Ausbildung beschränkt, sondern sollte alle Elemente des innerstaatlichen Bildungssystems einschließen; v) „Beschäftigungsfähigkeit“ ist ein wesentliches, aber nicht alleiniges Ziel und Ergebnis von Bildung und Ausbildung (andere Ziele und Ergebnisse sind u.a. die volle Entfaltung der Persönlichkeit, Verständnis der staatsbürgerlichen Pflichten, kritisches Denken, kulturelle Bildung). Die Ausbildung ist ein möglicher Mechanismus, mit dem den Herausforderungen des informellen Sektors Rechnung getragen werden kann und die marginalen Tätigkeiten in menschenwürdige Arbeit, voll in das normale Wirtschaftsleben integriert, umgewandelt werden können. Dieser Punkt sollte in der neuen Urkunde ausführlich Niederschlag finden. e) Ja.

*Tschechische Republik.* SPD ČR: Die Urkunde sollte in erster Linie helfen, die richtigen Bedingungen für lebenslanges Lernen und entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

*Vereinigte Staaten.* AFL-CIO: d) Im Rahmen von Partnerschaften, die sich um die Entwicklung von hochrangigen, qualitativ hochstehenden und innovativen Fertigkeiten bemühen, müssen die Herausforderungen des wachsenden informellen Sektors (z.B. Zeit- und Reservearbeitskräfte) angegangen werden und versucht werden, innerhalb dieser Sektoren Möglichkeiten für stabiles Beschäftigungswachstum zu schaffen.

USCIB: a) Ja. In den vom Wettbewerb geprägten Weltmärkten kann die Sicherheit des Arbeitsplatzes nicht garantiert werden. Arbeitsplatzsicherheit verlangt lebenslanges Lernen und kann weder vom Arbeitgeber, noch durch Beschäftigungspolitiken, noch durch internationale Arbeitsnormen gewährleistet werden. Beschäftigungsfähigkeit verlangt vom einzelnen, Verantwortung zu übernehmen. Die Arbeit im 21. Jahrhundert verlangt vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer gleichermaßen, zu lernen, sich anzupassen und ständig neue Fertigkeiten zu erwerben, um mit neuen Technologien, neuen Arbeitsverfahren und neuen Formen der Arbeitsorganisation Schritt halten zu können. b) Ja, im Grundsatz. Es ist klar, daß ein auf einem Engagement für soziale Integration basierendes sozialpolitisches Umfeld diesen Zielsetzungen förderlich wäre. c) Ja. Wettbewerb und Innovation haben Wirtschaften effizienter gemacht und Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Die Globalisierung bringt Ländern, die auf diesen Prozeß positiv reagiert haben, Wohlstand und ein spiralförmiges Anwachsen von Beschäftigungsmöglichkeiten, auch wenn nicht alle gleichzeitig in den Genuß dieser Vorteile gelangen. Investitionen in die eigene Beschäftigungsfähigkeit garantieren, daß der betreffende Arbeitnehmer bzw. die betreffende Arbeitnehmerin bereit ist, von den durch Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der Wirtschaft geschaffenen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten zu profitieren. d) Ja, doch muß eingeräumt werden, daß zwischen der

Entwicklung der Humanressourcen in diesem Zusammenhang und der Humanressourcenentwicklung in der formalen Wirtschaft ein Unterschied besteht. e) Ja.

*Vereinigtes Königreich.* d) Ja. Die allgemeine Aussprache über die informelle Wirtschaft, die auf der 90. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (2002) stattfand, gelangte zu der Schlußfolgerung, daß „Investitionen in Menschen ... in Bildung, qualifizierende Ausbildung, lebenslanges Lernen, Gesundheit und Sicherheit“ von entscheidender Bedeutung sind, wenn es darum geht, Menschen die Formalisierung ihrer informellen Wirtschaftstätigkeit zu erleichtern. Bei den Tätigkeiten der IAO sollte das Ziel darin bestehen, „menschenwürdige Arbeitsplätze und Bildungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungschancen zu schaffen“. e) Ja, doch der Wortlaut ist sehr präskriptiv; es sollte vielleicht so formuliert werden: „Mittel und Wege untersuchen und anwenden, um ... zu erweitern“. Die Urkunde sollte auch Nachdruck auf nachhaltige Investitionen in diesem Bereich legen, sowie auf den Zusammenhang zwischen diesen Investitionen und anderen Vorhaben zur Entwicklung der nationalen Infrastruktur, z.B. Stromversorgungs- und Telekommunikationsprojekte, ohne die die Investitionen in die IKT zum größten Teil nutzlos sind.

*Zentralafrikanische Republik.* d) Ja. Die Entwicklung der Humanressourcen kann infolge des Wissenserwerbs durch die Arbeitnehmer und im Verein mit wirtschaftlichen Ausbildungsanreizen einen Wandel der Tätigkeiten in der informellen Wirtschaft bewirken.

*Zypern.* Panzypriotischer Gewerkschaftsbund (PEO): a) Nein. Das Konzept der Beschäftigungsfähigkeit verlagert die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit auf die Arbeitnehmer, und es sollte vermieden werden, in der Empfehlung auf dieses Konzept zu verweisen. c) Nein.

In der großen Mehrheit der Antworten wurde die Auffassung vertreten, die Mitgliedstaaten sollten die Festlegung von Politiken zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen, die das lebenslange Lernen und die Beschäftigungsfähigkeit erleichtern, ermutigen, wirtschaftliche und soziale Ziele im Rahmen der globalen Wirtschaft und der wissens- und qualifikationsbasierten Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigen, wobei das Schwergewicht auf eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung, menschenwürdige Arbeit, soziale Integration und die Verringerung der Armut zu legen ist, die Bedeutung der Innovation, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Wirtschaft sowie der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer betonen, der Herausforderung Rechnung tragen, die Tätigkeiten der informellen Wirtschaft in menschenwürdige Arbeit umzuwandeln, die voll in das normale Wirtschaftsleben integriert ist, die öffentlichen und privaten Investitionen in die für den Einsatz der IKT benötigte Infrastruktur, in Bildungs- und Ausbildungs-Hardware und -Software und in die Ausbildung von Lehrern und Ausbildern erweitern und dabei lokale, nationale und internationale Kooperationsnetzwerke nutzen. In einigen Antworten wurde Sorge angesichts der komplizierten Beschaffenheit der



informellen Wirtschaft und der Frage geäußert, in welchem Umfang sich dieser Sektor organisieren läßt. In anderen Stellungnahmen wurde das Problem der Definition des Begriffs der menschenwürdigen Arbeit in den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und -sektoren angesprochen.

**Fr. 6**

*Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen:*

- a) anzuerkennen, daß alle Menschen ein Recht auf Bildung und Ausbildung haben, und in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern einen universellen Zugang hierzu sicherzustellen?*
- b) eine innerstaatliche Strategie festzulegen und einen institutionellen Rahmen zu schaffen für die Entwicklung und Durchführung von Ausbildungspolitiken auf verschiedenen Ebenen (nationale, regionale, lokale und sektorale Ebene und Ebene der Betriebe), die die Sozialpartner einbeziehen, den sozialen Dialog fördern und die Rolle der verschiedenen Parteien festlegen?*
- c) die Humanressourcen- und Ausbildungspolitiken mit den Politiken zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in Einklang zu bringen (z.B. durch die regionale oder industrielle Entwicklung)?*
- d) einen nationalen Qualifikationsrahmen einzurichten, um das lebenslange Lernen zu erleichtern, den Unternehmen und den Arbeitsvermittlungsstellen dabei zu helfen, die Nachfrage nach Qualifikationen mit dem Angebot in Einklang zu bringen, Personen bei der Ausbildungs- und Berufswahl zu beraten und die Anerkennung erworbener Kenntnisse zu erleichtern?*
- e) ein innerstaatliches Ausbildungssystem zu entwickeln, das den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten angepaßt ist?*
- f) die Hauptverantwortung für Investitionen in die Grundbildung und die Erstausbildung zu übernehmen?*
- g) in andere Formen der Ausbildung zu investieren?*
- h) ein allgemeines wirtschaftliches Umfeld und Anreize zu schaffen, durch die Einzelpersonen und Unternehmen ermutigt werden, einzeln oder gemeinsam in Bildung und Ausbildung zu investieren?*

- i) *den sozialen Dialog über Fragen der Ausbildung auf verschiedenen Ebenen (nationale, regionale, lokale und sektorale Ebene und Ebene des Betriebs) zu stärken?*
- j) *andere Tätigkeiten durchzuführen? (bitte angeben)*

*Gesamtzahl der Antworten: 95.*

*a) Gesamtzahl der Antworten: 92. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 5.*

*b) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 86. Verneinend: 0. Sonstige: 3.*

*c) Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 89. Verneinend: 0. Sonstige: 1.*

*d) Gesamtzahl der Antworten: 91. Bejahend: 90. Verneinend: 0. Sonstige: 1.*

*e) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 87. Verneinend: 1. Sonstige: 1.*

*f) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 84. Verneinend: 1. Sonstige: 4.*

*g) Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 3.*

*h) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 2.*

*i) Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 1.*

*Gesamtzahl der Antworten: 32.*

*Bejahend: Ägypten (a, d bis h)), Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados (a bis e), g bis i)), Belgien, Benin, Bolivien (c)), Botsuana (a bis i)), Brasilien, Burundi (a, b, e bis g)), Chile, China (a bis f), h und i)), Costa Rica (a, c bis i)), Dänemark (a, d bis h)), Deutschland (b bis f), h und i)), Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich (a, d bis h)), Gabun (b bis f), h und i)), Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien (d und e)), Indonesien, Irak (a und i)), Irland (a bis h)), Israel (a bis d), f, g und i)), Italien, Japan (a)), Jemen (a, d, g und i)), Jugoslawien, Kanada (b bis i)), Kasachstan (a)), Katar (a bis i)), Kenia (b bis e), g bis i)), Kroatien, Kuba (a, c bis i)), Lettland, Libanon (a bis e), g und i)), Litauen, Malaysia, Mali, Malta, Mauritius (a bis i)), Mexiko (a bis i)), Republik Moldau (a bis i)), Myanmar, Namibia, Niederlande (a bis d), f und i)), Neuseeland, Nicaragua, Nigeria (a bis h)), Norwegen, Oman (a bis i)), Österreich (a bis e), g bis i)),*

Pakistan, Panama (a bis i)), Papua-Neuguinea, Peru (a bis e), g bis i)), Philippinen (a bis i)), Polen (a bis f), h und i)), Portugal (a bis d), f bis i)), Rumänien (a bis i)), San Marino, Seschellen, Singapur, Slowakei, Südafrika (b), c), e), g bis i)), Schweden, Schweiz (a bis e), g bis i)), Simbabwe, Spanien, Sri Lanka (a bis i)), Surinam (a bis e), g bis i)), Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo (a bis i)), Tschechische Republik (a), c), d), f bis i)), Tunesien, Türkei, Uganda (a bis i)), Ukraine (a bis i)), Ungarn (d und e)), Vereinigte Arabische Emirate (a bis i)), Vereinigtes Königreich (c bis i)), Venezuela (a), d), g und i)), Zentralafrikanische Republik (a bis i)), Zypern (a), c bis i)).

*Verneinend:* Barbados (f)), Deutschland (j)), Israel (e)), Kenia (j)), Mauritius (j)).

*Sonstige:* Botsuana (j)), Bulgarien (g), h und j)), Burundi (j)), China (g und j)), Deutschland (a und g)), Frankreich (b und c)), Irak (j)), Irland (j)), Israel (j)), Kanada (a)), Kenia (a und f)), Libanon (f), h und j)), Mexiko (j)), Republik Moldau (j)), Nigeria (i)), Oman (j)), Panama (j)), Philippinen (j)), Polen (j)), Portugal (e)), Rumänien (j)), Schweiz (f)), Sri Lanka (j)), Südafrika (e und f)), Uganda (j)), Vereinigte Arabische Emirate (j)), Vereinigtes Königreich (a), b und j)), Zypern (b)).

*Ägypten.* a) bis i) Ja, vorausgesetzt, daß die Regierungen der Industriestaaten einen bestimmten Prozentsatz ihres Volkseinkommens dafür bereitstellen, Entwicklungsländern bei der Durchführung ihrer Programme zu helfen.

*Australien.* a) Das Recht auf Bildung und Ausbildung ließe sich klarer definieren, wenn zwischen Bildung/Ausbildung, durch die jeder das Rüstzeug für die Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Leben erhält, und der Weiterbildung und -qualifizierung gut ausgebildeter und hochqualifizierter Menschen unterschieden würde. Letzteres ist nicht unbedingt ein Anspruch und muß auch nicht allen zugänglich sein. f) Die Regierungen sollten dazu ermutigt werden, die Hauptverantwortung für Investitionen in die Grundbildung zu übernehmen. Der Begriff „Erstausbildung“ sollte definiert werden; dann ließe sich leichter feststellen, ob die Verantwortung für Investitionen in die Erstausbildung bei der Regierung oder bei anderen, z.B. bei privaten Anbietern oder den Arbeitgebern liegen sollte.

Queensland: f) Die Regierung sollte für einen Grundstock an Bildung und Ausbildung sorgen und diese absichern und durch den strategischen Einsatz staatlicher Mittel den Privatsektor zu zusätzlichen Investitionen anregen. Ferner könnten die Regierungen dazu ermutigt werden, zu differenzieren zwischen ihrer Verantwortung für Investitionen in die Grundbildung und der Verantwortung jedes einzelnen für seine berufliche Ausbildung und Entwicklung nach Abschluß der Grundschulbildung. g) In Ausbildung, die allen Teilen der Gemeinschaft gleichberechtigt offen steht, in die Vermittlung von Fertigkeiten, die von neu entstehenden Branchen nachgefragt werden, in vom Markt nicht angebotene Ausbildungsprofile zur Abdeckung des daraus folgenden Fachkräftemangels und in die Entwicklung von Ausbildungswegen und Infrastruktur, die dem lebenslangen Lernen förderlich sind.

Westaustralien: a) Die Urkunde sollte anerkennen, daß jedes Kind Anspruch auf Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung hat.

*Barbados.* i) Ja, nur auf der nationalen Ebene.

BEC: d) Die Regierungen sollten einen nationalen Rahmen schaffen, der Unternehmen und Arbeitsvermittlungsstellen hilft, die Nachfrage nach Qualifikationen mit dem Angebot in Einklang zu bringen. Sie sollten aber auch zu einem stärker dezentralisierten Ansatz ermutigt werden, der es erlaubt, Entscheidungen auf der Ebene der Betriebe und über Kollektivvereinbarungen zu treffen.

CTUSAB: f) Ja.

*Belgien.* Wallonische Regierung: a) Ja, was das Recht aller auf Bildung und Erst- und Fortbildung betrifft. Nein, was die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zur Sicherstellung eines universellen Zugangs angeht, da dies die Verantwortung des Staates ist. b) In Belgien ist die Französische Gemeinschaft hierfür zuständig; ja, nur im Hinblick auf die Berufsbildung. c) Nein. Die Entwicklung der Humanressourcen sollte (im Einklang mit Artikel 1 (2) c) des Übereinkommens Nr. 142) auch im Einklang mit sozialen und kulturellen Zielsetzungen stehen. d) Ja, zumindest auf regionaler Ebene. g) Das hängt von der Art der Ausbildung ab.

*Botsuana.* j) Es sind Darlehen und Anreize vorzusehen, die die Arbeitnehmer dazu ermutigen, an einem Ausbildungsprogramm teilzunehmen.

*Brasilien.* CNI: j) Es sollte gefördert werden, daß die Belange des Bildungs- und Ausbildungsbereichs, des Arbeitsmarkts, der Beschäftigung, der Wissenschaft sowie Belange des technologischen Fortschritts und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bei der Formulierung und Durchführung von Bildungs- und Ausbildungsplänen und -politiken besser miteinander in Einklang gebracht werden. Die Ausbildung mit Blick auf eine selbständige Erwerbstätigkeit sollte gefördert und Mikro- und Kleinunternehmen, die Arbeitsplätze und Einkommen schaffen, sollten unterstützt werden.

*Bulgarien.* g) Dies sollte folgendermaßen formuliert werden: „unter Berücksichtigung von Prioritäten in andere Formen der Ausbildung investieren“. h) Dieser Punkt sollte wie folgt neu gefaßt werden: „die Schaffung eines allgemeinen wirtschaftlichen Umfelds und von Anreizen zu unterstützen ...“. j) Popularisierung von Tätigkeiten, Programmen, Methoden usw. zur Entwicklung der Humanressourcen; Unterstützung der Entwicklung eines institutionellen Rahmens für die Humanressourcenentwicklung; Ausarbeitung klarer Konzepte für die Humanressourcenentwicklung und die jeweilige Rolle der Hauptakteure.

*Burundi.* j) Auf einem integrierten Ansatz beruhende Tätigkeiten zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten.

*China.* g) Sollte wie folgt neu formuliert werden: „Investitionen in andere Formen der Ausbildung zu fördern“. j) Verbindungen zwischen Ausbildung und Arbeitsver-

mittlungsdiensten sind zu fördern; für benachteiligte Gruppen sind Sondermaßnahmen vorzusehen.

*Dänemark.* b) und d) Ja, doch sollten diese Punkte flexibler gefaßt werden, um die Entwicklung kohärenter Strategien und Qualifikationssysteme in den Vordergrund zu rücken.

*Deutschland.* a) Die Formulierung „Recht auf ...“ sollte durch die Formulierung „ungehinderter Zugang zur Bildung, einschließlich der Ausbildung“ ersetzt werden. Zudem sollte sinngemäß formuliert werden: „Auch benachteiligten jungen Menschen ist der Zugang zu Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.“ f) Ja, aber nur insoweit es um die schulische Erstausbildung geht. Es ist die Verantwortung der Wirtschaft für die berufliche Erstausbildung zu erwähnen. g) Hier sollte folgendermaßen formuliert werden: „Unterstützung innovativer Entwicklungen in Aus- und Weiterbildung“.

BDA: a) Ja, es sollte aber auch die Verantwortung jedes einzelnen für seine Qualifizierung genannt werden. d) Ja, doch muß es den Arbeitgebern freigestellt bleiben, bedarfsgerechte und flexible Lösungen bei der beruflichen Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu finden. g) Hier sollte die Verantwortung des einzelnen und eine praxis- und bedarfsorientierte Herangehensweise stärker betont werden.

*Finnland.* g) Ja. Sekundar- und Tertiärbildung sollten gleichfalls genannt werden. h) Ja, in Übereinstimmung mit der innerstaatlichen Wirtschafts-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik.

*Frankreich.* a) Ja, es ist unbedingt notwendig, daß die vom Staat, den maßgebenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, den Verbänden der selbständig Erwerbstätigen, aber auch die von regionalen und kommunalen Stellen sowie von Vereinen, Berufs- und Familienverbänden, staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen und -unternehmen durchgeführten Politiken aufeinander abgestimmt werden. b) Die Empfehlung sollte die Rolle der verschiedenen Parteien nicht präzisieren, da es bislang kein allgemeingültiges Modell für die Verteilung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten gibt. c) In der Praxis sollten die Ausbildungspolitiken auf der nationalen und/oder regionalen Ebene (institutioneller Rahmen, Ausbildungsanbietersystem) entwickelt und durchgeführt werden. Die regionalen/lokalen Behörden könnten aufgefordert werden, besondere Verantwortung in diesem Bereich zu übernehmen. d) Ja, doch angesichts des komplexen Zusammenhangs zwischen Angebot und Nachfrage wäre die Formulierung „die Differenz zwischen nachgefragten und angebotenen Qualifikationen zu verringern“ möglicherweise besser. e) Ja, obwohl nichts einzelne Länder daran hindert, sich auf gemeinsame Ziele zu einigen und in einem bestimmten Bereich die Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis zu fördern. Der Austausch „vorbildlicher Praktiken“ und die Einrichtung internationaler Kooperationsnetze sind auf jeden Fall zu unterstützen. g) Ja, den Regierungen kommt auch Verantwortung für die Fort- und Weiterbildung zu, da diese zur Förderung der Beschäftigung und zur Bekämpfung der Ausgrenzung beitragen. h) Ja, Politiken zur Entwicklung der Humanressourcen sollten integraler Bestandteil von Maßnahmen sein, die die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer, die Armutsbekämpfung und die Förderung menschenwürdiger

Arbeit von hoher Qualität zum Ziel haben. Zudem aber müssen diese Politiken andere Ziele verfolgen, und zwar den sozialen Zusammenhalt, die Persönlichkeitsentwicklung, Demokratie und Staatsbürgersinn. Diese Vielzahl von Zielen ist der Hauptgrund, warum die Regierungen bei der Humanressourcenentwicklung und der Schaffung eines der Herausbildung einer Kultur des lebenslangen Lernens förderlichen Umfelds eine zentrale Rolle übernehmen sollten.

*Indien.* EAR: g) Nein.

Indischer Arbeitgeberverband (EFI): a) bis i) Ja.

FKCCI: j) Eine vielfältig qualifizierende Ausbildung, berufsbegleitende Ausbildung und die Entwicklung der Persönlichkeit werden das Leben der Arbeitnehmer verbessern und in Betrieben zu höherer Produktivität führen.

IMC: b) Nein. e) Nein. g) Nein.

*Irak.* j) Die ständige Weiterbildung und die berufliche Fortbildung sind durch die Schaffung von Bildungs-/Ausbildungsmöglichkeiten zu fördern, und einzelne sind zur Nutzung dieser Gelegenheiten zu ermutigen.

*Irland.* j) Es ist zu betonen, wie wichtig Bildung und Ausbildung bei der Bewältigung der Auswirkungen der Globalisierung sind.

*Israel.* b) Ja, einschließlich der Verbreitung von Wissen und Erfahrungen. j) Berufsprofile und eine Skala möglicher Höherqualifikationen sind zu erstellen.

*Italien.* h) Etwa durch die Verabschiedung gesetzlicher Bestimmungen, die dem einzelnen Anspruch auf Bildungsurlaub und den Unternehmen Ausbildungsanreize durch Steuererleichterungen geben. Für die Umschulung wenig qualifizierter und älterer Arbeitnehmer sollten materielle Anreize vorgesehen werden.

*Japan.* f) Der Begriff „Hauptverantwortung“ ist zu klären.

*Kanada.* c) Den makroökonomischen Prioritäten sollte ebenfalls Rechnung getragen werden. g) Es ist zu definieren, was unter „andere“ Formen der Ausbildung zu verstehen ist.

*Kenia.* a) Es ist lediglich ein Recht auf Grundschulbildung und Erstausbildung anzuerkennen. f) Die Regierungen sollten den Großteil der Verantwortung, aber nicht die Hauptverantwortung übernehmen.

*Kroatien.* HUP: a) bis i) Ja. j) In die Ausbildung zur Vorbereitung auf eine selbständige Erwerbstätigkeit und auf das Unternehmertum ist zu investieren und Fernunterrichtsprogramme sind zu fördern.

SSSH: a) bis i) Ja. j) Partnerschaften sind zu gründen, um Arbeitsmarktprobleme auf der lokalen, regionalen, nationalen und interregionalen Ebene anzugehen und Tätigkeiten in Gang zu setzen, die zur Herausbildung guter Arbeitsbeziehungen und somit zu erhöhter Rentabilität der Betriebe führen.

*Kuba.* b) Ja, allerdings müssen die Strategien, der institutionelle Rahmen und die Aufgaben der einzelnen Parteien in Übereinstimmung mit den besonderen Gegebenheiten des jeweiligen Landes festgelegt werden.

*Libanon.* a) bis e) Der Ausdruck „die Regierungen dazu ermutigen“ sollte hier und in allen übrigen Fragen durch den Ausdruck „den Regierungen empfehlen“ ersetzt werden. a) Der Passus „einen universellen Zugang hierzu sicherzustellen“ sollte näher bestimmt werden und dann wie folgt lauten: „und dazu, ... um die Sicherstellung eines universellen Zugangs hierzu bemüht zu sein“. Das Konzept des Fernunterrichts und sonstiger Lernmethoden und deren Nutzen sollten erwähnt werden. b) Es wird vorgeschlagen, unter Einbeziehung aller Sozialpartner eine staatliche Ausbildungsorganisation zu schaffen. d) Berufsberatung sollte bereits im Schullehrplan enthalten sein. Berufsprofile und -beschreibungen sollten Bestandteil des nationalen Qualifikationsrahmens sein. Die Anerkennung erworbener Qualifikationen und Kompetenzen sollte nach bestimmten Normen durch Fachausschüsse erfolgen. f) Bestimmten Regierungen dürfte es angesichts ihrer Wirtschafts- und Finanzlage schwerfallen, allein die Hauptverantwortung für Investitionen in die Grundbildung und die Erstausbildung zu übernehmen, doch gegenüber den am stärksten benachteiligten und ärmsten Bevölkerungsgruppen sollte die diesbezügliche Verantwortung bei ihnen liegen. In zahlreichen Ländern spielen spezialisierte Einrichtungen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Grundbildung und Erstausbildung. g) Den Sozialpartnern kommt ebenfalls eine Rolle zu. h) Ja, aber je nach den Gegebenheiten des einzelnen Staates. Es ist wichtig abzuschätzen, welche Ergebnisse solche Investitionen bringen. j) Vom Staat sollten einheitliche Lehrpläne für alle Ausbildungsstufen aufgestellt und in regelmäßigen Abständen überprüft werden, und alle betroffenen Parteien sollten sich an diese Pläne halten. Ferner sollte ein staatliches Kontrollorgan eingerichtet werden, das nachfassende Maßnahmen ergreift, wenn sich der Ausbildungsbedarf ändert, und Arbeitsmarkterhebungen durchführt, um die Ausbildung mit Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarkts in Einklang zu bringen.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mauritius.* Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (FSCC): j) Die Beseitigung der Armut durch Ausbildung und Grundschulbildung.

*Mexiko.* j) Unternehmen und private Arbeitsvermittlungsdienste können zur Konzipierung und Entwicklung von Programmen zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen beitragen.

*Republik Moldau.* j) Sicherstellen, daß jeder Bürger Zugang zu Bildung und Ausbildung und die gleichen Chancen hat, die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten wahrzunehmen.

*Neuseeland.* g) Ja, doch sollten alle Parteien und nicht nur die Regierung dringend aufgefordert werden zu erwägen, in Ausbildungsformen zu investieren, die zum Erreichen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen beitragen.

Business NZ: c) Die gewählte Formulierung legt den Schluß nahe, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten von den zentralen oder lokalen staatlichen Stellen geschaffen werden. Die Mehrzahl der Erwerbsmöglichkeiten wird aber im bzw. durch den privaten Sektor geschaffen. Dieser Punkt sollte daher wie folgt neu gefaßt werden: „die Humanressourcen- und Ausbildungspolitiken zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten im privaten Sektor aufeinander abzustimmen“.

*Niederlande.* e) Es ist unklar, was unter einem innerstaatlichen Ausbildungssystem zu verstehen ist.

VNO-NCW: a) Es könnte ein allgemeiner Grundsatz sein, daß alle Menschen ein Recht auf Bildung und Ausbildung haben, eine gesetzlich aufoktroierte Regelung sollte aber vermieden werden, insbesondere im Weiterbildungsbereich. Den Vorschlägen sollte nicht eine enge Auslegung des Gesetzes zugrunde gelegt werden, die darauf hinausläuft, daß die Rechte des einzelnen von zentraler Stelle festgelegt und den Unternehmen aufoktroiert werden. b) und e) Das klingt, als wäre die Regierung der Architekt aller Ausbildungs- und Lernprogramme. Es wird ein dezentralisiertes Herangehen vorgezogen, bei dem Entscheidungen auf Betriebsebene und über Kollektivvereinbarungen, die die Regierung durch die Schaffung von Anreizen und eines entsprechenden Umfelds unterstützt, getroffen werden. d) Ja. Der Arbeitsmarkt von heute ist allerdings sehr dynamisch, und selbst der Begriff Beruf verliert an Substanz. Heute wird eingestellt, wer die gesuchten Kompetenzen besitzt. Diese Kompetenzen werden während der gesamten Dauer des Erwerbslebens ständig weiter entwickelt, und ein Arbeitnehmer wechselt heute im Durchschnitt mindestens sieben Mal den Arbeitsplatz. Hinzu kommt, daß sich sogar innerhalb eines bestimmten Berufsprofils vieles infolge technologischer und organisatorischer Entwicklungen ändern kann. Die vorstehenden Faktoren verlangen daher einen Rahmen, dessen Ausgangsbasis Beschreibungen von Qualifikationen sind, die allgemein gehalten (Auflisten von Kompetenzen) und transparent sind, aber Schulen und Unternehmen, genauer gesagt, der lokalen Ebene, Spielraum zur Präzisierung lassen. Der Beschäftigungsfähigkeit und der Mobilität der Arbeitnehmer wäre damit gedient, wenn alle Länder einer Region zusammenarbeiten und ihre nationalen Qualifikationsrahmen aufeinander abstimmen würden.

Unie mhp: e) Nicht unbedingt; das hängt von der innerstaatlichen Strategie ab. Die Verantwortung für die Erstausbildung sollte bei der Regierung liegen, aber die Ausbildung Erwerbstätiger für das lebenslange Lernen ist eher Aufgabe der Sozialpartner. g) Ja, insbesondere in Steuererleichterungen für Ausbildungsinvestitionen. j) Gute Information der Öffentlichkeit über Ausbildungsmöglichkeiten und -zuständigkeiten.

*Nigeria.* f) Die Regierung sollte die Hauptverantwortung für Investitionen in die Grundbildung übernehmen, für die berufliche Erstausbildung und nachfolgende Ausbildungsmaßnahmen sollten allerdings die Arbeitgeber verantwortlich sein. g) Die Urkunde sollte die Regierung und die Arbeitgeber gleichermaßen zu Investitionen in andere Formen der Ausbildung ermutigen. i) Ein förderliches Umfeld zu schaffen, das den sozialen Dialog über Fragen der Ausbildung auf verschiedenen Ebenen stärkt.

*Norwegen.* Verband der norwegischen Wirtschaft und Industrie (NHO) und Norwegischer Gewerkschaftsbund (LO): a) bis i) Ja. Die Urkunde sollte die Regierungen



dazu ermutigen, den sozialen Dialog zu fördern, und zwar nicht nur über die Fragen in Punkt i), sondern über sämtliche der in den einzelnen Punkten genannten Gegenstände. f) Es sollte die Grundbildung betont werden, da sie ein wichtiges Element des lebenslangen Lernens ist. Insbesondere bei Mädchen hat die Grundbildung einen sehr starken Einfluß auf die spätere Beschäftigungsfähigkeit, die wirtschaftliche Selbständigkeit und die soziale Emanzipierung. Es sollte auch der Zusammenhang zwischen Grundbildung und Kinderarbeit, insbesondere im Hinblick auf das Übereinkommen (Nr. 138) über das Mindestalter, 1973, und das Übereinkommen (Nr. 182) über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999, gesehen werden.

*Oman.* b) Ja, doch sollte nicht zu sehr ins Detail gegangen werden. j) Allen so lange eine Grundbildung und Ausbildung zu sichern, bis sie zum Verdienst des Mindestlohns befähigt sind.

*Österreich.* d) Ja, doch sollte die Abstimmung von Angebot und Nachfrage bei den zu entwickelnden Qualifikationen nicht nur im Bereich der Weiterbildung, sondern auch – soweit angebracht – in der Erstausbildung erfolgen. e) Ein System dieser Art sollte der zunehmenden Internationalisierung Rechnung tragen. g) Es sollten beispielhaft die gemeinten Formen genannt werden. Etwa arbeitsmarktpolitische Programme sowie Angebote zum Nachholen des Sekundarbildungsabschlusses. Um den Herausforderungen des lebenslangen Lernens gerecht zu werden, sollte die Finanzierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung auf nationaler Ebene koordiniert werden, und zwar vor allem im Bereich Erwachsenenbildung. b) Der Staat sollte für die Unternehmen Berufsberatungsdienste und für die Beschäftigten Qualifizierungsmöglichkeiten bereitstellen.

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (BAK) und ÖGB: a) Ja, allerdings sollte statt der Formulierung „universeller“ Zugang die Formulierung „offener“ Zugang verwendet werden. d) Ja, doch sollte dies auch – soweit angebracht – in der Erstausbildung erfolgen. f) Ja, vorausgesetzt Frage j) wird wie folgt erweitert: „... mehr Verantwortung für die Finanzierung des lebenslangen Lernens zu übernehmen?“ g) Andere Formen der Ausbildung sollten, zumindest beispielhaft, genannt werden. j) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, grundsätzlich die öffentliche Verantwortung für Bildung anzuerkennen.

BAK: e) Dieses innerstaatliche Ausbildungssystem sollte auch der wachsenden Internationalisierung Rechnung tragen.

*Pakistan.* EFP: b) Ja, allerdings unter Beachtung der sozioökonomischen Verhältnisse. d) Ja, mit dem Schwerpunkt auf Partnerschaften zwischen dem privatwirtschaftlichen und dem öffentlichen Sektor und auf einer arbeitgeberbedarfsorientierten Ausbildung.

*Panama.* j) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen zu erwägen, die Frage der beruflichen Ausbildung auf die sozialpolitische Tagesordnung zu setzen und mehr Mittel des öffentlichen Haushalts für die Deckung des wachsenden Ausbildungsbedarfs in den am meisten entwicklungsbedürftigen Sektoren der innerstaatlichen Wirtschaft bereitzustellen.

*Philippinen.* j) Auf Äquivalenz der Bildungsprogramme der einzelnen Institutionen und Länder hinzuarbeiten und diese zu fördern.

*Polen.* j) Die Regierungen sollten die Einrichtung von Institutionen ermutigen, die der Entwicklung des Bildungs- und Ausbildungssystems dienlich sind. Darunter Lehrerbildungsanstalten, normensetzende Institutionen für den Bereich Bildung und Ausbildung, Lehrplanentwicklung und Forschung im Bereich Humanressourcenentwicklung.

*Portugal.* d) Es ist zu betonen, wie wichtig es ist, sozialen Dialog und Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen, ein besser strukturiertes Ausbildungssystem, das unter Einbeziehung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft den Bedürfnissen von einzelnen und Organisationen entspricht, und einen stützenden Rahmen für innovative Entwicklung und unternehmerische Initiativen zu fördern. e) Der Dialog und die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern sind hier wichtig.

CCP: a) Ja zum Recht auf Bildung; Bildung ist vom Staat/von öffentlichen Instanzen bereitzustellen. Ausbildung sollte nicht ein Recht sein, das universell in Anspruch genommen werden kann, wenn dieser Rechtsanspruch impliziert, daß die Sozialpartner zu gewährleisten haben, und zwar insbesondere in finanzieller Hinsicht, daß dieses Recht voll in Anspruch genommen werden kann. d) Ja, es fragt sich jedoch, ob eine spezielle Empfehlung im Bereich Bildung und Ausbildung angesichts der Vielgestaltigkeit der Bildungs- und Ausbildungssysteme in der Welt überhaupt Wirkung hätte. h) Sowohl für den einzelnen wie auch für die Unternehmen ist die Frage von Anreizen, insbesondere steuerlicher Art, besonders wichtig. Anreize dieser Art fördern, daß Bildung und Ausbildung nicht als ein Kostenfaktor, sondern als eine Investition gesehen werden, und daß der Betrieb und der einzelne gemeinsam Verantwortung hierfür übernehmen.

CIP: a) Es ist nicht realistisch, von der Urkunde zu erwarten, daß sie die Regierungen dazu ermutigen wird anzuerkennen, daß alle Menschen ein Recht auf Bildung und Ausbildung haben, da viele Länder nicht in er Lage sind, die ihnen aus diesem Rechtsanspruch entstehenden Pflichten zu erfüllen.

CGTP-IN: d) Was erworbene Kenntnisse und ihre Anerkennung betrifft, so sollte vorgesehen werden, daß sowohl formal als auch nicht formal erworbene Kenntnisse anzuerkennen sind. j) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, Systeme für die Bildung und Ausbildung zu schaffen, die sich gegenseitig ergänzen, und Schritte zu ergreifen, um sicherzustellen, daß die Berufsbildung eine Allgemeinbildungskomponente enthält, daß das erworbene Wissen von einem System aufs andere übertragbar ist, und sie sollten Ausbildungszertifizierungssysteme einführen, die die Qualität der Ausbildung gewährleisten.

UGT: a) Die Rolle der Regierungen sollte klar und eindeutig formuliert sein und besagen, daß jeder Bürger das Recht auf Bildung und Weiterbildung hat. Zudem sollte auf eine gewisse Teilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Unternehmen und den Arbeitnehmern/Bürgern verwiesen werden.

*Rumänien.* d) Ja, in Partnerschaft zwischen den Ausbildungsanbietern und den Arbeitgebern. f) Ja, unter der Bedingung, daß die Sozialpartner gleichfalls Verantwortung übernehmen. j) Die Regierungen sollten die Sozialpartner, insbesondere die Arbeit-

geber, dazu ermutigen, auf den Bedarf an neuen Qualifikationen und Fertigkeiten vorbereitet zu sein.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis i) Ja.

*Schweden.* b) Ja. Erneuerung, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigungsfähigkeit sind von entscheidender Bedeutung. c) Es ist besonders wichtig, der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer Aufmerksamkeit zu schenken. e) Ja. Die IKTs müssen entwickelt werden, weil sie zu den wichtigsten „neuen“ Mitteln gehören, um mehr und bessere Ausbildung auf einfacherem Wege zu vermitteln. g) Ja. Insbesondere sollten an Pädagogischen Ausbildungsinstituten und im Rahmen von Programmen für die berufliche Fortbildung Ausbildungspakete über Gleichstellungsfragen konzipiert und durchgeführt werden.

*Schweiz.* f) Die berufliche Erstausbildung (Lehrlingsausbildung) sollte von den Regierungen gemeinsam mit den Akteuren des Wirtschaftslebens konzipiert werden, weil sie eine bessere Vorstellung von der künftigen Entwicklung der Ausbildung und des Ausbildungsbedarfs haben. h) Ja, sofern solche Aktivitäten nicht einen Abbau des Rechts auf lebenslange qualitativ hochwertige Weiterbildung bewirken und Investitionen der öffentlichen Hand lediglich ergänzen.

UPS: a) Ja als Grundsatz und Ziel, doch darf dies nicht zu einer Auslegung im strengen rechtlichen Sinne führen, was ein Einschreiten des Staates rechtfertigen würde. Der Zugang zu Bildung und Ausbildung sollte nicht zwangsläufig von den Regierungen sichergestellt werden; auch der Privatsektor ist dazu in der Lage. d) Ja, doch sollten die Unternehmen die Qualifikationen festlegen. f) Ja, in gemeinsamer Verantwortung mit dem privaten Sektor. g) Investitionen in andere Formen der Ausbildung sollten, von der beruflichen Erstausbildung abgesehen, in Abhängigkeit vom Bedarf der privaten Wirtschaft erfolgen. h) Ja, dadurch kommt es nicht zu Marktverzerrungen oder Wettbewerbsbeschränkungen.

*Slowakei.* KOZ SR: j) Die Regierungen dazu ermutigen, die Bildung und Ausbildung für die Sozialpartner in Form von Bildungs- und Ausbildungszyklen zu stärken.

*Spanien.* d) Hierdurch wird die Transparenz auf dem Arbeitsmarkt gefördert und die Qualität der Vermittlungstätigkeit der staatlichen Arbeitsvermittlungsstellen und ihrer Organe verbessert, indem sie nachgefragten Qualifikationen mit einem genauer angepaßten Angebot entsprechen können. Gleichzeitig dienen sie der Berufsbildung als Maßstab und unterstützen so die ständige Verbesserung der Qualität und der Kohärenz der Ausbildung.

*Sri Lanka.* b) Eine innerstaatliche Strategie sollte von einer zentralen Stelle festgelegt werden. j) Die Regierungen sollten ermutigt werden, Arbeitsmarktinformationssysteme zu schaffen, die die Ausbildungsplanung, die Berufsberatung und die Arbeitsplatzvermittlung erleichtern.

EFC: b) Eine Strategie und ein Rahmen dieser Art sind wünschenswert, doch sollten sie die Sozialpartner nicht davon abhalten, ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten genau abzugrenzen und auf die Verwirklichung ihrer Zielsetzungen hinarbeiten.

Gewerkschaft der Plantagenarbeiter Lanka Jathika (LJEWU): d) Das ist eine entscheidende Frage, die sorgfältig und in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen geprüft werden sollte.

*Südafrika.* a) Hier sollte so formuliert werden, daß der Tatsache Rechnung getragen wird, daß sich der universelle Zugang zu Ausbildung nur schrittweise verwirklichen läßt, während der Zugang zu Grundschulbildung ein Recht ist, das in der absehbaren Zukunft sicherzustellen ist. b) Ja. Die Regierungen sollten auch den Stimmen außerhalb der formalen Wirtschaft und der der Beschäftigungslosen bei der Konzipierung und Durchführung solcher Strategien und institutioneller Rahmen Rechnung tragen. c) Ja, es sollte aber „und Strategien“ nach dem Wort „Politiken“ hinzugefügt werden. d) Ein nationaler Qualifikationsrahmen ist nur ein Teil eines Lernsystems und er allein kann nicht die genannten Ergebnisse bringen. Besser wäre möglicherweise, die Regierungen zur Schaffung reaktionsfähiger Ausbildungssysteme mit folgenden Bestandteilen zu ermutigen: Partnerschaften zwischen den Akteuren des Arbeitsmarkts und den Gestaltern und Anbietern von Ausbildungsprogrammen; ein nationaler Qualifikationsrahmen, der es erleichtert, die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts und der sozialen Entwicklung in erklärte Ausbildungsziele umzusetzen, die „Arbeitsmarktwährung“ Qualifikation/Kompetenz transparenter zu machen, den Zugang zu Lerngelegenheiten zu verbessern, müheloser die Lernrichtung bzw. den Ausbildungsweg zu wechseln, und der allen Akteuren des Arbeitsmarkts die gebotene Qualität der Ausbildung sichert; ein nationales Ausbildungssystem, das Bildung und Ausbildung von hoher Qualität bietet, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts und der Gesellschaft entsprechen; sowie Arbeitsvermittlungstellen, die für einen leichten Zugriff der Akteure des Arbeitsmarkts auf Arbeitsmarktinformationen sorgen. e) Ja, doch wird vorgeschlagen, diesen Punkt in eine allgemeiner gehaltene Formulierung einzustellen – siehe Punkt d). Hier sollte auf die unter Federführung der UNESCO geführten Grundsatzdebatten über die Fach- und Berufsbildung und -ausbildung verwiesen werden. Der wertvolle Beitrag der IAO besteht in ihrer Betonung der Rolle der Sozialpartner und der Bedeutung ihrer Einbeziehung, wenn den Bedürfnissen in angemessener Weise entsprochen werden soll. An dieser Stelle sollte auch auf die Hochschulbildung verwiesen werden. Das Endergebnis könnte möglicherweise eine gemeinsam verabschiedete Empfehlung sein. f) Es wäre vielleicht besser, der Regierung „die Hauptverantwortung für Investitionen in die Grundbildung und die Erwachsenen Grundbildung“ zuzuweisen und vorzuschreiben, daß die Regierungen Anreize zu schaffen und angemessene Mittel und Unterstützung bereitzustellen haben, um mehr Menschen den Zugang zur beruflichen Erstausbildung zu ermöglichen, und parallel hierzu zu Investitionen an Zeit und Mitteln durch andere Sozialpartner zu ermutigen. Dessen ungeachtet sollten die für die berufliche Ausbildung von Personen, die keine Möglichkeit hatten, in der formalen Wirtschaft Berufserfahrungen zu erwerben, erforderlichen Investitionsmittel von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden, allerdings muß auch hier nach Mechanismen gesucht werden, die sicherstellen, daß den sozialen Bedürfnissen angemessen entsprochen wird. g) Ja, es müssen besondere Anreize und Unterstützungsmaßnahmen für die Personen geschaffen werden, die sich

außerhalb des Rahmens der formalen Wirtschaft befinden, sowie für jene, die traditionsgemäß aus kulturellen Gründen oder historisch bedingt ausgeschlossen sind (z.B. Frauen, Angehörige bestimmter Rassen und Behinderte). Wichtig sind auch Investitionen der öffentlichen Hand in Ausbildungsprogramme für bedürftige Gemeinschaften im Rahmen von Initiativen zur gesellschaftlichen Entwicklung. h) Ja, siehe auch die Kommentare zu f) und g). i) Ja, doch sollte hier der Vollständigkeit halber „der Ausbildungsanbieter und“ und „der Arbeitsvermittlungsdienste“ hinzugefügt werden. Es ist zu betonen, daß die Arbeitsvermittlungsdienste eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen über Lerngelegenheiten spielen. Ferner sollten die Regierungen ermutigt werden, die Gewerkschaften und kommunale Verbände zu unterstützen, damit sie in Einrichtungen des sozialen Dialogs mitwirken können.

COSATU: d) und f) Ja. h) Es sollten Beitragssysteme, Staatszuschüsse, Ausbildungsfonds, Steuernachlässe und Möglichkeiten des Bildungsurlaubs als Wege zur Förderung von Investitionen in die Ausbildung erwähnt werden. Bei Beitragssystemen sollten die Finanzmittel dreigliedrig oder, wenn sich die Sozialpartner einig sind, zweigliedrig verwaltet werden. j) Die Empfehlung sollte vorsehen, daß die Regierungen Gewerkschaften und kommunale Verbände unterstützt, um ihnen die Teilnahme an und Beiträge zur Ausbildung zu ermöglichen. Ferner sollten stützende sozialpolitische und sonstige Maßnahmen (etwa die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen) vorgesehen werden, die es allen ermöglichen, eine Ausbildung aufzunehmen und sich fortzubilden.

*Tschechische Republik.* SPD ČR: j) Die Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens zu unterstützen.

*Uganda.* j) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, den Dialog mit dem Privatsektor über die Ausbildungsfinanzierung zu stärken, und für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, Kleinbetriebe und die informelle Wirtschaft bedarfsspezifische Ausbildungsprogramme durchzuführen.

*Vereinigte Arabische Emirate.* j) Ja, die Regierungen sollten dazu ermutigt werden, Maßnahmen durchzuführen, die der ständigen Fortbildung am Arbeitsplatz dienlich sind und mit den Erfordernissen des Arbeitsmarkts im Einklang stehen.

*Vereinigte Staaten.* AFL-CIO: a), b) und i) Ja. d) Ja, der Regierung kommt eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung eines nationalen Qualifikationsrahmens zu, der bei der Entwicklung guter Ausbildungsprogramme als Richtschnur dient und es Arbeitnehmern ermöglicht, bei beruflichen Veränderungen über Qualifikationen zu verfügen, die in einem gewissem Umfang übertragbar sind.

USCIB: a) Ja. b) Nein. Diese Frage liest sich wie ein Vorschriftenschwengel, der die Humanressourcenentwicklung und -ausbildung aller Flexibilität berauben könnte, weil er den Schluß nahelegt, daß die Regierungen die innerstaatlichen Strategien für Ausbildungspolitiken auf der Ebene der Betriebe festlegen. c) Nein. d) Nein, weil der Punkt zu viele Elemente enthält. Ja, es sollte Kompetenznormen geben, aber sie werden den Unternehmen und den Arbeitsvermittlungsagenturen nicht helfen, die Nachfrage im Bereich bestimmter Qualifikationen zu decken. Nationale Qualifikationsrahmen werden

für den einzelnen eine Orientierungshilfe bei der Ausbildungs- und Berufswahl sein. Falls unter früher erworbenem Wissen die Grundschulbildung zu verstehen ist, können nationale Qualifikationsrahmen den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben erleichtern. e) und f) Ja. g) Im Idealfall würden die Regierungen in die Berufsbildung und in die Ausbildung in „Sozialkompetenzen“ investieren. Es ist klar, daß die Regierungen in den einzelnen Ländern der Welt hierzu in sehr unterschiedlichem Maß imstande sein werden. h) Ja. i) Dazu ist, je nach den innerstaatlichen Gegebenheiten, zu ermutigen. j) Nein.

*Vereinigtes Königreich.* a) Die Kategorisierung der (beruflichen) Bildung und Ausbildung als ein absolutes Recht könnte zu mangelnder Flexibilität und dazu führen, daß Menschen bei der Ausbildung in die falsche Richtung gelenkt werden, nur um einer unklaren Verpflichtung nachzukommen. Die Urkunde sollte so abgefaßt sein, daß die angestrebten Ziele zum Ausdruck kommen und anerkennen, daß die Bildungsbedürfnisse der Menschen von einer Lebensetappe zur anderen unterschiedlich sind, d.h. es sollte formuliert werden „sicherzustellen, daß alle Menschen Zugang zu einem ihren Bedürfnissen entsprechenden allgemein anerkannten Mindestmaß an Bildung und Ausbildung haben“. Die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern sollte erweitert werden und auch andere wichtige Akteure (wie im Zusammenhang mit Frage 4 besprochen) einschließen. b) Ebenso wie in Frage 4 sollte auch hier die Einbeziehung erweitert werden und sich auf alle Akteure, und nicht nur auf die Sozialpartner erstrecken. Die Förderung des sozialen Dialogs ist zwar unter bestimmten Umständen angebracht, doch sollte die Urkunde den Eindruck vermeiden, dies sei der alleinige Zweck. Der Sozialdialog kann Personen, die nicht im Erwerbsleben stehen, ausschließen. Der Nutzen des sozialen Dialogs und die Erstrebenswertigkeit des Ziels, die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber und die Regierung zu einem sinnvollen sozialen Dialog zu befähigen, könnten in einem getrennten Unterabsatz zum Ausdruck gebracht werden, oder der Text könnte in den Absatz j) integriert werden. Zur jeweiligen Rolle der Sozialpartner könnten einige allgemeine Richtlinien ohne Vorschriftcharakter gegeben werden (siehe hierzu auch Frage 8). Schließlich sollte dieser Unterabsatz auch einen Hinweis auf Ausbildungspolitiken und Politiken für das lebenslange Lernen enthalten. e) Ja, sofern in dieses System alle relevanten Akteure einbezogen werden. f) Ja, doch ist klarzustellen, was unter Grundbildung und Erstausbildung zu verstehen ist. Es sollte vermieden werden, daß die Urkunde den Eindruck erweckt, die Regierungen seien für die Vermittlung von „Erstausbildung“ verantwortlich, da dies zu einer unzureichenden Ausbildung führen könnte. Dieser Passus sollte wie folgt neu formuliert werden: „Investitionen in die Grundbildung und die Vermittlung grundlegender Fertigkeiten zu übernehmen und den Zugang zu einer angemessenen Erstausbildung sicherzustellen“. g) Ja, unter Beachtung der innerstaatlichen Prioritäten und anderer Formen der Ausbildung. i) Ja, sofern Klarheit darüber besteht, daß der Sozialdialog nicht die einzig mögliche Form ist und dort gefördert werden sollte, wo es angebracht ist. j) Den Regierungen kommt auch Verantwortung für die Verbreitung von Informationen und vorbildlicher Praktiken auf nationaler und internationaler Ebene zu.

*Zentralafrikanische Republik.* c) Ja, um die Nachfrage nach Qualifikationen mit dem Angebot in Einklang zu bringen und die Umschulung entlassener Arbeitnehmer zu erleichtern. h) Ja, der Staat könnte bei der Bereitstellung öffentlicher Mittel Unternehmen begünstigen, die tatsächlich in Bildung und Ausbildung investieren.

*Zypern.* Unter b) ist „einen institutionellen Rahmen“ durch „eine angemessene Infrastruktur“ zu ersetzen.

PEO: h) Investitionen in die Ausbildung können nicht die Verantwortung der Arbeitnehmer sein.

SEK: a) Ja, es ist wichtig klarzustellen, daß alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrem Bildungsstand, ihrer beruflichen Qualifikation und ihrem Alter, Recht auf Zugang zu Lerngelegenheiten und Ausbildung haben. Zugang zu lebenslangem Lernen heißt, die Chancengleichheit, die soziale Integration und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und zu stärken. b) Ja. d) Ein solcher Rahmen sollte nach ernsthafter Prüfung der objektiven Daten zu den einzelnen Berufsgruppen und unter Beteiligung der Sozialpartner festgelegt werden. h) Der Löwenanteil der Finanzierungsverantwortung für Ausbildung und Lernen sollte nicht dem einzelnen aufgebürdet werden. Über zwei- und dreigliedrige Vereinbarungen könnte ein gemeinsamer Fonds zur Finanzierung von Lern- und Ausbildungsprojekten eingerichtet werden.

In den meisten Antworten wurden alle Unterabsätze dieser Frage bejaht. Zu g) wurde in einigen Antworten vorgeschlagen, andere Formen der Ausbildung aufzuführen, z.B.: Förderkurse zum Abschluß einer Sekundarausbildung, arbeitsmarktpolitische Programme, Lehrlingsausbildung sowie Sekundar- und Tertiärausbildung. In einigen Antworten wurde betont, daß der Sozialdialog bei allen Aspekten der Ausbildung eine wichtige Rolle spielen und in allen Unterabsätzen dieser Frage angesprochen werden sollte und nicht nur unter i). Als sonstige Initiativen unter j) wurden in den Antworten u.a. genannt: die Anerkennung der Verantwortung des Staates für die Bildung; die Bereitstellung von Darlehen und Anreizen für Arbeitnehmer, die sich aus eigenem Antrieb aus- und weiterbilden; Tätigkeiten, die einem integrierten Herangehen an die Beschäftigungsförderung dienlich sind; Investitionen in die Ausbildung zur Vorbereitung auf eine selbständige Erwerbstätigkeit und auf unternehmerische Tätigkeiten; die Aufnahme von Tätigkeiten, die zur Schaffung guter Arbeitsbeziehungen und so zu größerer Rentabilität der Unternehmen führen; eine gute Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ausbildungseinrichtungen und für Ausbildung zuständige Stellen; die Entwicklung und Förderung von Bildungsprogrammen mit von Bildungsanstalt zu Bildungsanstalt und Land zu Land äquivalentem Bildungsinhalt; Ermutigung der Sozialpartner, insbesondere der Arbeitgeber, auf den Bedarf an neuen Kompetenzen vorbereitet zu sein, und die Schaffung von Arbeitsmarktinformationssystemen, die die Ausbildungsplanung, die Berufsberatung und die Arbeitsvermittlung erleichtern. Es wurden zwar eine Reihe von Tätigkeiten genannt, doch zeichnete sich dabei keine eindeutige Tendenz ab.

#### IV. Durchführung der Ausbildungspolitiken

**Fr. 7** *Sollte die Urkunde zur Entwicklung, Organisation und Aufrechterhaltung von umfassenden, koordinierten und flexiblen Systemen für das lebenslange Lernen und die Ausbildung ermutigen, unter Berücksichtigung der Hauptverantwortung des Staates für die Grundbildung und Ausbildung und der Rolle der Sozialpartner im Bereich der Weiterbildung, und sollten diese Systeme folgendes umfassen: eine obligatorische Grundbildung, die elementare Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten vermittelt; berufsvorbereitendes Lernen und berufsvorbereitende Ausbildung; und Fort- und Weiterbildung?*

*Gesamtzahl der Antworten: 95.*

*Bejahend:* 88. Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Italien, Japan, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Litauen, Malaysia, Mali, Malta, Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend:* 0.

*Sonstige:* 7. Dänemark, Frankreich, Libanon, Luxemburg, Nigeria, Portugal, Südafrika.

*Australien.* Siehe Antwort auf Frage 6 f).

Queensland: Bildung und Ausbildung müssen fester Bestandteil einer umfassenden Reihe von Politiken und Programmen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sein. Als Unterstützung für den Übergang von der Grundbildung zur Weiterbildung und Ausbildung ist eine Strategie des flexiblen lebenslangen Lernens erforderlich, die gemeinsam von den Bildungssektoren und den Sozialpartnern getragen wird. Die Urkunde sollte ferner Regierungen dazu ermutigen, der in einem anderen Umfeld als der Welt der Arbeit erworbenen Bildung, Ausbildung und Entwicklung mehr Beachtung zu schenken, da einige Regierungen besonderen Wert auf die vor und während der Arbeit vermittelten Lerninhalte zu Lasten des Lernens nach der Arbeit oder während des ganzen Lebens legen könnten.



Westaustralien: Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten sollte hohe Priorität eingeräumt werden, da sie gewährleisten, daß Lernende im Bereich der Bildung weitere Fortschritte erzielen und erfolgreich am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Die Ausbildung von Lehrern für die frühe Kindheit dürfte gewährleisten, daß bei der Entwicklung der Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeit von Kindern die bestmöglichen Lehrmethoden Anwendung finden.

*Dänemark.* Die Frage ist in bezug auf die Rollen der Regierungen und der Sozialpartner unklar. Darüber hinaus sollten die Rolle der Politik sowie die Verantwortlichkeit für ihre Durchführung entsprechend der innerstaatlichen Praxis vorgesehen werden.

*Deutschland.* Ja, hinsichtlich der Ausbildung, aber nicht mit dem Hinweis auf die Hauptverantwortung des Staates für die Ausbildung; siehe auch Frage 6 f). Der Begriff Grundbildung ist mißverständlich gebraucht. Es sollte eine Klarstellung erfolgen, daß es sich um Schulbildung handelt.

BDA: Ja, allerdings unter Beachtung der unterschiedlichen nationalen Verantwortlichkeiten des Staates, der Sozialpartner, der Unternehmen und des einzelnen.

*Frankreich.* Die Durchführung dieser Vorschriften setzt ein angemessenes Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen mit Zugangsmöglichkeiten für alle ausbildungsbedürftigen Personen voraus. Zur Bewältigung dieser Herausforderung sind auch wirksame Partnerschaften zwischen Regierungen, Sozialpartnern, Unternehmen, Ausbildungsinstitutionen, Familien und Einzelpersonen erforderlich. Die Urkunde sollte jedoch nicht den Eindruck vermitteln, als fördere sie einen Ansatz, der eine globale und abstrakte Konzeption der Ausbildungssysteme befürwortet. Dies wäre unrealistisch. Ausbildungssysteme sind Stufensysteme. Auf jeden Fall sollte die Bereitstellung einer qualitativ guten Grund- und Erstausbildung eine Priorität aller Regierungen sein.

*Italien.* Es sollte auf den Erwerb bestimmter Mindestqualifikationen (sprachliche und mathematische Kompetenzen sowie Fremdsprachenkenntnisse) hingewiesen werden, die Voraussetzung für den Zugang zu Fach- und Berufsqualifikationen sind.

*Libanon.* In der Urkunde sollte klar herausgestellt werden, welche Partei – der Staat oder eine andere Partei – angeregt werden sollte, die Bestimmungen der Urkunde umzusetzen. Es hängt von der innerstaatlichen Gesetzgebung ab, ob die Regierung die Verantwortung für die Grundbildung trägt. Staatliche oder private Institutionen können die Weiter- und Ausbildung übernehmen.

CCCIA: Ja, unter Mitwirkung aller Bildungs- und Hochschulinstitutionen sowie staatlicher und privater Forschungszentren.

*Luxemburg.* Die Jugendlichen sollten im Verlauf der Erstausbildung als Voraussetzung einer dauerhaften Berufstätigkeit ein hohes Niveau an Grundkenntnissen und fachlichen Fertigkeiten erreichen. Die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer an Änderungen des Arbeitsmarkts hängt nicht nur von ihren Fachkenntnissen, sondern auch von der Qualität ihrer grundlegenden Bildung und Ausbildung ab. Aus diesem Grund ist es wich-

tig, sich auf die Qualität und nicht auf die Quantität der Erstausbildung zu konzentrieren. Eine zu frühe Spezialisierung ist soweit wie möglich zu vermeiden.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mauritius.* FSCC: Ja, und jede Regierung sollte einen Haushalt für Bildungs- und Ausbildung vorsehen.

*Niederlande.* Ja. Es ist Aufgabe der Regierung, einen politischen Rahmen vorzugeben und steuerliche Maßnahmen einzuführen. Die Sozialpartner sollten konkrete Vorgaben in Gesamtarbeitsverträgen festlegen.

VNO-NCW: Die Fragen 7 und 8 werden bejaht, sofern für das lebenslange Lernen gilt, daß den verschiedenen Akteuren unterschiedliche Verantwortlichkeiten obliegen und daß die Hauptverantwortung für die Ausbildung der Beschäftigten von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern (und ihren Verbänden) zu tragen ist. Um Mißverständnisse hinsichtlich der Rolle der Regierung im Bereich der Ausbildungspolitik auf Sektor-, Branchen- oder Unternehmensebene zu vermeiden, sollte Abschnitt IV einen neuen Titel erhalten, nämlich „Verwirklichung des lebenslangen Lernens: Die Rolle der Regierung und der Sozialpartner“.

Unie mhp: Für die Weiterbildung sind nicht allein die Sozialpartner zuständig. Die Regierungen sollten die Ausbildung von Arbeitslosen ermöglichen.

*Nigeria.* Zu berücksichtigen sind die Hauptverantwortung der Regierung für die Grundbildung und die Rolle der Sozialpartner im Bereich der Ausbildung.

*Österreich.* Ja. Im Zeitalter des lebenslangen Lernens sind als Basisqualifikationen mehr als nur „elementare Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten“ wichtig, nämlich auch IT-skills, social skills, sowie Fremdsprachen.

BAK und ÖGB: Die Systeme für das lebenslange Lernen und die Ausbildung sollten neben den erwähnten Elementen auch das Recht auf Berufsausbildung umfassen. Im Zeitalter des lebenslangen Lernens sind über die Basisqualifikationen „elementare Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten“ weiter gehende Kompetenzen wichtig, nämlich auch IT-skills, social skills, Fremdsprachen. Nicht nur die Sozialpartner sind für die Weiterbildung verantwortlich. Hier sind alle Akteure gefordert, also insbesondere auch die öffentliche Hand.

*Portugal.* Es ist wichtig, daß jeder seine Grundbildung (einschließlich der Beherrschung einer Fremdsprache, IKT-Fertigkeiten, Erwerb technische Fertigkeiten, unternehmerisches Denken und Sozialkompetenzen) abschließt und somit die Voraussetzungen für das lebenslange Lernen erwirbt.

CCP: Die Grundbildung ist insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder von Bedeutung. Der Verknüpfung der Grundbildung mit der Erstausbildung kommt insbesondere in bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Ausübung eines Berufs eine erhebliche Bedeutung zu. Die Sozialpartner haben eine grundlegende Rolle bei der Erstausbildung und der Bereitstellung – soweit möglich – einer Ausbildung zu spielen, die theoretischen Unterricht mit der Ausbildung am Arbeitsplatz verbindet.

*Russische Föderation.* FNPR: Ja.

*Schweden.* Das lebenslange Lernen fördert die aktive Beteiligung der Bürger, ein wichtiger Aspekt der Demokratie. Die formale Bildung und Ausbildung kann als Beginn der Entwicklung beruflicher Fertigkeiten angesehen werden. Somit ist es die wichtigste Aufgabe einer Regierung, die Ziele des Bildungssystems zu formulieren und Ergebnisse zu evaluieren. Ob Qualität und Relevanz in Bildung und Ausbildung erreicht werden, hängt auch von einer engen Interaktion zwischen Unternehmen und Schulen und der akademischen Bildung, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene, ab. Auch der Kooperation kommt als Mittel zur Förderung des Gedankenaustauschs zwischen Schulen und der akademischen Bildung und Unternehmen eine erhebliche Bedeutung zu.

*Schweiz.* Ja, sofern die Urkunde die Regierungen nur dazu ermutigt, dieses zu tun.

UPS: Ja, indessen sollte deutlich herausgestellt werden, daß dem Staat die Verantwortung für die Grundbildung obliegt, während die Unternehmen für die weiterführende Ausbildung verantwortlich sind.

*Slowenien.* ZDS und ZDODS: Die Fragen 7 bis 13 und 15 bis 21 werden bejaht.

*Sri Lanka.* LJEWU: Jeder hat ein Recht auf Bildung und Ausbildung. Die Regierung sollte gemeinsam mit den Sozialpartnern gewährleisten, daß dieses Recht universell ist. Bildung und Ausbildung sollte unter Beachtung von Ausgewogenheit und im Einklang mit wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen und anderen Politiken stattfinden.

*Südafrika.* In diesem Abschnitt sollte die Bedeutung der Umsetzungsprozesse hervorgehoben werden: Forschung und Planung sowie Festlegung von Prioritäten (dabei ist zu verweisen auf die jeweiligen Rollen der Regierung und des sozialen Dialogs, Fragen der nationalen Lenkung und der Planung auf lokaler/betrieblicher Ebene, Festlegung allgemeiner nationaler und spezifischer Prioritäten auf lokaler/betrieblicher Ebene usw.); Festlegung von Zielen; die Behandlung von Problemen auf der Angebotsseite, z.B. Qualität und Anpassungsfähigkeit; Überwachung – Instrumente, Aufbau von Netzwerken und technische Zusammenarbeit; Evaluierung.

COSATU: In die neue Urkunde sollte die in den von der Internationalen Arbeitskonferenz (2000) angenommenen *Schlußfolgerungen* enthaltene Empfehlung aufgenommen werden, der zufolge „alle Menschen ein Recht auf Bildung und Ausbildung haben. Die Regierungen sollten in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern sicherstellen, daß dieses Recht universell in Anspruch genommen werden kann.“ Die neue Urkunde sollte eine größere Kohärenz zwischen den Systemen der Schul-, Berufs- und Universitätsbildung sowie eine bessere Integration und ein besseres Zusammenwirken der Elemente eines dynamischen Systems der Humanressourcenentwicklung fördern. Ferner sollten entsprechend Hinweise auf Referenzwerte und die Zielsetzung gegeben werden.

*Vereinigte Staaten.* AFL-CIO: Ja. USCIB: Ja, bis zu „folgendes umfassen ...“.

*Vereinigtes Königreich:* Ja, im Text sollte jedoch deutlicher herausgestellt werden, daß die Regierung nicht die Hauptverantwortung für den gesamten Ausbildungsbereich trägt; neben den Sozialpartnern müssen auch andere Beteiligte einen Beitrag leisten.

Kein Mitgliedstaat hat diese Frage verneint. In einigen Antworten wurde die Auffassung vertreten, die grundlegenden Fertigkeiten sollten auch IKT-Kenntnisse, Sozialkompetenzen und Fremdsprachenkenntnisse umfassen.

**Fr. 8** *Sollte die Urkunde den sozialen Dialog im Bereich der Ausbildung fördern als Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Ausbildungssysteme, die Relevanz, Qualität und Kostenwirksamkeit der Programme und die Förderung der Chancengleichheit?*

*Gesamtzahl der Antworten: 95.*

*Bejahend: 87.* Ägypten, Algerien, Argentinien, Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Italien, Japan, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Mali, Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend: 1.* Israel.

*Sonstige: 7.* Australien, Bulgarien, Luxemburg, Portugal, Simbabwe, Südafrika, Vereinigtes Königreich.

*Australien.* Gegenwärtig möchte Australien hierzu nicht Stellung nehmen.

*ACTU:* Ja. Der Mitwirkung der Sozialpartner am Aufbau eines Ausbildungssystems, das den Bedürfnisse des einzelnen, der Wirtschaft und der Unternehmen Rechnung trägt, kommt eine entscheidende Bedeutung zu.

*Barbados.* CTUSAB: Ja, dies wäre eine nachhaltige Strategie im Bereich der Arbeitskräfteplanung.

*Belgien.* Wallonische Regierung: Ja, aber nur in bezug auf ständige Weiterbildung.

*Bulgarien.* Es sollte die Förderung des lebenslangen Lernens erwähnt werden.

*Chile.* Produktions- und Handelsverband (CPC): Nein.

*Dänemark.* FTF: Die Urkunde sollte den Regierungen empfehlen, daß bei der Konzeption und Umsetzung der Bildungs- und Ausbildungspolitik andere Politikbereiche, insbesondere die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Berücksichtigung finden sollten. Die Sozialpartner sollten eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung und Durchführung dieser Politik übernehmen.

*Ecuador.* Industriekammer von Pichincha (CAPEIPI): Nein.

*Finnland.* Ja, derselbe Punkt wurde in Frage 6 i) behandelt.

*Italien.* Um jedem Bürger das Recht auf den Erwerb von Basisqualifikationen zu garantieren und sozialen Ausschluß zu verhüten, müssen bestimmte Voraussetzungen vorhanden sein, z.B. darf keine Bedürftigkeit vorliegen und es muß einen universellen Zugang zum Internet und Anreize für die am stärksten ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen geben, um Fertigkeiten für den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erwerben.

*Japan.* Ja, obgleich eine Klärung des Ausdrucks „sozialen Dialog im Bereich der Ausbildung“ erforderlich ist.

*Kuba.* Ja, im Einklang mit den innerstaatlichen Verhältnissen.

*Luxemburg.* Die verschiedenen Teilnehmer des Systems sollten für die Umsetzung der Ausbildungspolitik verantwortlich sein, und alle Akteure haben zum Erfolg der Auszubildenden beizutragen.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Neuseeland.* Ja, indessen ist es wichtig, Konsultationen mit einem großen Kreis von beteiligten Parteien, etwa eingeborene Völker, Studenten und Anbieter von Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, durchzuführen.

*Business NZ:* Die Urkunde sollte sich auf Diskussionen mit den Sozialpartnern beschränken. Es ist unzweckmäßig, zusätzliche „Interessengruppen“ hinzuzuziehen.

*Niederlande.* Ja, sofern dies unter Mitwirkung der Sozialpartner, der Regierung und Bildungsinstitutionen erfolgt.

*VNO-NCW:* Ja, siehe Antwort auf Frage 7.

*Norwegen.* Zu Frage 7 und Frage 8 ist zu bemerken, daß die Globalisierung, der Strukturwandel und der rasche technologische Wandel weitreichende Folgen für das Lernen und die Ausbildung haben. Hier ist zu berücksichtigen, daß die Regierungen die Hauptverantwortung für die grundlegende Bildung und Ausbildung tragen, während den Sozialpartnern bei der Weiterbildung eine Rolle zukommt. Der soziale Dialog ist ein

Instrument, um Schwierigkeiten, die sich aus Änderungen der Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsstrukturen ergeben, vorherzusehen und abzumildern.

*Portugal.* Es sollte zu Forschungen über die wirklichen Bedürfnisse des Landes, des einzelnen und der Unternehmen angeregt werden, und der soziale Dialog auf verschiedenen Ebenen ist ein Hauptinstrument zum Erreichen dieses Ziels.

*Rumänien.* Ja, und so könnte das Problem des durch Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktinaktivität und soziale Ausgrenzung hervorgerufenen Qualifikationsdefizits durch eine lebenslange Perspektive angegangen werden.

*Russische Föderation.* FNPR: Ja.

*Schweiz.* Im Prinzip ja, obgleich die Feststellung wichtig ist, daß es weitere Akteure im Bereich der Ausbildung gibt.

UPS: In bezug auf die Grundschulbildung ist dies nicht erforderlich. Die Wirtschaft sollte jedoch an der Definition der Ausbildungsziele mitwirken, und der Staat sollte ihre Realisierung gewährleisten.

*Simbabwe.* Die Urkunde sollte auch den sozialen Dialog im Bereich der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten fördern.

*Südafrika.* Ja, der soziale Dialog sollte in einem Teil des vorgeschlagenen neuen Abschnitts III mit der Überschrift *Werte* (siehe Kommentar zu Frage 2) behandelt werden.

COSATU: Ja.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: Nein. Der einzelne ist für das lebenslange Lernen verantwortlich.

*Vereinigtes Königreich.* Der soziale Dialog ist ein wichtiges, jedoch nicht allein ausreichendes Prinzip. In der Urkunde muß sichergestellt werden, daß dem sozialen Dialog die gebührende Bedeutung beigemessen wird, jedoch nicht auf Kosten anderer diesbezüglicher Interessen.

In der großen Mehrheit der Antworten wurde die Auffassung vertreten, daß die Urkunde den sozialen Dialog im Bereich der Ausbildung als Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Ausbildungssysteme, die Relevanz, Qualität und Kostenwirksamkeit der Programme und die Förderung der Chancengleichheit fördern sollte.

## V. Grundbildung und berufsvorbereitende Ausbildung

### Fr. 9

*Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen:*

- a) *Bildung und berufsvorbereitende Ausbildung für die Welt der Arbeit zu vermitteln?*
- b) *den Zugang zur Grundbildung und berufsvorbereitenden Ausbildung und die Chancengleichheit zu verbessern, um die Ausgrenzung zu bekämpfen?*
- c) *Ansätze für eine nichtformale Grundbildung und berufsvorbereitende Ausbildung zu entwickeln?*
- d) *die neuen IKTs für das Lernen und die Ausbildung nutzbar zu machen?*
- e) *Berufsinformation und Berufsberatung sicherzustellen?*

*Gesamtzahl der Antworten: 93.*

*a) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 80. Verneinend: 0. Sonstige: 9.*

*b) Gesamtzahl der Antworten: 91. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 45.*

*c) Gesamtzahl der Antworten: 83. Bejahend: 77. Verneinend: 3. Sonstige: 7.*

*d) Gesamtzahl der Antworten: 85. Bejahend: 82. Verneinend: 0. Sonstige: 3.*

*e) Gesamtzahl der Antworten: 86. Bejahend: 82. Verneinend: 0. Sonstige: 4.*

*Bejahend: Ägypten, Algerien (a), b), d) und e)), Argentinien, Australien (a bis c), e)), Bahrain, Barbados, Benin (a), b), d) und e)), Bolivien (b)), Botsuana, Brasilien, Bulgarien (b bis e)), Burundi, Chile, China, Dänemark (b bis e)), Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland (a), b), d) und e)), Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala (d)), Guinea-Bissau, Honduras, Indien (a)), Indonesien, Irak, Israel (a), b), d) und e)), Italien (b), d) und e)), Japan (a), b), d) und e)), Jemen (a) und b)), Jugoslawien, Kanada, Kasachstan (b)), Katar (a bis d)), Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Malta, Mauritius, Mexiko (b) und d)), Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria (b), d) und e)), Norwegen, Österreich (a) und b)), Oman (a), b), d) und e)), Pakistan (c) bis e)), Panama, Papua-Neuguinea, Peru (a), b) und e)), Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Südafrika (b bis e)), Surinam (a) bis d)), Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tsche-*

chische Republik (a), b) und e)), Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn (a bis c) und e)), Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend:* Benin (c)), Israel (c)), Oman (c)).

*Sonstige:* Australien (d)), Bulgarien (a)), Dänemark (a)), Deutschland (a bis c) und e)), Japan (c)), Luxemburg, Mexiko (a), c) und e)), Republik Moldau, Nigeria (a) und c)), Österreich (c)), Pakistan (a) und b)), Südafrika (a)).

*Ägypten.* a) bis e) Ja, im Rahmen einer internationalen Verpflichtung zur Förderung einschlägiger Programme, beispielsweise in Anhebung der Alphabetisierungsraten.

*Australien.* d) Zwar ist dies für Industrieländer ein empfehlenswertes Ziel, doch neue Technologien für Länder nutzbar zu machen, die nicht einmal über die grundlegende IKT-Infrastruktur verfügen, dürfte nicht möglich sein. Gegenwärtig findet ein einschneidender Paradigmenwandel statt: Es soll sichergestellt werden, daß bei Bildungs- und Ausbildungsstrategien, in deren Mittelpunkt der Lernende steht, auf IKT zurückgegriffen wird. e) Die Integration von Berufsbildungs- und -beratungsdiensten sollte die Nutzer in die Lage versetzen, ihre Interessen, Wertvorstellungen und Fähigkeiten mit einem Berufsbild abzustimmen und Informationen über Branchen, Berufe, Bildung und Ausbildung und finanzielle Studienbeihilfen bieten.

*Queensland:* e) Bildungssektoren müssen den qualitativ guten Unterricht und Arbeitsergebnisse optimieren, indem sie Lernende ausreichend unterstützen, so daß sie auf Grundlage ausreichender Informationen Bildungsentscheidungen treffen können.

*Viktoria:* a) Spricht sich mit Nachdruck dafür aus, den Zugang zur Grundbildung zur Durchbrechung des Zyklus der intergenerationalen Langzeitarbeitslosigkeit und ihrer negativen sozialen wirtschaftlichen Auswirkungen zu verbessern. e) Spricht sich mit Nachdruck dafür aus, daß der Staat Maßnahmen zur Bereitstellung von Berufsinformationen und Berufsberatung für alle Personen im erwerbstätigen Alter, ob jung oder alt, ergreifen sollte.

*Westaustralien:* e) Berufliche Ausbildung in Hochschulen und weiterführenden Schulen sollten als alternative Wege des Lernens angesehen werden.

*ACTU:* d) Ja, siehe jedoch Antwort auf Frage 5.

*Belgien.* a) Wallonische Regierung: Nein, die Grundbildung hat nichts mit der „Welt der Arbeit“ zu tun. c) Der Ausdruck „Ansätze für eine nichtformale Grundbildung“ ist unverständlich. d) Ja, mit folgenden Vorbehalten: i) da neue Technologien nicht zwangsläufig effektiv eingesetzt werden oder allen Situationen entsprechen, müssen auch konventionelle bewährte Methoden unterstützt werden; ii) die Kosten für den Einsatz neuer Technologien sollten nicht zur Folge haben, daß die erforderlichen Investitionen für qualifizierte Lehrer gefährdet sind; iii) es sollten Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, daß nicht bestimmte Gruppen vom Zugang zu diesen Technologien ausgeschlossen sind.

*Bulgarien.* a) Dieser Unterabsatz sollte sich auf die Grundbildung beziehen.



*Dänemark.* a) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, sich auf die beschäftigungsfördernde Ausbildung zu konzentrieren.

*Deutschland.* a) Hier sollte der Focus der Fragestellungen nicht nur auf den Regierungen liegen. b) Klärung der Begrifflichkeit „Grundbildung“. c) Klärung der Begrifflichkeit „nichtformale Grundbildung“. e) Hier ist festzuhalten, daß nicht nur die Regierung die Aufgabe hat, Berufsinformationen und Berufsberatung sicherzustellen.

BDA: a) Ja, da vor allem eine bedarfsorientierte Qualifikation entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts nötig ist. c) Es ist unklar, was mit „nichtformaler Grundbildung“ gemeint ist.

*Frankreich.* a) Die Verantwortung für die Grundbildung liegt bei den Regierungen. Jedes Kind sollte Zugang zur Grundbildung haben, einschließlich junger Mädchen, und zwar durch die Unterstützung bedürftiger Familien, durch Stipendien, die Einrichtung von Schulen in abgelegenen Gebieten, den Transport zur Schule und die Überwachung der Gesundheit der Kinder. e) Obgleich die Hauptverantwortung für die Bereitstellung von Berufsinformation und Berufsberatung sowie die berufsvorbereitende Ausbildung bei den Regierungen liegt, wird diese Verantwortung doch mit Sozialpartnern und Unternehmen und gegebenenfalls mit regionalen und lokalen Behörden geteilt. Die Sozialpartner sollten dazu ermutigt werden, für Jugendliche berufsbegleitende Lehrgänge zu entwickeln, um ihre berufliche Orientierung und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern.

Bewegung der Unternehmen Frankreichs (MEDEF): a) Die Schulen sollten allen Jugendlichen bis zum Ende ihrer Schulpflicht ein einheitliches Grundwissen vermitteln, d.h. Lese-, Rechen- und Schreibfähigkeit sowie soziokulturelle, wissenschaftliche und technologische Kompetenzen, die es ihnen ermöglichen, ihr berufliches Umfeld zu verstehen und sie befähigen, die richtige Berufswahl zu treffen. e) Die Berufsbildung sollte den Lernenden und anschließend den Arbeitnehmer dazu befähigen, selbst die Verantwortung für seine berufliche Laufbahn zu übernehmen.

*Ghana.* TUC: a) bis e) Da der informelle Sektor in Entwicklungsländern einen großen Teil der Arbeitskräfte beschäftigt, sollte die Urkunde Bestimmungen für die Entwicklung von Strategien, Maßnahmen und Programmen zur Förderung und Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen für selbständig Erwerbstätige in kleinen und mittleren Unternehmen enthalten.

*Griechenland.* Griechischer Industrieverband (SEV): a) bis c) Dies sollte auch in weitem Umfang die Ausbildung am Arbeitsplatz umfassen.

*Indien.* EAR: b) bis e) Ja.

IMC: d) Nein.

*Italien.* e) Allen Menschen sollte laufend eine Berufsberatung zur Verfügung stehen, insbesondere einzelnen Nutzern und Firmen. Die Berufsberatung sollte als Unterstützung während des ganzen Lebens des einzelnen und nicht nur als Hilfe in schwierigen Zeiten angesehen werden. In dieser Hinsicht sollte ein integriertes Bildungs- und

Ausbildungssystem laufend Unterstützung mit maßgeschneiderten Lösungen für den einzelnen zu verschiedenen Zeitpunkten seines privaten und beruflichen Lebens bieten.

*Japan.* c) Der Ausdruck „nichtformale Grundbildung“ ist erklärungsbedürftig.

*Kanada.* a) Ja, einschließlich der Lebenskompetenzen und der Fähigkeit zum kritischen Denken.

*Kroatien.* HUP: a) bis e) Ja, einschließlich der Berufsbildung und Ausbildung sowie der höheren Bildung.

SSSH: a) bis e) Ja, aber auch zur Verbesserung der horizontalen und vertikalen Mobilität im formalen Bildungssystem. Dem Lernenden sollte mehr Berufsberatung zur Verfügung stehen, und der Zugang zu dieser Beratung sollte universell sein.

*Libanon.* a) Die Art der berufsvorbereitenden Ausbildung hängt von der Art der Arbeit ab. Aus diesem Grund sollten staatliche Einrichtungen diese Ausbildung vermitteln. c) Ja, in Zusammenarbeit mit in Frage kommenden nationalen sowie gegebenenfalls internationalen Parteien. e) Ja, wobei ein institutionaler Rahmen vorzusehen ist.

*Luxemburg.* b) Einer grundlegenden Berufsbildung, deren Ziel die sozio-berufliche Integration Jugendlicher mit schulischen Schwierigkeiten ist, kommt eine zentrale Bedeutung bei der Verringerung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluß zu. e) Schulische und berufliche Beratung sind von entscheidender Bedeutung.

*Marokko.* FCCIS: a) bis c) und e) Ja.

*Mexiko.* a) Zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und im Hinblick auf eine rasche und zufriedenstellende Integration von Neuzugängen auf dem Arbeitsmarkt kommt der Ausbildung künftiger Arbeitsuchender eine entscheidende Rolle zu. c) Es ist wichtig, Ansätze zu fördern, die sich nicht auf den offiziellen grundsatzpolitischen Rahmen beschränken. e) Ferner ist zu gewährleisten, daß Schüler sowie Arbeitsuchende Zugang zu diesen Diensten haben.

*Republik Moldau.* Die Urkunde sollte Regierungen dazu ermutigen, schrittweise Berufsbildungssysteme so auszuweiten, anzupassen und zu harmonisieren, daß sie dem Bedarf Jugendlicher und Erwachsener in bezug auf das lebenslange Lernen entsprechen.

*Niederlande.* VNO-NCW: Es sollte auf die Berufsbildung und höhere Bildung hingewiesen werden. Natürlich dürfte es Entwicklungsländern schwer fallen, diese Art von Bildung zu garantieren; trotzdem muß deutlich herausgestellt werden, daß dies eine Hauptverantwortung der Regierungen ist. Die Wirtschaft ist bereit, mit Schulen zusammenzuarbeiten, um zu garantieren, daß die Bildung zweckmäßig und praxisorientiert ist.

*Nigeria.* a) und c) Siehe Kommentar zu Frage 7.

*Norwegen.* b) Vor allem für Mädchen und junge Frauen ist es wichtig, auf gleichberechtigter Ebene Zugang zur Grundbildung und zur berufsvorbereitenden Ausbildung zu haben. c) Dies sollte im Kontext des Übereinkommens (Nr. 182) über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999, geprüft werden.

*Österreich.* a) Es sollte nicht nur Bildung und berufsvorbereitende Ausbildung für die Welt der Arbeit vermittelt werden, sondern auch qualifizierte Berufsausbildung. c) Es sollte nicht eine „nichtformale Grundbildung und berufsvorbereitende Ausbildung“ entwickelt werden, sondern die Anerkennung von nicht formal erworbener Grundbildung und berufsvorbereitender Ausbildung.

*Pakistan.* a) Das Wort „vermitteln“ sollte durch „erleichtern“ ersetzt werden. b) Das Wort „verbessern“ sollte durch „erleichtern“ ersetzt werden.

EFP: a) Ja. c) Ja, für spezifische Gruppen, beispielsweise erwerbstätige Analphabeten.

*Polen.* a) und b) Ja, insbesondere für Arbeitnehmer, die über keine beruflichen Qualifikationen verfügen bzw. diese verloren haben und von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. c) Die Anerkennung der Grundbildung und der berufsvorbereitenden Ausbildung sollte eine Priorität sein. e) Auf die vermehrte Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien sollte auch in bezug auf einen besseren Zugang zur Berufsinformation und Berufsberatung hingewiesen werden.

*Portugal.* c) Ja, insbesondere durch die Ausweitung und Diversifizierung der Erstausbildung Jugendlicher innerhalb des formalen Bildungssystems und die Verbesserung ihrer Qualifikationen und Beschäftigungsfähigkeit. d) Ja, der Einsatz elektronischer Netze für die Ausbildung, digitale Büchereien und neue Formen der Verbreitung des kulturellen Erbes sowie die zunehmende Dynamik der Informations- und Wissensgesellschaft werden zu einer höheren Qualität der Bildung, der Kultur und der Ausbildung führen.

CCP: c) Ja, wenn sich die Frage in diesem Unterabsatz auf die Schaffung von Systemen zur Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen bezieht. d) Es sollte die Formulierung „soweit wie möglich“ hinzugefügt werden, da die volle Nutzbarmachung der IKTs ein zu ehrgeiziges Ziel darstellt, insbesondere für die ärmsten Länder.

UGT: c) Die wissensbasierte Gesellschaft und die Verbreitung der IKT setzen einen Wandel voraus, insbesondere in bezug auf die Arbeitsorganisation und die Art der Arbeit. Dies könnte zur Polarisierung von Gesellschaft und Arbeitnehmern führen und eine Kluft zwischen einer kleinen Gruppe qualifizierter Arbeitnehmer und der großen Masse von Arbeitnehmern mit geringen Qualifikationen schaffen. Aus diesem Grund ist es wichtig sicherzustellen, daß Regierungen spezifische Maßnahmen und Politiken zur Bekämpfung der Ausgrenzung ergreifen, insbesondere in bezug auf die durch IKT und Globalisierung geschaffene Ausgrenzung.

*Rumänien.* b) Ja, insbesondere durch die Modernisierung der Lehrlingsausbildung und des Lernens am Arbeitsplatz, so daß diese effizienter werden.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis e) Ja.

*Schweden.* b) Ja. Besonders wichtig ist es, die geschlechtsspezifische Lücke im Bereich der Grundbildung zu schließen, da insbesondere Mädchen durch den Ausschluß vom Schulbesuch diskriminiert werden.

*Schweiz.* c) Der Ausdruck „nichtformale Grundbildung“ ist erklärungsbedürftig.

UPS: a) Nur in bezug auf die Grundschulausbildung (Grundschule und Sekundärschule). c) Dies muß von den einzelnen Ländern bewertet werden.

*Sri Lanka.* LJEWU: b) Eine wirksame Gesetzgebung und die Durchführung der entsprechenden Gesetze wären erforderlich.

*Südafrika.* a) Siehe Kommentar zu Frage 6 f). c) Ja, auch für Erwachsene, denen diese Möglichkeiten in ihrer Jugend vorenthalten wurden. e) Ja, allerdings ist in der englischen Fassung der Unterschied zwischen „vocational information“ und „career information“ nicht klar. Man könnte den allgemeinen Ausdruck „employment counseling“ wählen.

COSATU: a) bis e) Ja. Auf diese Weise sollte die Urkunde Regierungen mit Nachdruck dazu ermutigen, einen freien universellen Zugang zur Bildung sicherzustellen. Darüber hinaus sollte auch betont werden, wie wichtig es ist, Unternehmen zur Förderung der Verbreitung von IKTs zur Bereitstellung von IKT-Einrichtungen bzw. zu einer entsprechenden Unterstützung anzuhalten oder sie dazu zu ermutigen, Unterstützung für entsprechende Systeme für Arbeitnehmer, Schulen und sonstige Ausbildungsanbieter zu leisten.

*Tschechische Republik.* SPD ČR: a) Insbesondere sind die Voraussetzungen für die berufsvorbereitende Bildung und Ausbildung und die Nutzung aller Informationsquellen über Berufsbildung zu schaffen.

*Ungarn.* e) Die schulischen Lehrpläne sollten es Grundschullehrern ermöglichen, ihren Schülern grundlegende Kenntnisse über die Welt der Arbeit zu vermitteln. Der Schaffung und dem Aufbau eines Systems von Berufsinformation und Berufsberatung sollte hohe Priorität eingeräumt werden.

*Vereinigte Staaten.* AFL-CIO: a) und b) Partnerschaften zur Entwicklung hoher Qualifikationen führen zu einer Wirtschaftsentwicklungsstrategie, die Ausbildung und Unterstützung für feste, die Lebenshaltungskosten deckende Arbeitsplätze vorsieht und nicht lediglich die Erfüllung des kurzfristigen oder augenblicklichen Bedarfs der Arbeitgeber zum Ziel hat. Gute Arbeitsplätze sind der beste Weg, um Menschen aus der Armut heraus in die Mittelklasse zu überführen. Staatliche Mittel sollten nur zur Schaffung derartiger Arbeitsplätze und nie zur Deckung kurzfristiger Beschäftigungseingänge eingesetzt werden, die die Arbeitnehmer ohne vernünftiges Einkommen und Zukunftsperspektiven lassen.

USCIB: a) und b) Ja. c) Nein, da der Sinn der Frage nicht klar ist. d) Ja, da die Nutzung der IKTs kein Allheilmittel an sich ist; diese Techniken müssen auf die richtige Weise nutzbar gemacht werden. e) Ja.

*Vereinigtes Königreich.* a) Es liegt zwar in der Verantwortung der Regierung, die Bereitstellung der Grundbildung zu garantieren; trotzdem sollte die Urkunde Regierungen dazu ermutigen, den Zugang zur Bildung und berufsvorbereitenden Ausbildung sicherzustellen und ihnen eine ausreichende Flexibilität in bezug auf die Bestimmung einräumen. c) Ja, sofern hierunter die Einbeziehung und Anerkennung der nichtformalen Grundbildung und Ausbildung zu verstehen ist. d) Ja, ebenso wie die Rechen-, Schreib- und Lesefähigkeit werden IKT-Fertigkeiten jetzt als Grundlage für die Beschäftigungsfähigkeit angesehen. e) Ja, allerdings muß deutlich herausgestellt werden, was unter Berufsberatung zu verstehen ist, z.B. ob dies als Beratung oder etwas Zwingenderes anzusehen ist.

*Zypern.* PEO: c) Nein.

Aus den Antworten ging deutlich hervor, daß alle in Frage 9 genannten Aspekte auf Unterstützung stoßen. In vielen Antworten wird besonderes Gewicht auf die Rolle der IKT im Bereich des Lernens und der Ausbildung gelegt. In einigen Antworten wurde vorgeschlagen, in diesen Abschnitt einen Hinweis auf die Berufsbildung und höhere Bildung aufzunehmen.

## VI. Ausbildung berufstätiger Arbeitnehmer

### Fr. 10

*Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen:*

- a) *eine systematische Ermittlung der von Unternehmen, Einzelpersonen und der Wirtschaft als Ganzes benötigten Qualifikationen zu fördern?*
- b) *das am Arbeitsplatz Gelernte, einschließlich der formalen und informellen Ausbildung, und die Arbeitserfahrung anzuerkennen?*
- c) *Initiativen der Sozialpartner und die Rolle der Ausbildung im zweiseitigen Dialog und in Gesamtarbeitsverträgen zu unterstützen?*
- d) *dreigliedrige Ausbildungsvereinbarungen auf verschiedenen Ebenen in die Wege zu leiten?*
- e) *die Hauptverantwortung für die Förderung von Investitionen in die Ausbildung zu übernehmen?*
- f) *die Rolle der Sozialpartner, der Unternehmen und des einzelnen Arbeitnehmers bei der Förderung von Investitionen*

*in die Ausbildung in Partnerschaft mit dem Staat anzuerkennen?*

- g) die Ausweitung des Lernens und der Ausbildung am Arbeitsplatz unter Einsatz hochleistungsfähiger Arbeitspraktiken und der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung, mit öffentlichen und privaten Anbietern, und unter größerer Nutzung der IKT zu fördern?*
- h) das Humanressourcen-Management auf der Ebene des Betriebs zu fördern?*
- i) Strategien, Maßnahmen und Programme für Chancengleichheit zu entwickeln, um die Ausbildung für Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen, in der informellen Wirtschaft und im ländlichen Sektor sowie für selbständig Erwerbstätige und insbesondere für weibliche Arbeitnehmer zu fördern und durchzuführen?*
- j) die Bildungs- und Berufsberatung für berufstätige Arbeitnehmer zu fördern?*
- k) sonstige Initiativen durchzuführen? (bitte angeben)*

*Gesamtzahl der Antworten: 95.*

*a) Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 80. Verneinend: 1. Sonstige: 7.*

*b) Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 81. Verneinend: 0. Sonstige: 9.*

*c) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 83. Verneinend: 0. Sonstige: 6.*

*d) Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 81. Verneinend: 1. Sonstige: 8.*

*e) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 75. Verneinend: 3. Sonstige: 11.*

*f) Gesamtzahl der Antworten: 91. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 4.*

*g) Gesamtzahl der Antworten: 91. Bejahend: 85. Verneinend: 0. Sonstige: 6.*

*h) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 77. Verneinend: 4. Sonstige: 8.*

*i) Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 84. Verneinend: 1. Sonstige: 5.*

j) *Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 82. Verneinend: 1. Sonstige: 7.*

k) *Gesamtzahl der Antworten: 38.*

*Bejahend:* Ägypten (a bis h) und (j)), Algerien, Argentinien, Australien (b), f) bis j)), Bahrain, Barbados (a bis d), f) bis j)), Belgien, Benin (a bis j)), Bolivien (i)), Botsuana, Brasilien, Burundi (a bis j)), Chile, China (a bis j)), Costa Rica (a bis i)), Dänemark (a), c) und d)), Deutschland (a bis c), f), g), i) und j)), Ecuador, El Salvador, Estland (a bis h) und j)), Finnland (a), b), d), f), g), i) und j)), Gabun (a bis c), f), g), i) und j)), Ghana, Griechenland, Guatemala (b bis j)), Guinea-Bissau (a bis j)), Honduras, Indien (c), d) und f)), Indonesien (a bis j)), Irak (a bis j)), Irland (a bis j)), Israel (g) und i)), Italien, Japan (d)), Jemen (d), f), g) und j)), Jugoslawien (a bis j)), Kanada (a bis d), f) bis j)), Kasachstan (d)), Katar (b bis j)), Kenia (a bis i)), Kroatien (a bis i)), Kuba (a bis j)), Lettland, Libanon (a), c), e) bis g), i) und j)), Litauen, Malaysia, Malta, Mauritius, (a bis j)) Mexiko (c), d), f), h) und j)), Republik Moldau (a bis j)), Myanmar, Namibia (a bis d), f) bis k)), Neuseeland (a), b), f), g), i) und j)), Nicaragua (a bis g), i) und j)), Niederlande (a bis c), e) bis j)), Nigeria (a bis g), i) und j)), Norwegen (a bis c), e) bis i)), Österreich (a bis d), f) bis j)), Oman (a bis c), e) bis i)), Pakistan, Panama (a bis j)), Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen (a bis i)), Polen, Rumänien (b bis j)), San Marino (a bis j)), Schweden, Schweiz (b), c) e) bis j)), Seschellen (a bis j)), Simbabwe (a bis j)), Singapur, Slowakei (a), c) bis j)), Spanien (a), c) bis j)), Sri Lanka (a bis j)), Südafrika (a), c) bis j)), Surinam (b), c), e) bis j)), Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo (a), b), e), f), g), i) und j)), Tschechische Republik (a), c) und d)), Tunesien, Türkei (a), b), e), f), g), i) und j)), Uganda (a bis f), i) und j)), Ukraine (a bis g), i) und j)), Ungarn (c), d) und f)), Venezuela (d), f), g) und j)), Vereinigte Arabische Emirate (a bis j)), Vereinigtes Königreich (b bis h) und j)), Zentralafrikanische Republik (a bis d), f) bis j)), Zypern (a bis j)).

*Verneinend:* Barbados (e)), Benin (k)), Deutschland (e), h) und k)), Estland (i)), Israel (h) und j)), Jugoslawien (k)), Neuseeland (e) und h)), Schweiz (a) und d)), Ukraine (h) und k)).

*Sonstige:* Australien (a), c) bis e) und k)), Barbados (k)), Bulgarien (b) und j)), Burundi (k)), China (k)), Dänemark (b), e) bis h) und j)), Finnland (c), e), h), i) und k)), Frankreich, Guinea-Bissau (k)), Indonesien (k)), Irak (k)), Irland (k)), Israel (k)), Kanada (e) und k)), Kenia (j) und k)), Libanon (b), d), h) und k)), Luxemburg, Mauritius (k)), Mexiko (a), b), e), g) i) und k)), Republik Moldau (k)), Namibia (e)), Neuseeland (c) und d)), Niederlande (e) und d)), Nigeria (h)), Oman (d), j) und k)), Panama (k)), Philippinen (k)), Portugal, Rumänien (a) und k)), Seschellen (k)), Simbabwe (k)), Spanien (b)), Sri Lanka (k)), Südafrika (b) und k)), Uganda (g), h) und k)), Vereinigte Arabische Emirate (k)),

Vereinigtes Königreich (a), i) und k)), Zentralafrikanische Republik (e)), Zypern (k)).

*Australien.* Australien hat zu diesem Zeitpunkt keine Präferenzen, was diesen Absatz betrifft. Die Gefahr besteht, daß sich die „benötigten Qualifikationen“ häufig ändern. Betont werden sollten Qualifikationen, die die Beschäftigungsfähigkeit allgemein verbessern, wie beispielsweise Denkvermögen, die Fähigkeit zur Lösung von Problemen und das Lernen lernen. b) Das ist eine wichtige Maßnahme; die bestehenden Schwierigkeiten müssen anerkannt werden, insbesondere, was die Anerkennung nicht formal erworbener und informeller Ausbildung sowie des informellen und nicht formalen Lernens angeht. c) bis e) und k) Australien hat zu diesem Zeitpunkt keine Präferenzen. e) Die Hauptverantwortung für Investitionen in die berufliche Fortbildung liegt bei den Unternehmen und dem einzelnen Arbeitnehmer; der Staat kann der Privatwirtschaft allerdings (z.B. steuerliche) Anreize für Investitionen geben.

Queensland: a) Planung und das Sammeln von Informationen sollten den verschiedenen Akteuren eine größere Teilhabe und eine gerechtere Verteilung von Kosten und Nutzen ermöglichen. Ausschlaggebend dafür, daß Investitionen den größtmöglichen Nutzen im Hinblick auf Ausbildung, Beschäftigung und in sozialer Hinsicht bringen, ist, daß Industrie und kommunale Stellen zusammenarbeiten und eine lenkende Rolle übernehmen. e) Es wäre nicht zweckmäßig, wenn die Regierung die Verantwortung für den Erfolg oder Mißerfolg von Ausbildungsinvestitionen übernehme bzw. als hierfür zuständig gesehen würde. f) Ideal wäre, wenn der einzelne, die Gemeinschaft, die Industrie, der Staat und andere am Lernen Interessierte die Verantwortung für Investitionen in das Lernen so lange übernehmen, bis sich eine nachhaltige Lernkultur herausgebildet hat. Bis dahin hat die Regierung eine Schlüsselrolle bei der Stimulierung der Diskussionen zur Frage der Ausbildung und von Investitionen in die Ausbildung zu spielen. i) Kurse sind den Erfordernissen kleiner Unternehmen möglicherweise schlecht angepaßt und eine stärkere Motivierung über eine Lernkultur ist schwierig. Die Ausweitung „sektorspezifischer“ Ausbildungsinitiativen kann zu einer wirksameren Verbesserung der Leistungsfähigkeit kleiner Betriebe beitragen.

ACTU: a) Ja. Den künftigen Bedarf vorherzusagen ist aber nur bedingt möglich. Wichtiger ist, über ein flexibles Ausbildungssystem zu verfügen, das schnell auf neu entstehende Qualifikationsbedürfnisse reagieren kann. c) bis e) Ja.

*Barbados.* a) Ja, da dies einer wirksamen Arbeitskräfteplanung förderlich ist. d) Ja, aber unter Mitwirkung nichtstaatlicher, auf Vertrauensbasis operierender und gemeinwesengestützter Organisationen. k) Die Querschnittsausbildung von Arbeitnehmern in mindestens zwei betrieblichen Tätigkeitsbereichen, um die Produktivität zu verbessern.

BEC: k) Im Unterschied zu einem starren nationalen Qualifikationsrahmen sollten Systeme für die Ausbildung bereits beschäftigter Arbeitnehmer flexibel und dezentralisiert sein.

CTUSAB: a) bis j) Ja. Mit diesem Ansatz wird u.a. anerkannt, daß es einer wirksamen Arbeitskräfteplanung bedarf; gezeigt, daß früher und am Arbeitsplatz Gelerntes einen Stellenwert hat, und es wird anerkannt, daß die Entwicklung der Humanressourcen der aktiven Einbeziehung aller Partner/Akteure bedarf.



*Belgien.* Wallonische Regierung: d) Ja, aber nur im Hinblick auf die berufliche Fortbildung. e) Nein, der Staat und die Sozialpartner haben gemeinsame Verantwortung zu übernehmen. g) Ja, aber nicht allein zum Zweck der systematischen Nutzung der IKT. i) Ja, allerdings eingedenk der Tatsache, daß es andere Sektoren gibt, in denen nach wie vor keine Chancengleichheit herrscht und den Bedürfnissen bestimmter Gruppen, etwa unqualifizierter und älterer Arbeitnehmer, prioritär Rechnung getragen wird. k) Ja, die Weitergabe von Berufserfahrung, insbesondere von betriebsspezifischen Fachkenntnissen sowie Kenntnissen in bezug auf die Unternehmenskultur, von erfahrenen Arbeitnehmern an jüngere Arbeitnehmer zu fördern; alle Arbeitnehmergenerationen umfassende Ausbildungstätigkeiten in Unternehmen zu unterstützen.

*Brasilien.* CNI: k) Aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Ausbildungsfachleuten bestehende Fachausschüsse für die einzelnen Wirtschaftssektoren sollten Formen und Werkzeuge für die Ermittlung und laufende Aktualisierung der Berufsprofile konzipieren und entwickeln.

*Bulgarien.* b) Hier ist nicht formal erworbene Ausbildung hinzuzufügen. j) Hier könnte wie folgt formuliert werden: „die Ausbildungs- und Berufsberatung für berufstätige Arbeitnehmer zu fördern“.

*Burundi.* k) Geschlechtsspezifische Fragen im Bereich Ausbildung und Umschulung zu berücksichtigen.

*China.* k) Die Arbeitnehmer in Industriezweigen, in denen Umstrukturierungen anstehen, umzuschulen.

*Dänemark.* b) Die Frage der Anerkennung des am Arbeitsplatz Gelernten sollte als Punkt c) von Frage 11 in den Abschnitt VII *Rahmen für die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen* umgestellt werden. Die Terminologie scheint nicht in jedem Fall mit den EU-Begriffsbestimmungen von formalem und nicht formalem Lernen übereinzustimmen. e) bis h) und j) Die Urkunde sollte die Regierungen, die Sozialpartner und die Unternehmen dazu ermutigen, gemeinsam Verantwortung für die Stimulierung und Förderung von Investitionen in die Ausbildung zu übernehmen.

*Deutschland.* e) Nein, die Hauptverantwortung für die Förderung von Investitionen in die Ausbildung berufstätiger Arbeitnehmer sollte bei den Sozialpartnern liegen. h) Nein, das ist Aufgabe der Betriebe.

BDA: b) Ja, allerdings muß eine individuelle Gestaltung möglich bleiben. d) und e) Ja. g) Ja, allerdings sollte, wo eine betriebliche Ausbildung möglich ist, außerbetriebliche Ausbildung nur die Ausnahme darstellen. h) Ja. i) Prinzipiell ja, allerdings sollten statt spezifischer Programme die Rahmenbedingungen verbessert werden.

*Ecuador.* CAPEIPI: f) Nein.

*Estland.* i) Nein, es sollte für alle Arbeitnehmer Ausbildung bereitgestellt werden.

*Finnland.* c) Es wird auf Frage 6 i) verwiesen. e) Es sollten Überlegungen angestellt werden, wie die Finanzstruktur zu diversifizieren ist. h) Hierfür ist in der Hauptsache die Unternehmensleitung zuständig. j) Ja, sowie zur Förderung der Bildungs- und Berufsberatung für alle Bevölkerungsgruppen. k) Die Entwicklung von Lern- und Ausbildungsmöglichkeiten für Erwachsene entsprechend dem Grundsatz vom lebenslangen Lernen.

*Frankreich.* Die Sozialpartner und die Unternehmen tragen die Hauptverantwortung für HRD und die Ausbildung beschäftigter Arbeitnehmer. Allerdings haben diese Tätigkeiten auf einem Dialog zwischen den staatlichen Stellen, den Sozialpartnern, den Unternehmen und den einzelnen Arbeitnehmern und der gemeinsamen Verantwortlichkeit zu beruhen. Der Staat kann zur Gesamtstruktur der beruflichen Fortbildung bereits Beschäftigter lediglich einen Beitrag leisten. Er sollte bei spontanen Akten von Diskriminierung in der Arbeitswelt einschreiten und mittel- und langfristig die Interessen der Allgemeinheit wahren. Wenn die Sozialpartner schwach sind, ist es zweckmäßig, ja unerlässlich, daß der Staat die Initiative ergreift oder die Ausbildung beschäftigter Arbeitnehmer gesetzlich regelt.

*Griechenland.* g) und h) Mit dem Zusatz: „auf der Grundlage des Prinzips der Chancengleichheit und Gleichbehandlung“.

*Guinea-Bissau.* k) Einrichtung und Unterhalt eines Beschäftigungsobservatoriums.

*Indien.* EAR: a) bis d) und f) bis j) Ja. e) Nein. k) In regelmäßigen Abständen zur Verfügung stehende Informationen veröffentlichen und an alle Betroffenen verteilen.

EFI: a) und j) Ja.

IMC: b), c), g) und j) Nein.

*Indonesien.* k) Die Urkunde sollte die Regierung dazu ermutigen, eine Evaluierung der Bildungspolitik vorzunehmen, um die Heranbildung für den globalen Arbeitsmarkt qualifizierter Humanressourcen zu sichern.

*Irak.* k) Ein Programm für die Laufbahnentwicklung und -förderung zu entwickeln.

*Irland.* k) In einem sich ständig wandelnden Wirtschafts- und Arbeitsumfeld ist es sowohl für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit des einzelnen wie auch für die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen außerordentlich wichtig, Kenntnisse und Fertigkeiten ständig zu aktualisieren.

*Israel.* k) Ausbildungswege für die Weiterqualifizierung zu entwickeln.

*Italien.* a) Es sollten allgemeine Kriterien für die Zertifizierung von Qualifikationen und die Anerkennung von Ausbildungsergebnissen ermittelt werden; auch sollte zu größerer beruflicher Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb der EU ermutigt werden, indem der Focus vom Produkt weg auf den Prozeß sowie auf das Ziel der Überwachung und ständigen Anhebung der „Qualität“ der Ausbildung verlagert wird. Die Beurteilung

und Kontrolle von Ausbildungstätigkeiten und die Erarbeitung von Referenzwerten für das Lernen, die Bildung und die berufliche Ausbildung sollten obligatorisch sein; diese Aufgaben sollten eigenständigen, autonomen Organisationen übertragen werden. b) Die Sozialpartner spielen bei der Lösung des Problems der Anerkennung und Zertifizierung am Arbeitsplatz erworbener Kompetenzen (des nicht formalen Lernens) eine Schlüsselrolle. Mangelnde Flexibilität in diesem Lernbereich, etwa eine Übernahme der starren Systeme des „formalen“ Bildungssystems, sollte vermieden werden. Es wäre daher zweckmäßig, wenn die einzelnen Länder ihre einschlägigen Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken auszutauschen würden.

*Japan.* d) Es sollte klar sein, daß unter dreigliedrigen Ausbildungsvereinbarungen auf verschiedenen Ebenen Vereinbarungen zwischen der Regierung, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern zu verstehen sind. e) Der Begriff „Hauptverantwortung“ ist zu klären.

*Nippon Keidanren:* a) bis e) In diesen Punkten sollte dazu ermutigt werden, die Humanressourcen auf der Grundlage von Ausbildungsinitiativen zu entwickeln, die vom einzelnen Arbeitnehmer ausgehen und in der Folge vom Betrieb unterstützt werden.

*Kanada.* d) Ja, sofern zutreffend. e) Es gibt viele Partner und Akteure, die für die Anregung von Investitionen in die Ausbildung Verantwortung tragen, darunter die Regierungen. j) Ja, da dies ein wichtiges Element des lebenslangen Lernens ist. k) Initiativen, die darauf abgestellt sind, Berufs- und Privatleben miteinander in Einklang zu bringen, zu ermutigen.

*Kenia.* j) Lediglich für öffentlich Bedienstete. k) Die Bildung und Ausbildung aller Arbeitnehmer unabhängig davon, ob sie erwerbsfähig sind oder nicht, zu fördern.

*Kroatien.* HUP: a) Vorgezogen wird ein dezentralisiertes und flexibles System.

SSSH: a) bis j) Ja. e) Es ist wichtig, die Investitionen, einschließlich der Freistellung von der Arbeit für Ausbildungszwecke, zu definieren. k) Die Arbeitgeber (beispielsweise durch Steuerfreibeträge) zu Investitionen in die Humanressourcen zu ermutigen.

*Kuba.* d), f) bis i) Ja, in Anpassung an die innerstaatlichen Gegebenheiten.

*Lettland.* i) Ja, vorausgesetzt, die Wortverbindung „in der informellen Wirtschaft“ wird gestrichen.

*Libanon.* a) Ja, mittels Arbeitsmarkterhebungen, Arbeitsplatzbeschreibungen und -klassifizierungen, sowie durch Überarbeitung der Anforderungen im Hinblick auf Bildung, Ausbildung, Wissen und Kenntnisse. b) Ein Ausschuß sollte die Kriterien festlegen und die Arbeitserfahrung und die Kompetenzen, die in der formalen und der nicht formalen Bildung und Ausbildung erworben wurden, beurteilen. d) Die Formulierung „auf verschiedenen Ebenen“ sollte genau erklärt werden. e) Die Regierungen spielen zwar eine grundlegende Rolle, wenn es darum geht, zu Investitionen in die Ausbildung anzuregen, doch tragen sie nicht die Hauptverantwortung; dies ist auch Aufgabe der

Sozialpartner. f) Ja, soweit vom Gesetzgeber vorgesehen. g) Das beinhaltet die Aufstellung, Entwicklung und regelmäßige Überarbeitung der Lehrpläne in Anpassung an den Ausbildungsbedarf sowie die Bereitstellung von Möglichkeiten für die Ausbilder des öffentlichen und des privaten Sektors, sich fort- und weiterzubilden. h) Die Urkunde sollte angeben, wie die Entwicklung der Humanressourcen auf der Ebene des Betriebs durch die Regierungen gefördert werden kann. k) Die Arbeitgeber haben die Verantwortung für die berufliche Entwicklung und die Ausbildung der Gesamtheit ihrer Arbeitnehmer, einschließlich der älteren Arbeitnehmer, zu übernehmen und ihnen IKT-Kompetenzen zu vermitteln. Die Arbeitnehmerverbände sollten für die Bildung und Alphabetisierung der Arbeitnehmer zuständig sein.

CCCIA: a) Dieser Punkt sollte wie folgt lauten: „um ... bemüht zu sein“.

*Luxemburg.* In diesen Punkt sollte folgendes aufgenommen werden: die berufliche Weiterbildung im Rahmen eines Ausbildungsplans, eines Ausbildungsprojektes oder einer Kollektivvereinbarung.

*Marokko.* FCCIS: a) bis i) Ja. k) Ausbildung und Berufsberatung für Schulaussteger bereitzustellen.

*Mauritius.* k) Überprüfung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Pflicht des Arbeitgebers, die Beschäftigten jährlich während eines bestimmten Zeitraums auszubilden.

*Mexiko.* a) Die systematische Ermittlung des Qualifikationsinhalts hat das Ergebnis von Beratungen und eines Meinungs austauschs zwischen den für Bildung zuständigen Stellen, den Unternehmen und den Arbeitnehmerverbänden zu sein. b) Die am Arbeitsplatz, in Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen und durch Arbeitserfahrung erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen sind von den Behörden anzuerkennen. e) Der öffentliche Sektor hat die gesetzliche und politische Pflicht, Ausbildungsinvestitionen zu fördern und für die private Wirtschaft investitionsfreundliche Bedingungen zu schaffen. g) Die Förderung des Lernens und der Ausbildung am Arbeitsplatz muß nach gesetzlich verankerten Normen erfolgen, die den Lehrling bzw. den Auszubildenden schützen und die kein verstecktes, für den Arbeitnehmer nachteiliges Beschäftigungsverhältnis entstehen lassen. Auch öffentliche und private Ausbildungsanbieter sollten gesetzlichen Bestimmungen unterliegen, die eine effiziente Vermittlung einer qualitativ hochwertigen inner- und außerbetrieblichen Ausbildung sicherstellen. k) Bildungs- und Ausbildungsstrategien zu formulieren und durchzuführen, die speziell die anfälligsten Gruppen ansprechen, und zwar geringqualifizierte Frauen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten; junge Menschen, die erstmals eine Beschäftigung suchen, und Wanderarbeitnehmer.

*Republik Moldau.* k) Ein klares und flexibles System für die Ausbildung von Führungskräften zu entwickeln und durchzuführen.

*Namibia.* e) Nicht sicher.

*Neuseeland.* c) Eine stärkere Anerkennung der Rolle der Ausbildung im zweiseitigen Dialog und in Kollektivvereinbarungen wäre dem Erwerb von Kompetenzen förderlich. d) Es ist nicht klar, was mit diesem Punkt ausgesagt werden soll. e) und f) Der in Punkt f) formulierte Ansatz ist vernünftiger als der in e) zum Ausdruck gebrachte. h) Nein. Wenn es darum geht, ein gutes Humanressourcen-Management zu fördern, ist es wichtig, zum Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermutigen.

Business NZ: d) Der Sinn dieses Punktes sollte geklärt werden. Es ist nicht zweckmäßig, neben den Sozialpartnern andere Akteure einzubeziehen. Die vorliegende Formulierung scheint zu implizieren, dreigliedrige Ausbildungsvereinbarungen sollten zur Bedingung gemacht werden. Es muß dem Arbeitgeber freigestellt bleiben, welche Art von innerbetrieblicher Ausbildung er seinen Beschäftigten vermittelt und in welcher Form. h) Es ist nicht angebracht, den Staat in das Humanressourcen-Management auf der Ebene der Betriebe einzubeziehen.

NZCTU: c) Ja.

*Niederlande.* d) Dieser Punkt ist zu speziell; er ist unzweckmäßig in Situationen, wo für bestimmte Zielgruppen dreigliedrige Vereinbarungen abgeschlossen werden, die einen breiten Themenkreis, darunter die Frage der Ausbildung, abdecken, aber weit darüber hinausgehen. e) Der Ausdruck „Hauptverantwortung“ ist zu stark; dieser Unterabsatz könnte in Unterabsatz f) eingebaut werden. j) Ausbildung und Berufsberatung gehören zu einer guten Politik des Humanressourcen-Management.

VNO-NCW: a) Siehe die Kommentare zu Frage 6 b). Statistiken zu Arbeitsmarkt-tendenzen lassen sich sammeln, doch dabei handelt es sich um etwas Anderes als das, was hier zum Ausdruck kommt. Ein gutes Beispiel für einen dezentralisierten und flexiblen Ansatzes im Gegensatz zum starren nationalen Qualifikationssystem ist das IKT-Konsortium, das von sieben wichtigen IKT-Firmen in Europa gebildet worden ist. d) Es wird an die allgemeine Aussprache über die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2000 erinnert, auf der sich die große Mehrheit der Arbeitgeberverbände nicht für dreigliedrige Ausbildungsvereinbarungen ausgesprochen hat. Die beste Beschreibung der Verantwortlichkeiten ist immer noch die Formulierung in der Charta von Köln: Ziele und Bestrebungen für lebenslanges Lernen (1999). Die Regierungen sollten nicht dazu ermutigt werden, dreigliedrige Ausbildungsvereinbarungen in die Wege zu leiten.

Unie mhp: a) Ja, aber nur prinzipiell. c) und d) Das hängt von den Bedürfnissen der Sozialpartner ab. i) Ja, aber nicht nur für weibliche Arbeitnehmer. Eingeschlossen werden sollten auch behinderte, ältere und ethnischen Minderheiten angehörende Arbeitnehmer. k) Die Regierungen sollten Minderheiten und Menschen mit wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt besondere Beachtung schenken.

*Nigeria.* h) Die Urkunde sollte die Arbeitgeber dazu ermutigen, das Humanressourcen-Management auf Betriebsebene zu fördern.

*Norwegen.* NHO: a) Nein. i) Es werden zu viele anzusprechende Sektoren genannt. Erwähnt werden sollte die Chancengleichheit für Frauen.

LO: a) Nein. b), f) bis i) In allen Unterabschnitten, nicht nur in c) bis e) ist auf die Sozialpartner und ihre Rolle zu verweisen.

*Oman.* b) Ja, wenn dies im nationalen Ausbildungsrahmen vorgesehen ist. d) Wenn dies nötig ist. j) Bildungs- und Berufsberatung sind für Ersterwerbstätige wichtiger als für bereits Berufstätige. k) Werkzeuge für das Überprüfen beruflicher Kompetenzen entwickeln.

*Österreich.* BAK und ÖGB: Unter k) sollte ergänzt werden: „... gesetzliche Regelungen zu treffen, um allen Arbeitnehmern eine Chance auf die Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung zu ermöglichen. Etwa in Form eines jährlichen Zeitbudgets für Weiterbildung, einer Karenzierung für längerfristige Weiterbildungsmaßnahmen, sowie Modellen der finanziellen Förderung der Weiterbildungsteilnahme von Arbeitnehmern“.

*Pakistan.* EFP: a) bis b) Ja, es sollte aber auch die freiwillige Beteiligung der Arbeitgeber genannt werden. d) Nein, aus Vereinbarungen kann den Arbeitgebern eine rechtlich verbindliche Pflicht zur Bereitstellung von Ausbildung entstehen. k) Gute arbeitgeberseitige Initiativen im Bereich der Humanressourcenentwicklung anzuerkennen; zur Ausbildung in Vorbereitung auf eine selbständige Erwerbstätigkeit und die Unternehmensführung.

*Panama.* k) Eine wirksame Grundbildung und Erstausbildung von hoher Qualität bei Vorhandensein entsprechender Einrichtungen zu gewährleisten und effiziente Systeme für die Einstellung, Entlohnung, Bildung, Ausbildung, Umschulung und den Einsatz von Lehrpersonal zu schaffen.

*Peru.* CCL: a) Ja, aber die systematische Ermittlung benötigter Qualifikationen läßt sich nicht ohne weiteres bewerkstelligen.

*Philippinen.* k) Die kompetenzorientierte Ausbildung zu fördern.

*Portugal.* CCP: a) Ja. Eine systematische Ermittlung impliziert, daß auf verschiedenen Ebenen Partnerschaften mit den Sozialpartnern bestehen und ein Netz zur Sammlung von Informationen vorhanden ist. b) Ja, das bedeutet allerdings, es müssen Systeme für die Anerkennung, den Nachweis und die Zertifizierung von Qualifikationen geschaffen werden, was kostenaufwendig ist. Diese Systeme müssen mit dem in Frage 6 d) erwähnten nationalen Qualifikationsrahmen vereinbar sein. c) Ja zu Initiativen der Sozialpartner im Bereich des Management von Bildungs- und Ausbildungsorganisationen. e) Ja, beispielsweise durch Steueranreize für Unternehmen und Einzelpersonen, die Unterstützung von Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern und die Förderung von Partnerschaften in der Führung von Ausbildungsorganisationen, die von der öffentlichen Hand teilfinanziert werden. g) Ja, allerdings sollte die Urkunde nicht Methoden, Zeitpläne oder Finanzierungsquellen vorschlagen, da diese Sache der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis sind und auf Betriebsebene entschieden werden. h) Nein. j) Ja, aber ohne die Verantwortung des einzelnen für seine berufliche Entwicklung zu vergessen. k) Es sollten die Besonderheiten herausgestellt werden, die die Ausbildung der Arbeitnehmer in Klein- und Mittelbetrieben kennzeichnet.

CIP: h) Die Förderung des Humanressourcen-Managements auf der Ebene des Betriebs sollte keine Erwähnung finden.

CGTP-IN: i) Es sind auch die Behinderten und die Wanderarbeitnehmer zu nennen.

*Rumänien.* a) Ins Auge zu fassen, Bedingungen zu schaffen, die der Anhebung des Qualifikationsniveaus und des Wissensstands förderlich sind. b) Ja, es ist aber wichtig, daß Beurteilung und Ausbildung voneinander getrennt werden. k) Die Ausbildung älterer Arbeitnehmer zu fördern.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis e) Ja.

*Schweden.* b) Ja. Es ist zu betonen, daß die beruflichen Kompetenzen zu einem großen Teil nach Verlassen der Schule und mit dem Einstieg ins Erwerbsleben entwickelt werden. Die beruflichen Fertigkeiten lassen sich zwar zum Teil durch Ausbildung ständig weiterentwickeln, doch am meisten wird am Arbeitsplatz selbst hinzugelernt. Die Beratung, die der einzelne bei der Verrichtung seiner täglichen Arbeit im direkten Kontakt von Arbeitnehmer zu Arbeitnehmer erhält, hat den meisten Wert und ist auch am wirksamsten. f) Hier sollte unterschieden werden zwischen der Entwicklung von Kompetenzen, die im direkten Zusammenhang mit der ausgeübten Tätigkeit stehen, und privaten Ausbildungsinitiativen. Es ist Sache der Unternehmen, dafür zu sorgen, daß die benötigten Kompetenzen vorhanden und entwicklungsfähig sind. Die Weiterqualifizierung des einzelnen über die betrieblich erforderlichen und geforderten Kompetenzen hinaus fällt in den Bereich der beruflichen Ambitionen des einzelnen und hierfür ist jeder selbst verantwortlich. Je mehr der einzelne für seine berufliche Entwicklung verantwortlich gemacht wird, um so mehr bedarf er der Unterstützung bei der Wahl des Bildungs-/Ausbildungswegs und der Laufbahnplanung. g) Ja. Es muß wahrscheinlich damit gerechnet werden, daß der einzelne in der Zukunft einen immer größeren Teil seiner beruflichen Fertigkeiten in der Ausbildung am Arbeitsplatz erwerben wird. Das begründet sich zum Teil dadurch, daß die in der Schule und im Anschluß an die Sekundaraus- bildung vermittelten grundlegenden Fertigkeiten rasch veraltet sein werden und durch neue vom Arbeitsmarkt geforderte Qualifikationen ersetzt werden müssen. i) Hier ist anzumerken, daß Frauen im allgemeinen weniger innerbetriebliche Ausbildung erhalten als Männer; Beschäftigte, die in einem zeitlich befristeten Arbeitsverhältnis stehen, weniger als Festangestellte, und daß die Beschäftigten von KMUs weniger innerbetriebliche Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten haben als die Beschäftigten größerer Unternehmen. Und in Zeiten rückläufiger wirtschaftlicher Entwicklung sind die schlecht Ausgebildeten am stärksten betroffen.

*Schweiz.* a) Nein, keine systematische Ermittlung, auch ist hierfür nicht allein die Regierung zuständig. d) Nein, es sollte den Sozialpartnern überlassen bleiben, Vereinbarungen dieser Art in die Wege zu leiten. i) Siehe den Kommentar zu Frage 5 d).

UPS: a) Nein, das ist nicht Aufgabe der Regierung. b) Ja, die Anerkennung solcher Qualifikationen sollte allerdings sorgfältig auf die Nützlichkeit solcher Qualifikationen auf den Arbeitsmarkt hin evaluiert werden. c) Ja, doch sollte dies dem Staat nicht als Vorwand dienen, in die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, ob es sich nun um

die Ausbildung, den zweiseitigen Dialog oder um Kollektivverhandlungen handelt, einzugreifen. e) Nein, die Ausbildung bereits Berufstätiger ist in erster Linie Aufgabe der Wirtschaft. f) Der Staat hat die Rolle der Unternehmen anzuerkennen. Der Staat sollte weder finanziell noch anderweitig in die Ausbildung am Arbeitsplatz eingreifen. g) und h) Maßnahmen dieser Art seitens des Staates sollten nicht erfolgen, wenn diese Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben, die zu Lasten der Akteure des Arbeitsmarkts gehen. Die Hauptverantwortung in diesem Bereich liegt bei den Akteuren der Wirtschaft. j) Nein.

USS/SGB: k) Die Länder sollten das Übereinkommen (Nr. 140) über den bezahlten Bildungsurlaub, 1974, ratifizieren.

*Seschellen.* k) Ja, die Arbeitserfahrung anzuerkennen.

*Simbabwe.* k) Wo nötig, eine vielseitige Ausbildung und Umschulung für bereits Berufstätige zu fördern, so daß sie im Fall ihrer Freisetzung auf eine selbständige Erwerbstätigkeit vorbereitet sind.

*Slowakei.* KOZ SR: k) Optimale Bedingungen für die Selbstbildung zu schaffen und Arbeitsfreistellung für diesen Zweck vorzusehen.

*Spanien.* a) Eine systematische Ermittlung ist zwar nötig, doch sollten auch vorläufige Ermittlungen vorgenommen und die nachgefragten Qualifikationen anschließend aktualisiert werden. b) Dieser Punkt sollte wie folgt neu formuliert werden: „die Kompetenzen des einzelnen anzuerkennen, und zwar unabhängig davon, ob sie auf dem Weg einer formalen oder einer nicht formalen Ausbildung bzw. am Arbeitsplatz erworben wurden“.

*Sri Lanka.* EFC: g) und h) Ja, allerdings in Abhängigkeit von den Bedürfnissen des einzelnen Unternehmens. j) Ja, auf gesamtstaatlicher, aber nicht auf der Ebene der Betriebe. k) Arbeitgebern mehr Anreize für die Ausbildung ihrer Beschäftigten zu geben.

LJEWU: b) Die Arbeitgeber müssen diese Tatsache als eine *Conditio sine qua non* für die Entwicklung der Institution oder Organisation anerkennen und akzeptieren. i) Zu diesen Fragen sollte die Urkunde ausführliche Leitlinien geben.

*Südafrika.* a) Ja. Hier sollte hinzugefügt werden, von Gemeinwesen für ihre soziale Entwicklung benötigte Qualifikationen. b) Die Anerkennung ist kein Selbstzweck; sie sollte dem einzelnen Wege zur Fortbildung öffnen, bessere Aufstiegsmöglichkeiten geben, eine gerechte Entlohnung gewährleisten und die berufliche Mobilität des einzelnen verbessern. Darüber hinaus kann sie zum Abbau der Diskriminierung am Arbeitsplatz beitragen. c) Ja, sofern zumindest sinngemäß so formuliert wird: „Initiativen der Sozialpartner zur stärkeren Betonung der Rolle der Ausbildung im zweiseitigen Dialog und in Gesamtarbeitsverträgen zu unterstützen“. g) Ja. Hier sollte möglicherweise darauf verwiesen werden, daß „die Qualitätskontrolle der Ausbildung in einer Weise gefördert werden sollte, die zu einer Verbesserung des nationalen Qualifikationsrahmens führt“. h) Ja. Es sollte vielleicht erwähnt werden, daß dies in kleineren Betrieben schrittweise



erfolgen sollte. i) Ja. Diese Gruppen bilden in den Entwicklungsländern die Mehrheit der Arbeitnehmer. Es ist vielleicht nötig, die informelle Wirtschaft, den ländlichen Sektor und die selbständig Erwerbstätigen in einem getrennten Unterabsatz zu nennen. j) Ja, aber für alle Arbeitnehmer. k) Es sollte möglicherweise auch auf die Wechselbeziehung zwischen Produktivität und Kompetenzen fokussiert werden, und die Sozialpartner sollten dazu ermutigt werden, diese Verkettung effizienzsteigernd auszunutzen.

COSATU: a) bis j) Ja, vorbehaltlich der Bemerkungen zu Frage 6 betreffend geeignete Mittel und Wege der Ausbildungsfinanzierung sowie der Kommentare zu Frage 9 die IKT betreffend. Referenzwerte sind ein Weg, die Länder zu Investitionen in die Ausbildung zu ermutigen; die Urkunde sollte diese Frage angehen. a) Hier sollten auch von den Gemeinwesen für ihre soziale Entwicklung benötigte Qualifikationen genannt werden. c) Die Feststellungen, die in den Schlußfolgerungen der allgemeinen Aussprache über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen gemacht werden, was Kollektivverhandlungen und den sozialen Dialog betrifft, sollten in der Urkunde Niederschlag finden.

*Tschechische Republik.* SPD ČR: k) Die Arbeitnehmer zur beruflichen Fortbildung zu motivieren.

*Uganda.* g) und h) In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern/mit dem privaten Sektor. k) Die Ausbildung in neuen Technologien zu fördern, den Sozialpartnern und anderen die Mitbeteiligung an der Durchführung von Ausbildungsaktivitäten zu erleichtern.

*Ukraine.* FPU: k) Unternehmen zur Ausweitung der beruflichen Ausbildung am Arbeitsplatz zu ermutigen.

*Vereinigte Arabische Emirate.* k) Initiativen des einzelnen zur Verbesserung seiner Leistungsfähigkeit zu unterstützen und entsprechende Anreize zu schaffen und dazu, die Produktivität durch Ausbildung am Arbeitsplatz zu fördern.

*Vereinigte Staaten.* AFL-CIO: c) Ja. i) Siehe Antwort auf Frage 5 d).

USCIB: a) Ja, doch handelt es sich hier um eine gewaltiges, kompliziertes Unterfangen, in das die Unternehmen einbezogen werden müssen. b) Ja. c) Ja, wo die Gewerkschaften anerkannt sind und es Gesamtarbeitsverträge gibt. d) Nein. Das würde unweigerlich zu einem starren Ausbildungssystem führen. e) Ja. f) Nein, die Frage ist sinnlos. g) Ja, doch das wird in den meisten Fällen nur dann machbar sein, wenn die Gegebenheiten dem eines entwickelten Landes entsprechen. h) Nein, der Sinn dieser Frage ist unklar. i) und j) Ja. k) Ja, je nach Bedarf.

*Vereinigtes Königreich.* a) Die systematische Planung von Qualifikationen für die gesamte Wirtschaft ist problematisch. Zwar ist richtig, daß sich bestimmte überall benötigte grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten (Lese-, Schreib-, Rechenkenntnisse und Digitalkompetenz) ermitteln lassen und für ihre Aneignung gesorgt werden kann. Ähnliches in bezug auf Fachkenntnisse und -wissen anzustreben, könnte allerdings zu unzweckmäßigen Ausbildungsergebnissen führen. Besser wäre die Ermittlung der zu

einem bestimmten Zeitpunkt auf den verschiedenen Ebenen benötigten Qualifikationen. Ein flexibles Ausbildungsanbieternetz kann dann auf den lokalen, ja sogar auf den regionalen Ausbildungsbedarf reagieren und ein bedarfsgerechtes Ausbildungsangebot sicherstellen. b) Ja, aber nicht auf eine Weise, die einer Bürokratisierung des Vorgangs der Registrierung und Zertifizierung des Gelernten gleichkommt. Am Arbeitsplatz vermittelt der berufliche Werdegang oder der Lebenslauf in vielen Fällen die für eine Anerkennung benötigten Informationen; eventuelle Angaben zur Arbeitserfahrung sollen zeigen, wie bewandert der einzelne in bestimmten Fertigkeiten oder Kompetenzen ist. d) In der Praxis gibt es andere Modelle, die gut funktionieren. e) Ja, im Sinne der Anregung zu Investitionen, wobei jedoch klar zum Ausdruck kommen muß, daß „Hauptverantwortung“ nicht sagen will, andere sind ausgeschlossen. g) Ja, vorausgesetzt, die Ausweitung ist machbar und die Ausbildung ist effizient und wirksam. Hier wäre es zweckmäßig, der Wortverbindung „Ausbildung am Arbeitsplatz“ das Adjektiv „bedarfsgerechten“ voranzustellen, um den Zusammenhang von Bereitstellung und Kosten zu unterstreichen. i) Diese Strategien sollten entwickelt werden, doch der Text dürfte neu zu formulieren sein. Die Strategien für Chancengleichheit sind getrennt von den Strategien anzuführen, die in KMUs, in der informellen Wirtschaft usw. erforderlich sind. Chancengleichheit sollte für jede Art von Erwerbstätigkeit gelten; besondere Maßnahmen müssen auf bestimmte Sektoren und Beschäftigungsarten abzielen. j) Alle Arbeitnehmer benötigen Beratung dieser Art, ganz gleich, ob sie berufstätig sind oder nicht. k) Die Urkunde könnte besondere Hilfestellungen für geringqualifizierte berufstätige Arbeitnehmer fördern, die zum Ziel haben, ihnen grundlegende Fertigkeiten zu vermitteln, die ihre Beschäftigungsfähigkeit sichern und erhalten. Dies könnte an i) anknüpfen.

*Zentralafrikanische Republik.* e) Die Ausbildung ist ebenso wie die Bildung in erster Linie die Verantwortung des Staates. i) Ja, durch solche Strategien ließe sich soziale Ausgrenzung und Diskriminierung verhindern.

*Zypern.* d) Ja, sofern dies im Einklang mit der innerstaatlichen Praxis steht. e) Ja, doch sollte die Wortverbindung „Hauptverantwortung für die“ durch „Schlüsselrolle bei der“ ersetzt werden. k) Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen.

PEO: h) Ausbildungsinvestitionen können nicht die Verantwortung des einzelnen Arbeitnehmers sein.

SEK: k) Die Neuorganisation der Arbeitszeit sollte geprüft werden, damit die Voraussetzungen für die Ausbildung und das Lernen am Arbeitsplatz gegeben sind. Es ist wichtig, den Anteil der für Ausbildungszwecke verfügbaren Arbeitszeit durch Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern festzulegen. Es sollte eine jährliche Mindestarbeitsstundenzahl für Ausbildungszwecke festgesetzt werden. Es sollte das Recht auf Bildungsurlaub eingeführt werden.

In fast allen Stellungnahmen der Mitgliedstaaten wurden alle Unterabsätze der Frage 10 bejaht. Am stärksten befürwortet wurde der Unterabsatz f), in dem gefragt wird, ob die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen sollte, die Rolle der Sozialpartner, der Unternehmen und des einzelnen Arbeitnehmers bei der Förderung von Investitionen in die Ausbildung in Partnerschaft mit dem Staat anzuerkennen. In den eingegangenen Antworten wurden u.a. folgende sonstige

Initiativen genannt: die Ausbildung der Arbeitnehmer in mehreren Betriebsbereichen, um die Produktivität zu verbessern; das Anregen der Arbeitgeber zu Investitionen in die Humanressourcen; Unterstützung für die Ausbildung in KMUs; Schaffung der nötigen Voraussetzungen für das Lernen und die Ausbildung am Arbeitsplatz; Motivierung der Arbeitnehmer zur beruflichen Fortbildung; Förderung der Bildung und Ausbildung für alle Arbeitnehmer, unabhängig davon, ob sie behindert sind oder nicht; Überprüfung der geltenden Gesetzgebung betreffend die Pflicht der Arbeitgeber zur Ausbildung ihrer Beschäftigten; besondere Fokussierung auf Schulaussteiger, ältere Arbeitnehmer, Arbeitslose, Minderheiten und/oder Personen mit geringeren Beschäftigungschancen; Umschulung der Arbeitnehmer in Industriezweigen, in denen Umstrukturierungen anstehen; Förderung der kompetenzorientierten Ausbildung; Anerkennung von Berufserfahrung. Zwar wurden eine Reihe von Initiativen genannt, doch zeichnete sich keine eindeutige Tendenz hinsichtlich der Art von Initiativen ab.

## VII. Rahmen für die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen

**Fr. 11** *Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen, folgendes in Betracht zu ziehen:*

- a) *die Anerkennung und Zertifizierung der Qualifikationen, einschließlich des Grundsatzes, daß die Qualifikationen einer Person anerkannt und zertifiziert werden sollten, unabhängig davon, wo diese Qualifikationen erworben wurden?*
- b) *den rechtlichen und institutionellen Rahmen, die Rolle der Sozialpartner, die Teilung der Verantwortlichkeiten und die Finanzierung der Anerkennung und Zertifizierung der Qualifikationen?*
- c) *die Anerkennung des früher Gelernten?*
- d) *sonstige Fragen? (bitte angeben).*

*Gesamtzahl der Antworten: 95.*

*a) Gesamtzahl der Antworten: 93. Bejahend: 77. Verneinend: 3. Sonstige: 13.*

*b) Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 82. Verneinend: 0. Sonstige: 8.*

c) *Gesamtzahl der Antworten: 83. Bejahend: 75. Verneinend: 1. Sonstige: 7.*

d) *Gesamtzahl der Antworten: 30.*

*Bejahend:* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain (b)), Barbados (b) und c)), Benin (a) bis c)), Bolivien (a)), Botsuana (b) und c)), Brasilien, Burundi, Chile, China (a) bis c)), Costa Rica, Dänemark, Deutschland (a)), Ecuador (a) bis c)), El Salvador, Estland (a) und b)), Finnland, Frankreich, Gabun (b) und c)), Ghana (a) bis c)), Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien (a)), Indonesien, Irak (a) bis c)), Irland (a) bis c)), Israel (b)), Jemen (a) und b)), Jugoslawien (a) bis c)), Kanada (b) und c)), Kasachstan (b)), Katar (a) bis c)), Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Litauen, Malaysia, Malta, Mauritius (a) bis c)), Mexiko a) und (c)), Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman (a) bis c)), Pakistan (b) und c)), Panama (a) bis c)), Papua-Neuguinea (a) bis c)), Peru, Philippinen, Polen, Rumänien (a) und b)), San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur (a) und b)), Slowakei, Spanien, Sri Lanka (a) bis c)), Surinam, Arabische Republik Syrien (a) bis c)), Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei (a) und b)), Uganda (a) bis c)), Ukraine (a) bis c)), Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate (a) bis c)), Vereinigtes Königreich (b) und c)), Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend:* Barbados (a)), Benin (d)), Deutschland (d)), Estland (c)), Gabun (a)), Ghana (d)), Jugoslawien (d)), Israel (a), Uganda (d)).

*Sonstige:* Bahrain (a) und c)), Barbados (d)), Belgien (a)), Botsuana (a)), Bulgarien (d)), China (d)), Ecuador (d)), Irak (d)), Irland (d)), Israel (d)), Italien, Japan (a), b) und d)), Kanada (a)), Katar (d)), Libanon, Luxemburg, Mauritius (d)), Mexiko (b) und d)), Republik Moldau, Oman (d)), Pakistan (a)), Panama (d)), Papua-Neuguinea (d)), Portugal, Rumänien (d)), Sri Lanka (d)), Südafrika, Arabische Republik Syrien (d)), Ukraine (d)), Vereinigte Arabische Emirate (d)), Vereinigtes Königreich (a)).

*Australien.* c) Die Anerkennung des früher Gelernten ist ein wichtiger Punkt. Die systematische und umfassende Anerkennung von früher Gelerntem ermöglicht Regierungen und einzelnen erhebliche Einsparungen.

*Bahrain.* a) und c) Dies erscheint unrealistisch, da viele Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen bei ihrer Zertifizierung keine internationalen Normen und Kriterien erfüllen.

*Barbados.* d) Was die Anerkennung des früher Gelernten anbelangt, so sollte der einzelne dafür verantwortlich sein, sich vor Aufnahme des Unterrichts zu vergewissern, daß die Ausbildungsstätte zugelassen ist.

BEC: a) Gesamtarbeitsverträge und/oder steuerliche Anreize können zur Förderung dieses Zertifizierungssystems beitragen.

*Belgien.* a) Die Qualifikationen der Bürger sollte ausnahmslos anerkannt und zertifiziert werden. Die Urkunde sollte das Recht zum Zugang, zur Beurteilung, zur Anerkennung und Zertifizierung der Qualifikationen aller Arbeitnehmer, unabhängig davon, ob sie beschäftigt sind oder nicht bzw. ob die Qualifikationen auf formalem oder informellem Weg erworben wurden, fördern.

Wallonische Regierung: d) Das Zertifizierungssystem sollte ganz in Händen staatlicher Stellen liegen.

*Botsuana.* a) Die Formulierung „unabhängig davon, wo diese Qualifikationen erworben wurden“ ist zu streichen.

*Bulgarien.* d) Es ist „Bestätigung der Qualifikationen“ hinzuzufügen.

*China.* d) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, die Entwicklung des Ausbildungsmarkts zu prüfen.

*Dänemark.* a), b) und c) sollten zusammengefaßt werden.

FTF: a) bis d) Den Regierungen kommt bei der Festlegung eines ordnungspolitischen Rahmens, der Ziele und Finanzierungsformen fixiert, eine Hauptrolle zu. Die Sozialpartner spielen eine wichtige Rolle beim Ausfüllen und der Realisierung dieses Rahmens – eine Rolle, die durch Gesamtarbeitsverträge bestätigt wird. Die Urkunde sollte sich mit den besonderen Herausforderungen befassen, die Folge der neuen Arbeitsorganisation sind und zu neuen Qualifikationsanforderungen, beispielsweise IKT-Kenntnisse, führen.

*Deutschland.* BDA: a) und c) Nein, es sollte keine automatische Anerkennung und Zertifizierung erfolgen; dies ist Sache der Mitgliedstaaten. Nach Ansicht des BDA kommt es darauf an, daß Qualifikationen inhaltlich vergleichbar sind.

*Ecuador.* d) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, die Qualifikationen von Wanderarbeitnehmern zu zertifizieren, damit diese die durch die Zertifizierung erworbenen Rechte in Anspruch nehmen können.

CAPEIPI: b) Nein.

*Finnland.* c) Ja, obgleich diese Frage genauer auf das Thema eingehen sollte.

*Frankreich.* b) Die Regierungen sollten uneingeschränkt Rechtsgarantien für die Anerkennung und Zertifizierung der Arbeitnehmerqualifikationen geben, da diesen eine entscheidende Bedeutung beim Zugang der Arbeitnehmer zur Beschäftigung, der Sicherung ihres Arbeitsplatzes und der Rückkehr zur Beschäftigung zukommt. Die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen können Arbeitnehmer motivieren, sich im Verlauf des Arbeitslebens weiterzuqualifizieren.

MEDEF: b) Anerkennung und Zertifizierung von Arbeitserfahrungen sind eine gemeinsame Aufgabe des Unternehmens und des Arbeitnehmers. Es ist Sache des Unternehmens, die Entwicklung der Qualifikationen ins Auge zu fassen, die einen Wettbewerbsvorteil garantieren. Es ist Sache der Sozialpartner, die erforderlichen Qualifikationen auf Branchen zu definieren, ihre Entwicklung vorherzusehen, die Mechanismen für Zertifizierung und Zugang festzulegen und Absprachen über Wege zur Entwicklung dieser Mechanismen zu treffen.

*Ghana.* GEA: d) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, die Konzeption eines Ausbildungsrahmens zu prüfen, um die Ausbildung und die entsprechenden Regeln zu vereinfachen und flexibler zu gestalten, was die Übertragung von Kurszertifikaten und den Wechsel zwischen Kursen, Programmen und Institutionen erleichtern würde.

*Indien.* EAR: a) bis c) Ja. d) Diesen Branchen sollten Listen von Personen zur Verfügung gestellt werden, die zertifizierte, für die Branche relevante Qualifikationen aufweisen.

EFI: a) bis c) Ja.

IMC: b) Nur den rechtlichen und institutionellen Rahmen. a) und c) Nein.

*Irak.* d) Zur Bestimmung der Qualifikationen sollte ein integriertes Prüfungssystem entwickelt werden.

*Irland.* d) In vielen Ländern sind die Bildungseinrichtungen nicht optimal an das lebenslange Lernen angepaßt. Es dominiert noch immer das Modell des Vollzeitunterrichts während der „Bürostunden“. Die Entwicklung flexiblerer Bildungssysteme in bezug auf die Öffnungszeiten, modulare Kurse und offenes Lernen und Fernunterrichtssysteme muß in Erwägung gezogen werden.

*Israel.* d) Zulassung.

*Italien.* Anerkennung der wichtigen Rolle der Sozialpartner bei der Lösung des Problems der Zertifizierung und Anerkennung von Qualifikationen, die am Arbeitsplatz erworben werden (nichtformales Lernen).

*Japan.* a) Erforderlich ist eine Klärung des Konzepts der Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen. b) In bezug auf a) sollte die Rolle der Sozialpartner geklärt werden. d) Es ist festzuhalten, daß die Regierungen für die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen verantwortlich sind.

JTUC-RENGO: a) bis d) Ja.

*Kanada.* a) Es handelt sich hier um ein komplexes Thema, zu dem die IAO durch die Verbreitung von Informationen über beste Praktiken einen wichtigen Beitrag leisten kann.

*Katar.* d) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, ein System für die Anerkennung von Qualifikationen aufzubauen.

*Kroatien.* HUP: a) bis c) Ja. d) Leistungen wie die Bewertung des früher Gelernten sind vom Markt zu erbringende Dienste, die privatwirtschaftlich zu finanzieren sind. Die Frage der Kostenteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß durch Gespräche auf Unternehmensebene geklärt werden.

SSSH: a) bis c) Ja. c) Auf informellem Wege erworbene Kenntnisse und Qualifikationen sollten anerkannt und zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit eines Arbeitnehmers in dessen Unterlagen über den beruflichen Werdegang aufgenommen werden.

*Libanon.* a) bis d) Die Formulierung „die Regierung dazu ermutigen“ wirft die Frage auf, wie eine derartige Ermutigung auszusehen hat. a) Die Anerkennung beinhaltet eine Bewertung nach bestimmten Kriterien. Es sollte in Erwägung gezogen werden, ob in anderen Ländern erworbene Qualifikationen anerkannt werden. b) Es sollte bestimmte, von der zuständigen Stelle festgelegte Kriterien für die Anerkennung von Qualifikationen geben. Die zuständige Stelle gibt auch den Rahmen für die Anerkennung vor. Was ist unter „Finanzierung der Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen“ zu verstehen? Die Zertifizierung von Qualifikationen sollte von jedem Staat unter Berücksichtigung des nationalen rechtlichen und institutionellen Rahmens festgelegt werden. d) Die Anerkennung von Qualifikationen sollte mit einem Überprüfungsverfahren verbunden werden.

CCCIA: a) Nein.

*Luxemburg.* a) Die Einführung eines „Ausbildungsbuchs“, in das sämtliche Ausbildungsmaßnahmen zur besseren Beurteilung von Qualifikationen eingetragen werden, dürfte für Unternehmen, Arbeitsvermittlungsstellen und Arbeitsuchende von Nutzen sein. b) Eine „Ausbildungscharta“, in der die Rechte und Pflichten der Arbeitsuchenden niedergelegt sind, die eine staatlich finanzierte Ausbildung absolvieren wollen, könnte von Nutzen sein.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mauritius.* d) Es sind regionale Datenbanken über das Angebot an Qualifikationen und Ausbildungsmaßnahmen aufzubauen.

*Mexiko.* a) Eine moderne HRDT-Politik muß eine Anerkennung von Qualifikationen, und zwar unabhängig davon, ob diese in einem institutionellen Bildungssystem, in einer privaten Einrichtung oder bei der Arbeit erworben wurden, beinhalten. b) Die Kofinanzierung durch den Staat und die Arbeitgeber ist Voraussetzung für den Aufbau eines nationalen Systems für die Zertifizierung beruflicher Qualifikationen. d) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, die Voraussetzungen für eine nationale Ausbildungspolitik zu schaffen, deren Grundlage die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen und Kenntnissen ist, die bei der Arbeit und im täglichen Leben erworben werden.

*Republik Moldau.* a) bis c) Kompetenznormen sollten die Erfordernisse der Industrie und der Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen erfüllen.

*Neuseeland.* b) Ja, hier sollte jedoch auch der Übergang vom Schulsystem zum Arbeitsmarkt bzw. von der Erwerbslosigkeit zum Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

*Niederlande.* VNO-NCW: a) bis c) Es kann von den Regierungen erwartet werden, daß sie in die Entwicklung von Bewertungsmethoden investieren und die Sozialpartner und Bildungsinstitutionen zur Nutzung dieser Methoden befähigen. Auch die Qualitätskontrolle der für die Bewertung und Anerkennung zuständigen Institutionen kann Aufgabe der Regierung sein, möglicherweise in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern. Andererseits könnte diese Frage so ausgelegt werden, als habe der einzelne das Recht, jederzeit und zu jedem Zweck bewertet zu werden. Es sollte deutlich erklärt werden, daß Dienste, wie die Bewertung des früher Gelehrten, Marktdienste sind, die grundsätzlich privatwirtschaftlich zu finanzieren sind. Die Frage der Kostenteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gespräche auf Unternehmensebene zu regeln. Sektorspezifische Vereinbarungen oder steuerliche Anreize können die Bewertungs- und Anerkennungstätigkeiten unterstützen. b) Hier sollten klarer die jeweiligen Aufgaben der Regierungen und Sozialpartner festgelegt werden.

Unie mhp: d) Die Regierungen sollten in anderen Ländern erworbene Bildungsabschlüsse anerkennen.

*Nigeria.* a) Ja, sofern die Qualifikationen nationalen Normen entsprechen.

*Oman.* c) Ja, entsprechend dem nationalen Zertifizierungsrahmen. d) Die Rolle der IAO bei der Unterstützung der Länder beim Aufbau eines Rahmens für die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen.

*Pakistan.* a) Der Satzteil „unabhängig davon, wo diese Qualifikationen erworben wurden“ sollte dadurch näher bestimmt werden, daß auf die Notwendigkeit eines rechtlichen Rahmens für die Zertifizierung hingewiesen wird, der eine formelle Anerkennung der Qualifikationen erlaubt, so wie es in Abschnitt 9 a) vorgesehen ist.

EFP: a) Ja. c) Ja, einschließlich der nichtformalen Ausbildung.

*Panama.* d) Die Entwicklung eines nationalen Rahmens für die Evaluierung und Zertifizierung von Qualifikationen, die übertragbar sind und in verschiedenen Sektoren, Branchen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen – ob staatlich oder privat – anerkannt werden. Die Entwicklung horizontaler Managementstrukturen, so daß einige Managementaufgaben auf die Arbeitnehmer übertragen werden können, was zur Anerkennung neuer Qualifikationen und besseren Entgeltsystemen führt.

*Papua-Neuguinea.* d) Hinzugefügt werden sollte die Prüfung und Zertifizierung von Qualifikationen der Manager auf verschiedenen Managementebenen.

*Portugal.* b) Das lebenslange Lernen sollte aus unterschiedlichen Quellen finanziert werden, insbesondere vom Staat, von Familien, von Unternehmen und von der



Zivilgesellschaft. Die Dualität des Rechts und der Pflicht zum Lernen sollte auch berücksichtigt werden. Der Staat trägt die Hauptverantwortung für die obligatorische Bildung; der einzelne und andere Partner müssen jedoch auch für das lebenslange Lernen verantwortlich sein.

CCP: a) Ja, vorbehaltlich der in der Antwort auf Frage 10 b) genannten Schwierigkeiten. b) Ja, vorbehaltlich der Schwierigkeiten, was die Kosten für Durchführung und Betrieb des Systems anbelangt. Jedes System muß die Anerkennung und Validation aller Qualifikationen gewährleisten, die auf formalem, informellem und nichtformalem Weg erworben wurden.

CIP: b) Auf die Sozialpartner sollte nicht hingewiesen werden, da es sich hier um Fragen handelt, die nur unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Verhältnisse geregelt werden können.

*Rumänien.* d) Die Qualifikationen sollten nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene anerkannt werden, insbesondere Qualifikationen, die auf informellem und nichtformalem Weg erworben wurden.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis c) Ja.

*Schweden.* a) Ja. Eine aufgeschlossenerere Einstellung zu früher Gelerntem und zu Kombinationen verschiedener Lern- und Bildungsformen im Kontext sowohl des Rechts auf Qualifizierung als auch der Anerkennung von Qualifikationen hat eine erhebliche Auswirkung auf die Förderung des lebenslangen Lernens. Es ist wichtig, daß alle Kenntnisse und Erfahrungen anerkannt und genutzt werden, unabhängig davon, ob sie auf einer formalen Bildung/Ausbildung oder auf dem am Arbeitsplatz Gelernten beruhen. Somit dürfte viel dafür sprechen, im Bereich der höheren Bildung eine Art von „Praxisverknüpfung“ zu entwickeln. b) Ja. Methoden zur Bewertung des durch Erfahrung Gelernten sind für die Entwicklung des lebenslangen Lernens von entscheidender Bedeutung. Es ist wichtig, die Entwicklung von Validierungssystemen, vor allem im Bereich der beruflichen Entwicklung, zu beschleunigen. Hier kommt den Sozialpartnern eine wichtige Rolle zu.

*Schweiz.* a) Ja, z.B. das System für die Anerkennung von Qualifikationen in der Europäischen Union. Es ist jedoch wichtig, daß für die internationale Anerkennung von Qualifikationen Mindestnormen festgelegt werden. b) Die Mitwirkung aller Akteure ist wichtig, nicht nur die der Sozialpartner.

UPS: a) Dies ist nicht allein Aufgabe des Staates. b) Dies ist eine Möglichkeit, es kann aber auch vom privaten Sektor übernommen werden. c) Die Regierung kann diesen Prozeß fördern, die Finanzierung sollte jedoch privatwirtschaftlich erfolgen.

*Slowakei.* KOZ SR: d) Die Zertifizierung von Qualifikationen ist international anzuerkennen.

*Spanien.* a) Ja, sofern es sich um gut ausgearbeitete und klar definierte Konzepte handelt. Die Anerkennung dürfte wie die Zertifizierung von Qualifikationen davon abhängen, ob sie in der nationalen Auflistung beruflicher Qualifikationen aufgeführt

sind. Der Satzteil „unabhängig davon, wo diese Qualifikationen erworben wurden“ ist unklar. Bezieht er sich auf die in einem bestimmten Land erworbenen Qualifikationen, so dürfte die Anerkennung und Zertifizierung von in anderen Ländern erworbenen Qualifikationen davon abhängen, ob entsprechende Vereinbarungen zwischen den einzelnen Ländern oder auf regionaler oder subregionaler Ebene getroffen wurden. Was die am Arbeitsplatz erworbenen Qualifikationen anbelangt, so ist entscheidend, ob ein Arbeitnehmer nachweisen kann, daß er über ein bestimmtes Kompetenzniveau für eine Qualifikation verfügt, die in der nationalen Auflistung beruflicher Qualifikationen des betreffenden Landes aufgeführt ist. b) Es sollte deutlich sein, wer von den Sozialakteuren die gesamten oder einen Teil der Kosten für dieses Verfahren trägt.

*Sri Lanka.* d) Die Verknüpfung verschiedener Ausbildungsmethoden und -programme sollte gefördert werden.

*Südafrika.* Siehe Kommentare zu den Fragen 6 d) und 10 b). Es handelt sich nicht um Ziele an sich, sondern um Mittel zum Erreichen anderer Ziele, und dies sollte ausdrücklich hervorgehoben werden.

*COSATU:* In den auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Schlußfolgerungen wird erklärt, daß „jeder Arbeitnehmer ein Recht darauf hat, daß die bei der Arbeit, im gesellschaftlichen Leben oder durch eine formelle Ausbildung erworbenen Erfahrungen und Qualifikationen beurteilt, anerkannt und durch ein Zeugnis bescheinigt werden“. Dies sollte deutlich in der neuen Urkunde zum Ausdruck gebracht werden.

*Arabische Republik Syrien.* d) Qualifizierten Arbeitnehmern sollte in einigen Bereichen Priorität eingeräumt werden.

*Tschechische Republik. SPD ČR:* d) Es sollte die gegenseitige Anerkennung der Qualifikationen, in erster Linie auf Grundlage beruflicher Normen, gewährleistet sein.

*Ukraine.* d) Die Anerkennung der durch ein eigenes Studium oder in vom Staat nicht anerkannten Institutionen erhaltenen Ausbildung.

*Vereinigte Arabische Emirate.* d) Die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, Arbeitnehmerinitiativen zu fördern.

*Vereinigte Staaten. USCIB:* a) Nein, jedoch sollten Regierungen dazu ermutigt werden, eine Strategie zur umfassenderen Anerkennung der anderswo erworbenen Qualifikationen zu entwickeln. b) Nein. c) Ja, je nachdem, wann, wo und wie sie erworben wurden und ob sie für die bestehenden Umstände zweckmäßig sind.

*Vereinigtes Königreich.* a) Dies steht im Zusammenhang mit Frage 10 a). Es besteht die Möglichkeit, einen Rahmen für die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen zu schaffen; um glaubwürdig zu sein, muß dieser Rahmen jedoch leicht verständlich sein und auf große Akzeptanz stoßen. Mit Sicherheit werden neue Qualifikationen auf unterschiedliche Weise erworben, so daß deren Zertifizierung und Über-

prüfung nicht einfach ist. Das Verhältnis zwischen der notwendigen Anerkennung von Qualifikationen und dem Aufwand, der zu deren Registrierung und Anerkennung erforderlich ist, muß angemessen sein. b) Ja, jedoch sollten die Rollen anderer auch in Betracht gezogen werden. c) Ja, vorbehaltlich der Kommentare zu a).

*Zypern.* a) Ja, innerhalb des nationalen Rahmens für die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen.

PEO: b) Die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen sollte im Rahmen eines dreigliedrigen Prozesses geplant, aber vom Staat durchgeführt und finanziert werden.

Die meisten Mitgliedstaaten haben alle Unterabsätze dieser Frage bejaht. In einigen Antworten wurde erklärt, die Frage der Zertifizierung von Qualifikationen sollte von den einzelnen Staaten je nach rechtlichem und institutionellem Rahmen entschieden werden. Andere verwiesen auf die Rolle der Sozialpartner bei der Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen, die Einrichtung regionaler Datenbanken über das Qualifikations- und Ausbildungsangebot, die Anerkennung von in anderen Ländern erworbenen Qualifikationen und die Förderung der Verknüpfung verschiedener Ausbildungsmethoden und -programme. Zwar wurden eine Reihe von Fragen angesprochen, dabei zeigte sich aber keine klare Tendenz.

### VIII. Ausbildung für menschenwürdige Arbeit und soziale Integration

**Fr. 12** *Sollte die Urkunde folgendes anerkennen:*

- a) *die Hauptrolle der Regierungen bei der Ausbildung von Personen mit besonderen Bedürfnissen, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln und zu verbessern?*
- b) *die Rolle der Sozialpartner bei der Wiedereingliederung dieser Personen in die Erwerbsbevölkerung?*
- c) *die Einbeziehung der Sozialpartner, der Kommunalbehörden, der örtlichen Gemeinschaften und Verbände bei der Durchführung von Programmen für diese Personen?*

*Gesamtzahl der Antworten: 93.*

*a) Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 3.*

*b) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 85. Verneinend: 0. Sonstige: 4.*

c) *Gesamtzahl der Antworten: 90. Bejahend: 86. Verneinend: 0. Sonstige: 4.*

*Bejahend:* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien (b) und c)), Bahrain, Barbados, Belgien (b) und c)), Benin, Bolivien (a)), Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland (a)), Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien (c)), Indonesien, Irak, Irland, Israel (b) und c)), Italien, Japan, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan (a)), Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Malta (a) und b)), Mauritius, Mexiko (a) und c)), Republik Moldau (a)), Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Portugal (a)), Rumänien (b) und c)), San Marino, Schweden (b) und c)), Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik (a) und c)), Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich (a) und b)), Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend: 0.*

*Sonstige:* Australien (a)), Finnland (b) und c)), Mexiko (b)), Republik Moldau (b) und c)), Portugal (b) und c)), Rumänien (a)), Schweden (a)), Vereinigtes Königreich (c)).

*Australien.* a) In diesem Stadium möchte sich Australien zu dieser Frage noch nicht äußern. Unter der Gruppe der „Personen mit besonderen Bedürfnissen“ sind Frauen, ländliche Arbeitnehmer, Behinderte, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Wanderarbeitnehmer und Geringqualifizierte zu verstehen. Das reguläre Bildungs- und Ausbildungssystem sollte die Erfüllung der Bedürfnisse dieser Gruppen zum Ziel haben. Bei einer eventuell erforderlichen Berücksichtigung weiterer Gruppen sollte die Rolle der Regierung nicht zu präzise vorgeschrieben werden.

ACTU: a) Ja.

*Barbados.* BEC: b) Die Sozialpartner sollten eine solche Rolle freiwillig übernehmen.

*Dänemark.* b) Was die benachteiligte Gruppen anbelangt, so sollten auch Unternehmen einbezogen werden.

*Deutschland.* BDA: b) Ja, allerdings gilt es auch hier, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, um Personen mit besonderen Bedürfnissen in den regulären Arbeitsmarkt integrieren zu können. Wünschenswert nach Ansicht des BDA sind spezielle Ausbildungsberufe und -gänge für praxisbegabte Jugendliche.

*Frankreich.* a) Der Staat sollte die Ausbildung dieser Menschen finanzieren, damit sie ein gewisses Maß an Beschäftigungsfähigkeit erzielen und aufrechterhalten können. Auch die Sozialpartner sollten aufgefordert werden, zur Finanzierung dieser Ausbildung beizutragen, da diese Menschen im Rahmen des Möglichen in der Lage sein sollten, einen Arbeitsplatz zu finden. Derartige Programme könnten von privaten, beispielsweise gemeinnützigen Organisationen sowie Organisationen, die in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern verwaltet werden, durchgeführt werden.

*Indien.* EAR, EFI und IMC: a) bis c) Ja.

*Irak.* a) bis c) Ja, sofern in Frage 13 der Ausdruck „soziale Ausgrenzung“ geklärt wird.

*Irland.* Im Mittelpunkt von Maßnahmen, die sich mit den Ausbildungs- und Arbeitsmarktbedürfnissen behinderter Personen befassen, sollte die Verbindung von Diensten für Behinderte mit allgemeinen Diensten, z.B. Arbeitsvermittlungsdiensten, stehen.

*Japan.* b) Eine kurze Erklärung der Formulierung „Wiedereingliederung dieser Personen in die Erwerbsbevölkerung“ ist erforderlich.

JTUC-RENGO: a) bis c) Die Definition der Beschäftigungsfähigkeit sollte so umfassend sein, daß sie auch die Bereitstellung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten erfaßt, damit Arbeitnehmer sich auf verschiedene Beschäftigungsmöglichkeiten während des Arbeitslebens vorbereiten können.

*Kroatien.* HUP: c) Die Sozialpartner sowie lokale Behörden, lokale Gemeinschaften und Verbände sollten zur Mitwirkung ermutigt werden.

*Libanon.* CCCIA: a) Am Satzende sollte die Formulierung „und aktive Unternehmen dazu zu ermutigen, diese Personen einzustellen“ hinzugefügt werden.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mexiko.* b) Die Rolle von gesellschaftlichen Vereinigungen und nichtstaatlicher Organisationen ist von entscheidender Bedeutung.

*Republik Moldau.* Die Regierungen sollten auch Maßnahmen treffen, um diesen Menschen eine effiziente Berufsberatung zu bieten.

*Niederlande.* Unie mhp: b) Ja, die Sozialpartner sollten jedoch nicht die Hauptverantwortung tragen.

*Österreich.* a) Die Ausbildung von Personen mit besonderen Bedürfnissen sollte nicht nur deren Beschäftigungsfähigkeit entwickeln und verbessern, sondern auch zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung beitragen. b) Die Sozialpartner sollten nicht nur eine

Rolle bei der Wiedereingliederung dieser Personen in die Erwerbsbevölkerung spielen, sondern auch bei der Erstausbildung und Erstintegration.

*Oman.* c) Ja, jedoch im Rahmen nationaler HRD-Politiken.

*Pakistan.* a) Die Frage sollte wie folgt umformuliert werden: „... Regierungen bei der erleichterten Ausbildung von Personen ...“.

EFP: a) Ja. b) Nein, dies wäre eine zusätzliche Belastung, die die Liquidität vieler Unternehmen gefährden würde.

*Portugal.* b) und c) Bei Maßnahmen zur Erleichterung der sozialen und beruflichen Integration derartiger Personen muß unterschiedlichen Verhältnissen und Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Die Maßnahmen sollten auf die berufliche und persönliche Entwicklung (Information, Bewertung, Berufsberatung und Entwicklung zwischenmenschlicher und fachlicher Kompetenzen) und die Integration in den Arbeitsmarkt (Unterstützung einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder Einstellung durch bestehende Unternehmen) abzielen. Ferner sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, die sich an Arbeitgeber und die allgemeine Öffentlichkeit richten, beispielsweise Informationen und Lobbytätigkeiten für Gruppen mit besonderen Bedürfnissen.

CCP: b) Ja, die Sozialpartner haben eine Rolle zu spielen, sofern eine enge Verbindung mit den staatlichen Arbeitsvermittlungsdiensten vorhanden ist. c) Die Mitwirkung der Sozialpartner sollte freiwillig erfolgen.

CIP: a) In der Urkunde sollte nicht die Hauptrolle der Regierungen hervorgehoben werden, da diese Formulierung implizit bedeuten könnte, daß auch Firmen in diesem Bereich Verantwortung tragen. b) Die Urkunde sollte nicht die Rolle der Sozialpartner bei der Integration von Personen mit besonderen Bedürfnissen anerkennen, denn einigen gelingt es, ohne Unterstützung vom Arbeitsmarkt aufgenommen zu werden, während andere besondere Voraussetzungen für die Eingliederung in eine Erwerbstätigkeit benötigen, für die die Regierungen verantwortlich sein sollten.

CGTP-IN: a) bis c) Die Rolle der Unternehmen bei der Wiedereingliederung von Personen mit besonderen Bedürfnissen sollte hervorgehoben werden, da Arbeitsplätze von Unternehmen geschaffen werden.

*Rumänien.* a) Regierungen sollten Maßnahmen zum Abbau von Marginalisierung, Ausgrenzung und Verarmung der Langzeitarbeitslosen und Personen mit besonderen Bedürfnissen fördern.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis c) Ja.

*Schweden.* a) Um eine bessere Einbeziehung bestimmter Gruppen zu erreichen, muß ein pädagogisch optimales Vorgehen auf Grundlage unterschiedlicher Fähigkeiten, technischer Fertigkeiten usw. gefunden werden.

*Schweiz.* b) Ja, aber die Sozialpartner sind nicht ausschließlich für diesen Bereich zuständig.

UPS: b) Ja, in bezug auf die Ausbildung.

USS/SGB: a) bis c) Besonderes Schwergewicht sollte auf Maßnahmen für Jugendliche, Frauen und Wanderarbeitnehmer gelegt werden.

*Südafrika.* a) bis c) Ja. Siehe die Bemerkung über Nutzer in der Antwort auf Frage 2.

COSATU: a) Die Urkunde sollte Regierungen eine konkrete Orientierungshilfe bezüglich der Ausbildung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen geben. b) und c) Ja, in der Urkunde sollte die Ausbildung für die soziale Entwicklung (grundlegende Sozialdienste, Infrastruktur, Arbeitnehmerrechte, Bodenrechte, Verbraucher- und Umweltschutz, Zugang zu Krediten usw.) als entscheidendes HRD-Ziel festgesetzt werden.

*Tschechische Republik.* SPD ČR: Es sollten die Voraussetzungen für die Ausbildung aller, auch von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, geschaffen werden.

*Ungarn.* a) bis c) Ja, da die Bestimmung die positive Diskriminierung von Gruppen mit besonderen Bedürfnissen anstrebt.

*Vereinigte Staaten.* AFL-CIO: a) Die Humanressourcenentwicklung muß Personen mit besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen und einen gleichberechtigten Zugang zu Lernmöglichkeiten gewährleisten. b) Ja.

USCIB: a) Ja, dies muß jedoch im Zusammenhang mit den vorhandenen Arbeitsplätzen gesehen werden. b) und c) Ja.

*Vereinigtes Königreich.* b) und c) Aus Gründen der Einheitlichkeit sollten in diesen Unterabsätzen die Rolle der Sozialpartner und der in Frage kommenden Partner der Zivilgesellschaft bei der Integration von Personen mit besonderen Bedürfnissen und der Durchführung von Programmen für solche Menschen anerkannt werden.

In der großen Mehrheit der Antworten wurden alle Aspekte dieser Frage bejaht. Aus den Kommentaren ging hervor, daß Regierungen die Hauptverantwortung für die Ausbildung von Personen mit besonderen Bedürfnissen tragen sollten, während die Sozialpartner sich ergänzend um die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt bemühen müßten. Im Hinblick auf Arbeitgeber und die allgemeine Öffentlichkeit wurden Informations- und Lobbymaßnahmen für Personen mit besonderen Bedürfnissen gefordert.

**Fr. 13** *Sollte die Urkunde einen verbesserten Zugang zum lebenslangen Lernen und zur Ausbildung für alle fördern, um soziale Ausgrenzung zu verhindern und zu bekämpfen und um Personen mit besonderen Bedürfnissen dabei zu helfen, eine menschenwürdige Arbeit zu erlangen?*

*Gesamtzahl der Antworten: 89.*

*Bejahend: 84.* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Malta, Mauritius, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Surinam, Arabische Republik Syrien, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend: 0.*

*Sonstige: 5.* Costa Rica, Dänemark, Italien, Mexiko, Südafrika.

*Costa Rica.* Die Urkunde sollte das Recht auf Bildung fördern, da Bildung eine Quelle des wirtschaftlichen und sozialen Wohlbefindens ist.

*Dänemark.* Siehe die Antworten auf Frage 4, 5, und 6.

*Irland.* Siehe die Antwort auf Frage 12.

*Italien.* Erforderlich ist eine deutliche Umgestaltung der vorhandenen nationalen Bildungs- und Ausbildungssysteme, um eine Flexibilität zu erreichen, die jedermann Zugang zu Lernmöglichkeiten während des ganzen Lebens bietet.

*Japan.* JTUC-RENGO: Ja. Andere Faktoren, beispielsweise die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen während der Ausbildung, sollten nicht übersehen werden.

*Kroatien.* SSSH: Ja. Die Urkunde sollte den Zugang zum lebenslangen Lernen als universelles Recht definieren.

*Libanon.* Dies bedeutet, daß den Langzeitarbeitslosen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mexiko.* Wie in Frage 5 sollte der Ausdruck „menschenwürdige Arbeit“ nicht verwendet werden, da es sich nicht um ein juristisches Konzept handelt, was zu Mißverständnissen führen dürfte.



*Niederlande.* Ja, insbesondere in bezug auf IKT.

*Russische Föderation.* FNPR: Ja.

*Südafrika.* Da ein großer Teil der Bevölkerung in Entwicklungsländern zu dieser Kategorie gehört, empfiehlt die Regierung, einen besonderen Abschnitt über die Ausbildung für die soziale Entwicklung ausdrücklich als ergänzende Komponente jeder HRD-Strategie hinzuzufügen. Auf internationaler Ebene wird zunehmend die Frage diskutiert, wie Arme in den Besitz von Produktivvermögen gelangen können, so daß sie nicht nur ihr derzeitiges, sondern auch ihr künftiges Einkommen verbessern können. HRD ist eine besonders wichtige Form des „Produktivkapitals“, was hervorzuheben ist. Die Weltbank hat in diesem Bereich bereits relativ umfangreiche Arbeiten durchgeführt.

COSATU: Die Rolle der Ausbildung bei der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und der Förderung menschenwürdiger Arbeit ist außerordentlich wichtig und sollte in der Urkunde hervorgehoben werden. Ausbildung allein wird jedoch nicht zwangsläufig zu sozialer Integration führen. Beispielsweise kommt der Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen eine entscheidende Bedeutung zu, denn so werden die Eltern in die Lage versetzt, eine Ausbildung zu absolvieren. In den auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Schlußfolgerungen wird erklärt, es „sollten aktive Vorkehrungen gegen eine mögliche versteckte Diskriminierung getroffen werden. So sind beispielsweise im Dienstleistungssektor, Kommunikations- und Problemlösungsfähigkeiten von größerer Bedeutung, obwohl diese Fähigkeit oft nicht ausdrücklich anerkannt werden.“ Die Urkunde sollte sich in effektiver Weise mit dieser Frage befassen.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: Ja.

*Vereinigtes Königreich.* Ja; dieser Text sollte jedoch unter III. *Zweck, Geltungsbereich und Begriffsbestimmung* eingefügt werden und mit den Worten enden: „und um alle Personen, einschließlich von Personen mit besonderen Bedürfnissen, bei der Erlangung einer menschenwürdigen Arbeit zu unterstützen“.

In allen Antworten bestand Einigkeit, daß die Urkunde einen verbesserten Zugang zum lebenslangen Lernen und zur Ausbildung für alle fördern sollte, um soziale Ausgrenzung zu verhindern und zu bekämpfen und um Personen mit besonderen Bedürfnissen dabei zu helfen, eine menschenwürdige Arbeit zu erlangen.

**Fr. 14** *Sollte die Urkunde die Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angeben oder sollte dies der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben?*

*Gesamtzahl der Antworten: 91.*

*Die Urkunde sollte Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angeben*

*Bejahend: 36.* Argentinien, Barbados, Bolivien, Botsuana, Burundi, China, El Salvador, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Indonesien, Jugoslawien, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Österreich, Panama, Papua-Neuguinea, Philippinen, San Marino, Schweden, Seschellen, Singapur, Slowakei, Sri Lanka, Togo, Uganda, Venezuela, Zentralafrikanische Republik.

*Die Definition sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben*

*Bejahend: 49.* Ägypten, Algerien, Australien, Benin, Brasilien, Chile, Costa Rica, Deutschland, Ecuador, Estland, Finnland, Frankreich, Honduras, Indien, Irak, Israel, Italien, Japan, Jemen, Kanada, Katar, Kenia, Kuba, Libanon, Litauen, Malaysia, Malta, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Oman, Pakistan, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Schweiz, Simbabwe, Spanien, Surinam, Arabische Republik Syrien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zypern.

*Sonstige Kommentare: 6.* Bahrain, Dänemark, Irland, Südafrika, Tunesien, Ungarn.

*Australien.* Es dürfte nützlich sein, Beispiele für Gruppen mit besonderen Bedürfnissen anzugeben; es sollte aber deutlich werden, daß jedes Mitgliedsland eine eigene Liste auf Grundlage der jeweiligen Verhältnisse erstellen muß.

*Bahrain.* Gesetzgebung und Praxis der einzelnen Länder müssen bei der Entwicklung einer allgemeinen Politik auf internationaler Ebene Berücksichtigung finden; allerdings kann die Urkunde einen Hinweis auf Gruppen mit besonderen Bedürfnissen enthalten, die zu konsultieren sind.

*Barbados.* CTUSAB: Es wäre besser, dies durch die innerstaatliche Gesetzgebung und Praxis festlegen zu lassen.

*Belgien.* Wallonische Regierung: Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Dänemark.* In der Urkunde sollten keine Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden.

FTF: In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden.

Dänischer Gewerkschaftsbund (LO): In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden.

*Ecuador.* Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung überlassen bleiben; trotzdem wäre es nützlich, in die Empfehlung als Hinweis eine Liste von besonderen Gruppen aufzunehmen.

*Frankreich.* Die genaue Festsetzung der entsprechenden Bevölkerungsgruppen kann einzelnen Ländern überlassen bleiben. In der Urkunde können jedoch die wichtigsten Kategorien der möglicherweise betroffenen Gruppen aufgezählt werden: Behinderte, alleinerziehende Frauen, sich in Schwierigkeiten befindliche Jugendliche, ethnische Minderheiten, Gruppen in bestimmten Gebieten oder Gruppen, die bestimmte Tätigkeiten durchführen.

*Gabun.* Gabunische Arbeitgebervereinigung (CPG): Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Ghana.* GEA: Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Griechenland.* Nationaler hellenischer Handelsverband (ESEE), SEV und Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Arbeitnehmer Griechenlands (GSEE): Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Irland.* Die Regierungen sollten einen umfassenden rechtlichen Rahmen zur Bekämpfung von Ungleichheit und Diskriminierung bei der Arbeit entwickeln. Zusätzlich sollte eine staatliche Stelle vorhanden sein, die eine wirksame Durchführung dieser Gesetze gewährleistet.

*Japan.* JTUC-RENGO: In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden; die Liste dieser Gruppen sollte jedoch flexibel sein.

*Kroatien.* HUP: Nein, die Liste der Gruppen sollte auf nationaler Ebene festgesetzt werden.

SSSH: In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden; zugleich sollte eine umfassendere Aufzählung gemäß der jeweiligen innerstaatlichen Gesetzgebung möglich sein.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mauritius.* FSCC: Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Mexiko.* In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen und Erfordernissen angegeben werden; diese Liste sollte durch die Bestimmungen der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis ergänzt werden.

*Neuseeland.* Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung überlassen bleiben. Die Urkunde kann jedoch Richtlinien enthalten, die es Mitgliedern ermöglichen, Gruppen

mit besonderen Bedürfnissen zu ermitteln, z.B. Gruppen, die keine grundlegende Rechen-, Schreib- oder Lesefähigkeit besitzen, sowie Gruppen, die oft von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

*Niederlande.* Es könnten einige spezielle Beispiele aufgeführt werden; die Festsetzung der Liste sollte jedoch der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

VNO-NCW: Die Liste möglicher Gruppen ist endlos; aus diesem Grund sollten in der Urkunde lediglich einige Beispiele aufgeführt werden und genauere Angaben der innerstaatlichen Praxis überlassen bleiben.

*Österreich.* BAK und ÖGB: Die Gruppen sollten umfassend weit angegeben werden können. Andererseits sollte Platz für die Berücksichtigung regionaler und arbeitsmarktpolitischer Gegebenheiten eingeräumt werden.

*Pakistan.* EFP: Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Peru.* CCL: In der Urkunde sollten die Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden.

*Polen.* Dies sollte zwar der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben, es können jedoch allgemeine Kategorien von Personen mit besonderen Bedürfnissen als Beispiele spezifischer Probleme angegeben werden, zu deren Lösung Regierungen ermutigt werden.

*Portugal.* CGTP-IN: In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden.

*Russische Föderation.* FNPR: In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden.

*Schweden.* Siehe Kommentare zu Frage 10 i).

*Slowenien.* ZDODS: In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden.

ZDS: Die Angabe von Gruppen mit besonderen Bedürfnissen sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Sri Lanka.* EFC: Nein. Die Urkunde sollte vorsehen, daß die Gruppen von der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis festgelegt werden.

LJEWU: Nein, dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Südafrika.* Regierungen sollten dazu ermutigt werden, auf diese Bedürfnisse einzugehen.

*COSATU*: In der Urkunde sollten die Gruppen mit besonderen Bedürfnissen gemäß den auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Schlußfolgerungen angegeben werden.

*Tschechische Republik. SPD ČR*: In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden

*Tunesien*. In der Urkunde sollten die Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden. Diese Frage kann auch der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Uganda*. In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen wie Frauen, Behinderte, Ältere, Kinder und Jugendliche angegeben werden. Es sollte jedoch der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis frei stehen, die Liste zu erweitern.

*Ukraine. FPU*: Die Gruppen sollten zwar in der Urkunde aufgeführt werden, die innerstaatliche Gesetzgebung und Praxis sollte jedoch Berücksichtigung finden.

*Ungarn*. Es ist erforderlich, benachteiligte Gruppen (z.B. bedingt Erwerbsunfähige, Langzeitarbeitslose, schlecht Ausgebildete und Personen in weniger entwickelten Gebieten) anzugeben. Jedoch sind die Fachleute in den jeweiligen Ländern am besten in der Lage, die Zielgruppen für Aktionsprogramme zu ermitteln.

*Vereinigte Staaten. USCIB*: Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Vereinigtes Königreich*. Die Urkunde sollte eine gewisse Orientierungshilfe bieten; die Festlegung der besonderen Bedürfnisse sollte jedoch soweit wie möglich den einzelnen Regierungen überlassen bleiben.

*Zentralafrikanische Republik*. In der Urkunde sollten Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden; allerdings sollte es der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis möglich sein, die Liste zu ergänzen.

*Zypern. PEO*: In der Urkunde könnte auf besondere Gruppen hingewiesen werden; jedoch sollte die innerstaatliche Gesetzgebung und Praxis genauere Festlegungen treffen können.

In allen Antworten wurde deutlich, daß es wichtig ist, Gruppen mit besonderen Bedürfnissen in bezug auf die Ausbildung für eine menschenwürdige Arbeit und die soziale Integration zu ermitteln. Es bestand aber kein Konsens zu der Frage, ob diese Gruppen in der Urkunde angegeben werden sollten oder ob dies der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben sollte. Die meisten Mitgliedstaaten waren der Auffassung, daß dies der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben sollte. Einige waren der Ansicht,

die Liste könne endlos sein, und die Mitgliedstaaten seien eher in der Lage, entsprechend den Verhältnissen ihres Landes Gruppen anzugeben. In einigen Antworten wurde die Auffassung geäußert, in der Urkunde könnten zwar generell die verschiedenen Gruppen mit besonderen Bedürfnissen angegeben werden, eine umfassendere Aufzählung solle jedoch anhand der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis erfolgen. Der nachstehende Absatz aus den auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Schlußfolgerungen über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen bietet eine weitere Orientierungshilfe zu dieser Frage.

Bildung und Ausbildung von hoher Qualität sind wichtige Instrumente zur Verbesserung der allgemeinen sozioökonomischen Bedingungen und zur Verhütung und Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung, insbesondere in der Beschäftigung. Um effektiv zu sein, müssen sie für alle Menschen zugänglich sein, auch für benachteiligte Gruppen. Daher müssen sie sorgfältig auf Frauen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen ausgerichtet werden, beispielsweise ländliche Arbeitskräfte, Behinderte, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose einschließlich ungelerner Arbeitnehmer, Jugendliche, Wanderarbeitnehmer und Arbeitnehmer, die aufgrund von wirtschaftlichen Reformprogrammen oder einer Umstrukturierung ihrer Branche oder ihres Betriebs ihren Arbeitsplatz verloren haben. Um den Bedürfnissen dieser Gruppen und insbesondere junger Menschen gerecht zu werden, sollte systematisch eine Kombination aus formeller sowie außer- und innerbetrieblicher Ausbildung angeboten und entwickelt werden, da dies einen größeren Lernerfolg verspricht und die Chancen des Zugangs zum Arbeitsmarkt verbessert<sup>3</sup>.

## IX. Ausbildungsanbieter

**Fr. 15** *Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen, die Vielfalt des Ausbildungsangebots zu fördern und flexible regulatorische Rahmen zu entwickeln, die den innerstaatlichen Verhältnissen angepaßt sind und die die formale und informelle Durchführung, das Lernen und die Ausbildung am Arbeitsplatz, einschließlich der Lehrlingsausbildung, und die erweiterte Nutzung der IKT für das Lernen und die Ausbildung umfassen?*

*Gesamtzahl der Antworten: 91.*

<sup>3</sup> IAA: *Schlußfolgerungen über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen*, Internationale Arbeitskonferenz, 88. Tagung, 2000, Genf, 2000 (in Anhang I von IAA: *Lernen und Ausbildung für die Arbeit in der Wissensgesellschaft*, Bericht IV (2), Internationale Arbeitskonferenz, Genf, 2003), Abs. 6.

*Bejahend:* 85. Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Japan, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Malta, Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, San Marino, Schweden, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend:* 1. Kuba.

*Sonstige:* 5. Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal, Schweiz.

*Barbados.* BEC: Die Regierungen sollten kein Monopol auf Ausbildung besitzen; es sollte eine Auswahl an Ausbildungsanbietern vorhanden sein, und für private Anbieter müssen gleiche Marktbedingungen herrschen. Diese Fragen sollten in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern behandelt werden.

*Belgien.* Wallonische Regierung: Nein, Vielfalt garantiert nicht die Erfüllung des Ausbildungsbedarfs hinsichtlich der Qualität. Es ist Sache der nationalen Behörden festzustellen, ob der Bedarf in quantitativer Hinsicht gedeckt, übertroffen oder nicht erfüllt wird.

*China.* Die staatliche und private Ausbildung sollte erwähnt werden.

*Dänemark.* Siehe Kommentar zu Frage 16.

LO: Bildungseinrichtungen spielen in nationalen Bildungsstrategien eine zentrale Rolle; aus diesem Grund muß die Urkunde auch auf sie eingehen.

*Deutschland.* BDA: Ja, allerdings sollte eine zu starke Regulierung vermieden werden.

*Frankreich.* Die staatlichen Stellen sollten sich stets bemühen, ein Angebot an Ausbildung von hoher Qualität zu gewährleisten, das die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts und des einzelnen erfüllt. Diese Ausbildung kann von staatlichen oder privaten Anbietern, die bestimmte Qualitätsnormen einhalten müssen, angeboten werden. Qualität kann nicht durch eine staatliche Verordnung gewährleistet werden; Qualität ist das Ergebnis freiwilliger Anstrengungen aller beteiligten Akteure und weitreichender, aber flexibler Regelungen. Da es sich bei Bildung und Ausbildung um „öffentliche Güter“ handelt, müssen die Regierungen diese Märkte bis zu einem gewissen Grad regeln. Diese Regelung kann z.B. durch die Festlegung von Mindestnormen, beispielsweise betreffend die

Voraussetzungen für die Gründung und Leitung von Ausbildungsinstitutionen, Tätigkeitsberichte und die staatliche Überwachung der Nutzung bestimmter Fonds usw. erfolgen. Die Regulierung kann auch von den Anbietern selbst in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern vorgenommen werden. Der Staat und die Sozialpartner sollten sich bemühen, eine allgemeine Überwachung zu gewährleisten, während spezifische Maßnahmen wie Normen, Kennzeichnungen und Zulassungsfragen Ausbildungsfachleuten zu überlassen sind.

*Irland.* Ja, durch die Bereitstellung von Diensten wie Multimedia-Lernzentren, internetbasierte Ausbildung und Anerkennung des vorher Gelernten.

*Italien.* Die Dezentralisierung der Ausbildung ist ein zentraler Punkt der Entwicklung des lebenslangen Lernens. Die Frage des Zugangs zu Kursen und der Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sollte in den Planungspolitiken der Regionen aufgegriffen werden, und der Ausbildungsbedarf der erwachsenen Bevölkerung sollte unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse eingeschätzt werden.

*Japan.* Eine kurze Erklärung des Ausdrucks „formale und informelle Durchführung“ ist erforderlich.

*Kroatien.* HUP: Der freie Markt bestimmt die Qualität der Weiterbildung der Beschäftigten.

*Kuba.* Nein. Die Urkunde sollte die Harmonisierung der Ausbildungssysteme zur Förderung von Chancengleichheit und Gleichbehandlung beim Zugang zu Beschäftigung und Ausbildung fördern. Angesichts der Tatsache, daß die Prüfung und Überwachung der großen Anzahl von Programmen unmöglich ist, würde sich die Vielfalt negativ auf die offizielle Zertifizierung und Anerkennung von Qualifikationen auswirken. Die Ausbildung darf nicht kommerzialisiert werden.

*Libanon.* Ja, sofern derartige Maßnahmen im Einklang mit den innerstaatlichen Gesetzen und Verhältnissen ergriffen werden. In der Urkunde sollte angegeben werden, auf welche Weise Regierungen die Vielfalt des Ausbildungsangebots fördern können.

*Luxemburg.* Es besteht ein Bedarf an neuen Ausbildungsanbietern zusätzlich zu den herkömmlichen Anbietern. Dabei ist nebensächlich, ob die Initiative dazu von Gewerkschaften, sozialen Einrichtungen oder anderen Akteuren ausgeht.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Niederlande.* VNO-NCW: Die Fragen von Teils IX sind in gewisser Weise widersprüchlich, da es im wesentlichen darum geht, ob Regierungen zu Eingriffen in den Ausbildungsmarkt aufgefordert werden sollten. Im Gegensatz zu der Erstausbildung, für die die Regierungen die Hauptverantwortung tragen, handelt es sich bei der Qualität der Fortbildung Berufstätiger um eine vom freien Markt zu regelnde Angelegenheit. In einigen Ländern schließen sich die Ausbilder selbst zusammen und sehen eine Qualitäts-



kontrolle auf Branchenebene vor; im Prinzip ist dies jedoch nicht eine Verantwortung, die dem Staat obliegt. Es sollte ein Hinweis aufgenommen werden, dem zufolge privaten Anbietern Zugang zum Markt der Erstausbildung, selbstverständlich vorbehaltlich der Erfüllung derselben Kriterien wie staatliche Anbieter, eingeräumt werden sollte.

*Norwegen.* NHO: Diese Tätigkeiten sollten gemeinsam mit den Sozialpartnern durchgeführt werden.

*Österreich.* Diese Regelungen sollten sich auch auf Weiterbildungsanbieter erstrecken.

*Panama.* Die Regierungen sollten vor der Gefahr gewarnt werden, eine „digitale Kluft“ zu schaffen, die Ungleichheit vertieft.

*Portugal.* Berufsbildungs- und -zugangssysteme sollten zunehmend eine strategische Maßnahme sein, mit der auf Änderungen der Art der Arbeitsplätze und der Qualifikationen reagiert wird, die sich aus dem zunehmenden Wettbewerb in der Wirtschaft und dem raschen technologischen und organisatorischen Wandel ergeben.

*Russische Föderation.* FNPR: Ja.

*Schweiz.* Der Markt reguliert bereits die Fragen der Vielfalt. Aus diesem Grund sollten Regierungen in diesen Bereich nur eingreifen, um zu gewährleisten, daß die Wettbewerbsvorschriften eingehalten werden.

*Südafrika.* Ja, die Regierungen sollten ferner dazu ermutigt werden, Partnerschaften zwischen Anbietern und Arbeitsmarktakteuren im Bereich der Planung und Qualitätssicherung der Programme zu verstärken. Regierungen könnten dazu ermutigt werden, in einer auf die lokalen Verhältnisse zugeschnittenen Weise auf den Stärken des traditionellen Lehrlingsausbildungssystems aufzubauen.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: Ja, wenn dies für die nationalen Verhältnisse sinnvoll ist.

*Vereinigtes Königreich.* Ja, siehe Kommentare zu Frage 8.

In der großen Mehrzahl der Antworten wurde diese Frage bejaht. Von einigen wurde die Auffassung vertreten, diese Bestimmungen sollten so ausgeweitet werden, daß staatliche und private Anbieter ausdrücklich einbezogen werden.

**Fr. 16** *Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen:*

- a) *einen rechtlichen Rahmen für die Zertifizierung der Qualifikationen von Ausbildungsanbietern zu entwickeln?*
- b) *die Rolle des Staates und der Sozialpartner bei der Förderung der Ausweitung und Diversifizierung des Ausbildungsangebots zu bestimmen?*
- c) *Richtlinien für die Verbesserung der Qualitätskontrolle und der Bewertung der Ergebnisse der Ausbildung festzulegen?*

*Gesamtzahl der Antworten: 92.*

a) *Gesamtzahl der Antworten: 86. Bejahend: 76. Verneinend: 2. Sonstige: 8.*

b) *Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 80. Verneinend: 1. Sonstige: 7.*

c) *Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 81. Verneinend: 0. Sonstige: 7.*

*Bejahend:* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien (a) und c)), Bahrain, Barbados, Benin, Bolivien (c)), Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien (b)), Indonesien, Irak, Irland, Israel (a) und c)), Jemen (b) und c)), Jugoslawien, Kanada, Kasachstan (b)), Katar, Kenia, Kroatien, Kuba (a) und c)), Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Malta (b) und c)), Mauritius, Mexiko (b)), Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Niederlande (b) und c)), Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman (a) und b)), Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden (b) und c)), Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur (b) und c)), Slowakei, Spanien (b) und c)), Sri Lanka, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik (a) und b)), Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn (a) und c)), Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich (a) und c)), Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend:* Kuba (b)), Niederlande (a)), Schweden (a)).

*Sonstige:* Australien (b)), Bulgarien (a)), Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, Mexiko (a) und c)), Oman (c)), Spanien (a)), Südafrika, Vereinigtes Königreich (b)).

*Australien.* b) Gegenwärtig möchte Australien hierzu nicht Stellung nehmen.  
ACTU: b) Ja.

*Bulgarien.* a) Hier sollte die Zulassung der Ausbildungsanbieter erwähnt werden. Ferner sollte eine Bestimmung zur Notwendigkeit, eine Ausbildung von hoher Qualität zu gewährleisten, hinzugefügt werden.

*Dänemark.* a) bis c) Frage 15 befaßt sich bereits mit dem Inhalt dieses Unterabsatzes oder könnte dort aufgenommen werden. Daher sollte Frage 16 gestrichen werden.

FTF: Bildungseinrichtungen spielen in nationalen Bildungsstrategien eine zentrale Rolle; aus diesem Grund sollte in der Urkunde auf ihre Rolle und die Qualifikationsanforderungen eingegangen werden.

LO: Ja.

*Deutschland.* BDA: a) bis b) Ja. c) Ja, bezüglich der „beruflichen“ Erstausbildung; allerdings ist eine Regulierung des Weiterbildungsmarkts nicht erwünscht.

*Ecuador.* CAPEIPI: b) Nein.

*Frankreich.* Siehe Kommentare zu Frage 15.

*Indien.* EAR: a) bis c) Ja.

IMC: a) und b) Ja. c) Nein.

*Italien.* a) Die Dezentralisierung des Ausbildungsangebots ist ein Schlüsselement der Entwicklung des lebenslangen Lernens.

*Japan.* JTUC-RENGO: Ja.

*Kanada.* a) Ja, einen rechtlichen Rahmen und/oder Leitsätze.

*Kroatien.* HUP: a) bis c) Siehe Kommentar zu Frage 15.

*Libanon.* a) Ja, es ist aber wichtig, daß ein derartiger Rahmen auf festen Kriterien beruht. c) Die Bewertung und Kontrolle sollte von vom Staat zugelassenen Stellen vorgenommen werden.

CCCIA: b) Nein.

*Litauen.* Litauischer Industriellenverband (LPK): Darüber hinaus ist die obligatorische Zulassung von Ausbildungseinrichtungen vorzusehen.

*Luxemburg.* c) Das Konzept des lebenslangen Lernens setzt ein System der ständigen Überwachung im Gegensatz zur gelegentlichen Prüfung voraus. Mit einer solchen Überprüfung soll festgestellt werden, ob die auszubildende Person in der Lage ist, auf einem angemessenen Kompetenzniveau zu arbeiten.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mexiko.* a) Jedes Land sollte über ein Zertifizierungssystem für Qualifikationen verfügen, die von staatlichen Einrichtungen, privaten Organisationen und Unternehmen erteilt werden. c) Es ist Aufgabe der staatlichen Stellen, Richtlinien und Kriterien zur Verbesserung der Qualitätskontrolle und Bewertung der Ergebnisse der Ausbildung festzulegen.

*Niederlande.* a) Nein. Es ist nicht ersichtlich, ob sich diese Frage auf die Zertifizierung bestimmter Qualifikationen oder die Zulassung von Ausbildungseinrichtungen bezieht.

Unie mhp: a) Ja, sofern dies die internationale Anerkennung erleichtert.

*Norwegen.* NHO: a) bis c) Nein.

*Österreich.* Diese Regelungen sollten sich auch auf Weiterbildungsanbieter erstrecken.

*Oman.* c) Dieses Thema ist sehr wichtig, sollte aber auf nationaler Ebene behandelt werden.

*Pakistan.* EFP: c) Ja, in Absprache mit den Interessengruppen.

*Polen.* a) und c) Es ist wichtig, daß diese Fragen nicht ausschließlich vom Markt geregelt werden.

*Portugal.* CCP: c) Ja. Die Qualität des Dienstes muß durch die Einführung, Durchführung und ständige Überprüfung von Zulassungssystemen für Ausbildungseinrichtungen gewährleistet werden. Es sind Methoden zur Bewertung der Auswirkung der Ausbildung auf die direkten Nutzer und Arbeitgeber und die Investitionserträge der Firmen zu fördern.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis c) Ja.

*Schweden.* a) Qualitätssicherung, Evaluierung der Ergebnisse der Ausbildung und die Zulassung von Ausbildungsanbietern sind ebenfalls wichtige Themen; es sollte hingegen keine gesetzliche Zulassung aller Ausbildungsanbieter vorgeschrieben werden.

*Schweiz.* b) Ja, die Rollen anderer Akteure sind jedoch auch zu definieren. c) Ja. Internationale Normen könnten für das grenzüberschreitende Ausbildungsangebot nützlich sein.

UPS: a) bis c) Ja, ferner sollte die Rolle des privaten Sektors gefördert werden.

*Spanien.* a) Darüber hinaus sollte ein rechtlicher Rahmen für die Zertifizierung von Personal, Ausbildern und Lehrern entwickelt werden.

*Sri Lanka.* EFC: a) Ja, vorbehaltlich der Frage 11 a). b) und c) Ja, in Absprache mit den Sozialpartnern.

*Südafrika.* Ja, allerdings sollte erwähnt werden, welchem Zweck diese Eingriffe dienen sollen.

*Vereinigte Staaten. AFL-CIO:* b) Ja.

USCIB: a) Nein. Es handelt sich um eine marktwirtschaftliche Entscheidung, die vom einzelnen und vom Unternehmen zu treffen ist. Ein rechtlicher Rahmen ist – mit Ausnahme des Arbeitsschutzes – nicht erforderlich. b) Nein. Dies ist eine Vorschrift, die die Inflexibilität und „Pauschallösungen“ fördert. c) Nein. Die Regierung ist nicht dazu in der Lage, diese die Unternehmensebene betreffenden Entscheidungen zu treffen. Die Regierung ist vom Bedarf des Arbeitsmarkts zu weit entfernt.

*Vereinigtes Königreich.* b) Die Urkunde kann eine Orientierungshilfe bieten, welche Formen diese Rollen annehmen können; dabei sollten jedoch unterschiedliche Verhältnisse und Bedürfnisse berücksichtigt und eine zu detaillierte Vorgabe vermieden werden. Im Hinblick auf Kostenwirksamkeit und ein nachhaltiges Ausbildungsangebot kommt auch dem privaten Sektor eine große Rolle zu; darauf sollte in der Urkunde eingegangen werden.

In den meisten Antworten wurden alle Unterabsätze dieser Frage bejaht.

## **X. Unterstützungsdienste für die Humanressourcenentwicklung, das lebenslange Lernen und die Ausbildung**

**Fr. 17** *Sollte die Urkunden vorsehen, daß die Regierungen:*

- a) *bei der Durchführung von regelmäßigen Bevölkerungserhebungen Informationen über Bildungsstand, Qualifikationen, Ausbildungstätigkeiten sowie Beschäftigung und Einkommen sammeln sollten?*
- b) *Datenbanken sowie quantitative und qualitative Indikatoren für das innerstaatliche Ausbildungssystem einführen sollten, einschließlich auf der Ebene des Betriebs?*
- c) *Informationen über Qualifikationen aus einer Vielfalt von Quellen, einschließlich Längsschnittstudien, sammeln sollten, ohne sich dabei auf traditionelle Berufsklassifikationen zu beschränken?*

*Gesamtzahl der Antworten: 93.*

a) *Gesamtzahl der Antworten: 92. Bejahend: 82. Verneinend: 5. Sonstige: 5.*

b) *Gesamtzahl der Antworten: 86. Bejahend: 78. Verneinend: 3. Sonstige: 5.*

c) *Gesamtzahl der Antworten: 87. Bejahend: 76. Verneinend: 4. Sonstige: 7.*

*Bejahend:* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien (a) und c)), Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien (a) und b)), Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien (a)), Indonesien, Irak, Irland, Italien, Jemen (a) und b)), Jugoslawien, Kanada, Kasachstan (c)), Katar, Kenia, Kroatien, Kuba (a) und b)), Lettland, Libanon, Litauen, Malaysia, Malta (a)), Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Nicaragua, Niederlande (a)), Nigeria, Österreich, Oman (a) und b)), Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru (a) und c)), Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien (b) und c)), San Marino, Schweden (b) und c)), Schweiz (a) und c)), Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei (a) und b)), Uganda, Ukraine (a) und b)), Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend:* Deutschland, Estland (a)); Israel (a)); Japan (a)), Niederlande (b) und c)), Norwegen, Ukraine (c)).

*Sonstige:* Australien (b)), Dänemark, Estland (b) und c)), Japan (c)), Kuba (c)), Neuseeland, Oman (c)), Rumänien (a)), Schweden (a)), Vereinigtes Königreich.

*Australien:* b) Zum jetzigen Zeitpunkt möchte Australien hierzu nicht Stellung nehmen. Die Verbesserung der Ausbildung und die Bewertung der Ergebnisse setzen eine Datenerfassung und die Einrichtung von Ausbildungs-Datenbanken voraus. Was private Unternehmen anbelangt, so dürfen keine übermäßigen Verwaltungsvorschriften vorhanden sein.

ACTU: b) Ja, es wäre sinnvoll, die Tendenzen auf Industrie- und Landesebene zu ermitteln. Die Erhebung von Daten auf Unternehmensebene dürfte mit Schwierigkeiten verbunden und für die Planer von begrenztem Nutzen sein.

*Barbados.* Ja, es sollte sich jedoch um eine gemeinsame Anstrengung handeln, wobei Gewerkschaften und Arbeitgeber ebenfalls Mittel zur Verfügung stellen.

CTUSAB: Diese Daten dürften für die langfristige Planung sinnvoll sein.

*Belgien.* Wallonische Regierung: a) Ja, sofern die Daten anonym bleiben.

*Dänemark.* Die Fragen 17 bis 19 befassen sich zu detailliert mit der Rolle der Regierungen. Die Urkunde sollte allgemeiner formuliert werden.

*Deutschland.* BDA: a) und c) Ja. b) Grundsätzlich ja, allerdings nicht auf der Ebene der Betriebe.

*Estland.* a) Nein, die Informationen werden bereits im Rahmen von Arbeitskräfteerhebungen gesammelt. c) Ja und nein; Erhebungen gründen sich bereits auf Berufsklassifikationen.

*Finnland.* a) Ja, wobei festzuhalten ist, daß es sich bei der Festlegung von Indikatoren um eine schwierige Aufgabe handelt. Zunächst einmal sollten die in diesem Bereich bereits von Organisationen wie der OECD vorgenommenen Arbeiten sowie das Übereinkommen (Nr. 160) über Arbeitsstatistiken, 1985, und die *ILO October Inquiry* sorgfältig geprüft und berücksichtigt werden.

*Frankreich.* Die Regierungen sollten dazu ermutigt werden, spezialisierte Stellen einzurichten und zu finanzieren, deren Aufgabe die Erarbeitung der erforderlichen Informationen und ihre Weitergabe an staatliche und private Anbieter ist. Es sollten aber auch andere Organisationen dazu ermutigt werden, derartige Informationen zu sammeln und zu analysieren. Ganz allgemein sollte die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Sozialpartnern gefördert werden.

*Griechenland.* Nach der Formulierung „quantitative und qualitative Indikatoren“ sollten die Worte „u.a. Informationen über die Geschlechter,“ hinzugefügt werden.

*Indien.* EAR, EFI und IMC: a) bis c) Ja.

*Japan.* a) Dieser Unterabsatz sollte gestrichen werden, da Beschlüsse über die Datenerfassung den Regierungen überlassen bleiben sollten. c) Eine kurze Erklärung der Gründe, aus denen Regierungen Informationen über Qualifikationen sammeln sollten, „ohne sich dabei auf traditionelle Berufsklassifikationen zu beschränken“, ist erforderlich.

JTUC-RENGO: a) bis c) Ja.

*Kanada.* a) Arbeitsmarktinformationen tragen zur Wirksamkeit von Arbeitsanreizen und Ausbildung bei und stellen eine wesentliche Investition dar.

*Kuba.* c) Bei der Sammlung von Informationen muß realistisch vorgegangen werden; man muß die Möglichkeiten der vorhandenen Systeme und die zahlreichen Einschränkungen der Entwicklungsländer berücksichtigen.

*Libanon.* a) Diese Informationen sollten alle drei bis fünf Jahre gesammelt werden. b) Ja, und, falls erforderlich, die Revision derartiger Datenbanken. c) Ja, es ist aber auch wichtig, gegebenenfalls traditionelle Berufsklassifikationen zu aktualisieren.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Republik Moldau.* a) bis c) Ja, da diese Tätigkeiten Unternehmen und Arbeitsvermittlungsdiensten dabei helfen, eine bessere Anpassung von Angebot und Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zu erreichen.

*Neuseeland.* a) bis c) Ein nicht so präskriptiver Ansatz bei der Sammlung von Informationen wird vorgezogen, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, daß die Informationen für nationale Zwecke gesammelt werden. Bei der Formulierung des Unterabsatzes sollte mehr auf den Zweck der Datenerfassung als auf die Art der zu erfassenden Daten eingegangen werden. b) Die Sammlung derartiger Indikatoren auf Unternehmensebene dürfte mit erheblichen Kosten für Arbeitgeber und Gewerkschaften verbunden sein. Es ist unklar, warum quantitative und qualitative Indikatoren nur in Bezug auf die Berufsbildung Berücksichtigung finden sollten. Es sollte eine neue Formulierung in Erwägung gezogen werden, beispielsweise in der Form „Regierungen dazu zu ermutigen, zweckmäßige und relevante Methoden zur Sammlung von Informationen über die Ergebnisse von Bildung und Ausbildung zu entwickeln“.

*Business NZ:* a) bis c) Die in diesem Fragebogen enthaltenen Vorschläge sind tendenziell zu detailliert, was ein Kennzeichen zu vieler IAO-Urkunden ist. Für den einzelnen Betrieb wie für die Regierung entstehen bei der Sammlung von Informationen und der Einrichtung einer zentralen Datenbank erhebliche Kosten. Hier sollten Regierungen dazu ermutigt werden, Daten auf eine den Bedürfnissen des jeweiligen Landes zugechnittene Weise zu erfassen.

*Niederlande.* b) und c) Nein. Diese Bestimmungen gehen zu weit. Frage 20 bietet ausreichende Anhaltspunkte für die Datenerfassung.

*Norwegen.* a) bis c) Die Erfassung und Analyse derartiger Daten dürfte mit Schwierigkeiten verbunden sein.

*Oman.* a) Ja, obgleich dies in der Regel im Rahmen von Arbeitskräfteerhebungen erfolgt. c) Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Pakistan.* Es sind Informationen über alle Aspekte der Ausbildung der Humanressourcen und der Institutionen hinzuzufügen.

*Polen.* b) Ja, es bestehen jedoch Zweifel über die Durchführbarkeit der Informationseinholung über Ausbildungstätigkeiten auf Unternehmensebene.

*Portugal.* Die Urkunde sollte in Bezug auf die den Regierungen unterbreiteten Empfehlungen flexibel sein.

*Rumänien.* a) Eine Quantifizierung in diesem Bereich ist mit Schwierigkeiten verbunden. Andere Faktoren können die Beziehungen zwischen Fertigkeiten/Qualifikationen und Einkommen beeinflussen. c) Ja, aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse unterschiedlicher Sektoren und Regionen.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis c) Ja.



*Schweden.* a) Die Sammlung von Informationen über Bildungsstand usw. ist für Vergleichszwecke mit anderen Ländern von Bedeutung. Die Erfassung von Daten auf Unternehmensebene wird abgelehnt.

*Schweiz.* UPS: a) Dies sollte im Ermessen des Staates stehen. b) und c) Nein.

*Spanien.* b) Ja, weil dies erforderlich ist, um der Öffentlichkeit gegenüber die Ergebnisse von Investitionen in die Ausbildung in bezug auf Wirksamkeit und Effizienz aufzuzeigen. Es wäre sehr hilfreich, wenn das eingeführte System der Indikatoren zuverlässige Ländervergleiche zuließe.

*Sri Lanka.* LJEWU: a) Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die nationale Entwicklungsplanung. c) Es müssen Schritte zur Sammlung von Informationen ergriffen werden, die den modernen Tendenzen entsprechen.

*Südafrika.* a) und b) Allerdings ist eine Verbindung dieses Punkts mit der Planung und Überwachung des gesamten Systems vorzusehen. Siehe Kommentare zu Frage 7. c) Ja, siehe Kommentare zu Frage 7.

COSATU: a) bis c) Ja.

*Ungarn.* Andere Organisationen (beispielsweise die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Europäische Union) sollten ebenfalls derartige Datenbanken entwickeln, und dies sollte eine der Bedingungen für die Mitgliedschaft sein.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: a) Ja. b) und c) Ja. Sofern die Mittel zur Verfügung stehen.

*Vereinigtes Königreich.* a) In vielen Entwicklungsländern kann die Erhebung solcher Daten für rudimentäre Systeme eine große verwaltungstechnische Belastung darstellen. Es ist sicherzustellen, daß die Bemühungen vor allem der Bildung und Ausbildung gelten, während Daten im Rahmen der Mittel und Möglichkeiten einzelner Mitgliedstaaten zu erheben sind. b) Siehe Kommentare zu a). Insbesondere ist zu berücksichtigen, daß es sich oft um kleine Betriebe handelt, und daß eine Verpflichtung zur Erhebung von Daten diesen eine Last auferlegen könnte, die sie von der vollen Mitwirkung an Ausbildungstätigkeiten abhalten würde. Die Regierungen sollten zwar Ausbildungssysteme überwachen, dies jedoch unter Berücksichtigung ihrer Kapazität. c) Derartige Informationen wären nützlich; die Urkunde sollte aber nicht implizit voraussetzen, daß dies eine notwendige Voraussetzung ist. Statt dessen sollte die Urkunde – wo es sinnvoll ist – zur Sammlung von Informationen ermutigen.

*Zypern.* b) Ja, allerdings sollte die Formulierung „soweit möglich“ hinzugefügt werden.

Die meisten Mitgliedstaaten bejahten alle Unterabsätze dieser Frage. In vielen Antworten wurde auf die potentiellen Vorteile dieser Art von Daten für

die langfristige Planung, die nationale Entwicklung und die Unterstützung der Unternehmen und Arbeitsvermittlungsdienste bei der Abstimmung von Angebot und Nachfrage nach qualifizierten Kräften hingewiesen.

**Fr. 18** *Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen, die Entwicklung der Fähigkeit zur Analyse der Tendenzen in den Arbeitsmärkten und in der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen zu fördern und zu erleichtern?*

*Gesamtzahl der Antworten: 90.*

*Bejahend: 84.* Ägypten, Algerien, Argentinien, Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien, Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana, Guatemala, Griechenland, Guinea-Bissau, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Jemen, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Katar, Kenia, Kroatien, Kuba, Libanon, Litauen, Malaysia, Mauritius, Mexiko, Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Österreich, Oman, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Zypern.

*Verneinend: 1.* Norwegen.

*Sonstige: 5.* Australien, Dänemark, Italien, Japan, Neuseeland.

*Australien.* Gegenwärtig möchte die australische Regierung hierzu nicht Stellung nehmen. Wenn sich die Analyse auf generelle Prognosen zur kurz- und mittelfristigen Nachfrage nach den wichtigsten Berufsqualifikationen beschränkt, wäre es ein nützliches und oft anzuwendendes Verfahren. Versuche zur langfristigen Prognose von Tendenzen in bestimmten Berufen haben sich als problematisch erwiesen.

ACTU: Ja.

*Dänemark.* Siehe Antwort auf Frage 17.

*Frankreich.* Siehe Antwort auf Frage 17.

*Japan.* Es sollten Informationen über die vorgesehene spezielle „Fähigkeit“ erteilt werden.

JTUC-RENGO: Ja.

*Libanon.* Ja, in der Urkunde sollten jedoch die Mittel zur Förderung und Erleichterung der Entwicklung einer derartigen Fähigkeit angegeben werden, ferner sollte festgelegt werden, ob eine derartige Analyse von staatlichen oder nichtstaatlichen Institutionen vorgenommen werden sollte.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Neuseeland.* Siehe Antwort auf Frage 17.

*Norwegen.* Nein, die Erhebung und Analyse derartiger Daten dürfte mit Schwierigkeiten verbunden sein.

*Russische Föderation.* FNPA: Ja.

*Schweiz.* Ja, in Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten und internationalen Organisationen.

UPS: Nein.

*Spanien.* Grundlage der Ausbildungsplanung sollten grundsätzlich Analysen von Arbeitsmarkttendenzen sein. Darüber hinaus ist es erforderlich, zur Förderung ständiger Verbesserungen das Augenmerk auf Innovationen und gute Praktiken im Bereich der HRDT zu lenken.

*Südafrika.* Ja, siehe Kommentare zu Frage 7.

*Ungarn.* Siehe Antwort auf Frage 17.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: Ja, sofern ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

*Vereinigtes Königreich.* Dies wäre sinnvoll, würde die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen und nicht implizit verpflichten. Im übrigen seien Arbeitsmarktanalysen bereits im Übereinkommen (Nr. 160) und der Empfehlung (Nr. 170) über Arbeitsstatistiken, 1985, vorgesehen. Um zu gewährleisten, daß die Urkunde Neues hinzufügt, könnte auf die früheren Urkunden hingewiesen und betont werden, daß Regierungen zur Entwicklung der Fähigkeit insbesondere im Bereich der HRD ermutigt werden sollten.

In den meisten Antworten wurde erklärt, die Urkunde sollte die Regierungen dazu ermutigen, die Entwicklung der Fähigkeit zur Analyse der Tendenzen in den Arbeitsmärkten und in der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen zu fördern und zu erleichtern.

**Fr. 19** *Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen:*

- a) *Berufsinformation und Berufsberatung bereitzustellen im Hinblick auf die Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit; den Zugang zu Bildungs-, Ausbildungs- und aktiven Arbeitsmarktprogrammen; Methoden der Arbeitsplatzsuche und den Zugang zur Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen während des gesamten Lebens?*
- b) *die Nutzung der IKT bei den Beratungsdiensten zu fördern?*
- c) *die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der öffentlichen und privaten Arbeitsvermittlungsdienste, der Sozialpartner und sonstiger Parteien zu bestimmen?*

*Gesamtzahl der Antworten: 94.*

a) *Gesamtzahl der Antworten: 93. Bejahend: 86. Verneinend: 1. Sonstige: 6.*

b) *Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 84. Verneinend: 1. Sonstige: 3.*

c) *Gesamtzahl der Antworten: 87. Bejahend: 79. Verneinend: 1. Sonstige: 7.*

*Bejahend:* Ägypten (b) und c)), Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados, Belgien, Benin, Bolivien (a)), Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Deutschland (b) und c)), Ecuador, El Salvador, Finnland, Frankreich (a) und b)), Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau, Honduras, Indien (c)), Indonesien, Irak, Irland, Israel (a) und b)), Italien (a) und b)), Japan (c)), Jemen (a) und c)), Jugoslawien, Kanada, Kasachstan (a)), Katar, Kenia, Kroatien, Kuba (a) und b)), Lettland (a) und b)), Libanon, Litauen, Malaysia, Malta (a)), Mauritius, Mexiko (b)), Republik Moldau, Myanmar, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Oman (a) und b)), Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Polen (a) und c)), Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik (a) und b)), Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich (a) und b)), Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend:* Japan (a) und b)), Lettland (c)).

*Sonstige:* Ägypten (a)), Bulgarien (a)), Dänemark, Deutschland (a)), Frankreich (c)), Kuba (c)), Luxemburg, Mexiko (a) und c)), Oman (c)), Polen (b)), Vereinigtes Königreich (c)).

*Ägypten.* a) Es sollten relevante Informationen nur vorgelegt werden, wenn es dem nationalen Interesse dient.

*Bulgarien.* a) Die Worte „den Zugang zu Bildungs-, Ausbildungs- und aktiven Arbeitsmarktprogrammen;“ sollten durch „Entwicklung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Zugang zu Ausbildungs- und aktiven Arbeitsmarktprogrammen“ ersetzt werden.

*Dänemark.* Siehe Antwort auf Frage 17.

*Deutschland.* a) Hier findet wiederum eine Überbetonung der Regierung statt. Unabhängige Stellen sollten ebenfalls in diesen Bereichen Erwähnung finden.

*Finnland.* a) Ja, allerdings dürften die Beispiele zu spezifisch sein.

*Frankreich.* a) und b) Ja. Bei der Aufgabe, Berufsinformation und Berufsberatung bereitzustellen, sollten in erster Linie die Bedürfnisse des einzelnen berücksichtigt werden, damit dieser Beratung zu verschiedenen Zeitpunkten der Ausbildung und des Übergangs im Arbeitsleben erhält. Die allgemeine Berufsinformation und Berufsberatung sollte auf lokaler Ebene erfolgen und frei, neutral und von hoher Qualität sein. Es sollte sich um eine staatliche Dienstleistung handeln, die in unterschiedlicher Form angeboten wird und verschiedene Aufgaben erfüllt: Bildungsberatung in Schulen, Arbeitsvermittlungsdienste, Berufsdokumentation und -information, Bearbeitung von Anfragen nach Qualifikationsbewertungen sowie Validation von früher Gelerntem und von Qualifikationen sowie Übernahme der Funktion eines Ressourcenzentrums für Personen mit besonderen Schwierigkeiten. Die Sozialpartner sollten bei der Gestaltung dieser Dienste hinzugezogen werden. c) Es kann private Initiativen zur Entwicklung von Diensten im Bereich der Information und Beratung zu Beschäftigung und Ausbildung geben; ihre Gründung durch Regierungen fördern zu lassen, ist nicht jedoch nicht ratsam.

*Griechenland.* a) Am Satzende sollte die folgende Formulierung hinzugefügt werden: „auf der Grundlage von Chancengleichheit und ohne Stereotypen“.

*Indien.* EAR und EFI: a) bis c) Ja.

IMC: a) und b) Ja. c) Nur staatliche Arbeitsvermittlungsdienste.

*Japan.* a) und b) Beratungsdienste sind wichtig, gehen aber über HRD-Maßnahmen, dem eigentlichen Ziel der Urkunde, hinaus. Aus diesem Grund sollten sie nicht erwähnt werden. c) Ja, dieser Unterabsatz sollte sich jedoch auf das Thema der Urkunde, nämlich HRD-Maßnahmen, konzentrieren.

JTUC-RENGO: a) bis c) Ja.

*Kanada.* a) Aufgaben wie Orientierung, Weiterleitung und Beratung sind für Erwachsene, insbesondere für anfällige Gruppen, äußerst wichtig für den erfolgreichen Erwerb von Qualifikationen. Diese Aufgaben setzen keine großen Investitionen voraus, werden aber oft vernachlässigt.

*Kroatien.* SSSH: a) Ja. Arbeitsvermittlungsdienste sollten dazu in der Lage sein, Arbeitsuchenden und Arbeitgebern Beratung zu erteilen.

*Kuba.* c) Dies muß den innerstaatlichen Verhältnissen angepaßt sein.

*Libanon.* c) Ja, soweit dies in den vorhandenen Gesetzen und Vorschriften vorgehen ist.

*Luxemburg.* a) Besondere Kurse auf der Sekundarstufe über „Strategien der Arbeitssuche“, um Jugendliche auf die Suche nach einem Arbeitsplatz vorzubereiten. Den meisten Arbeitsuchenden dürfte es an grundlegenden Kenntnissen für eine erfolgreiche Suche nach einem Arbeitsplatz fehlen.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mexiko.* a) Grundlage der Beratung sollte ein integrierter Ansatz sein, der Techniken der Arbeitsplatzsuche, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Zugang zu Bildungs- und Ausbildungsprogrammen und zur Zertifizierung von Qualifikationen, unabhängig davon, wo sie erworben wurden, umfaßt. c) Es ist Sache der Regierungen, die Konvergenz zwischen den Rollen der staatlichen und privaten Arbeitsvermittlungsdienste und den von verschiedenen sozialen Organisationen (Verbände von Kleinherstellern, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern sowie Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen) durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

*Niederlande.* a) Ja, sofern unter „Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen während des gesamten Lebens“ die Anerkennung früher erworbener Kompetenzen zu verstehen ist. c) Ja, da aus neueren Forschungen hervorgeht, daß diese Rollen nicht eindeutig festgelegt sind.

Unie mhp: Ja, aber nur allgemein.

*Norwegen.* a) bis c) Ja, diese Tätigkeiten sollten zur Förderung der Chancengleichheit durchgeführt werden.

*Österreich.* BAK und ÖGB: c) Bei den Unterstützungsdiensten für die Ressourcenentwicklung, das lebenslange Lernen und die Ausbildung sollen die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Sozialpartner nicht von der Regierung bestimmt werden.

*Oman.* b) Ja, wobei jedoch die Rolle der IAO bei der Unterstützung der Durchführung festzulegen ist. c) Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben.

*Pakistan.* a) Das Wort „bereitzustellen“ sollte durch „zu erleichtern“ ersetzt werden.

EFP: a) bis c) Ja.

*Polen.* b) Auf die IKT sollte in einem getrennten Absatz oder Abschnitt eingegangen werden.

*Portugal.* Der rasche wissenschaftliche und technologische Wandel, die Globalisierung und die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit, das Entstehen neuer Arbeitsorganisationsformen und der wachsende Wettbewerbsdruck verstärken die Notwendigkeit einer ständigen Aktualisierung und Verbesserung von Fertigkeiten und Qualifikationen. In diesem Zusammenhang sind Unterstützungsdienste im Bereich der Bildungs- und Ausbildungsinformation und -beratung besonders relevant, da sie zwischen den Bedürfnissen des einzelnen und der Institutionen und dem Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungssystem eine Verbindung herstellen. Der Staat muß in zunehmendem Maß eine Rolle als Koordinator spielen und die Ziele und allgemeinen Methoden zur Bewertung der Bildungs-, Ausbildungs- und Orientierungsmaßnahmen und des allgemeinen finanziellen Managements festsetzen.

CIP: Die Urkunde sollte sich nicht mit der Frage der staatlichen und privaten Arbeitsvermittlungsdienste oder der Rolle der Sozialpartner in derartigen Diensten befassen.

*Rumänien.* a) Ja, aber auch als Mittel zur Modernisierung der Arbeitsorganisation und zur Förderung des Strukturwandels in der Wirtschaft.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis c) Ja.

*Schweden.* c) Die Rolle der Gewerkschaften als Berater ohne finanzielle Interessen läßt sie für eine Mitwirkung an dieser Tätigkeit zusammen mit anderen Akteuren besonders geeignet erscheinen. Vereinbarungen der Sozialpartner, insbesondere auf Industrieebene, können zum Erzielen guter Ergebnisse beitragen.

*Schweiz.* UPS: b) Dieser Punkt sollte geklärt werden. c) Nein.

*Sri Lanka.* EFC: c) Ja, in Absprache mit den Sozialpartnern.

*Südafrika.* Ja, siehe Kommentare zu Frage 7. Es handelt sich um einen entscheidenden Teil des Systems, der in die Abschnitte III und IV zu integrieren ist. Ferner könnte es notwendig sein, auf die einschlägigen IAO-Übereinkommen über staatliche und private Arbeitsvermittlungsdienste hinzuweisen.

*Ungarn.* Siehe Antwort auf Frage 17.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: a) Ja, obgleich private Arbeitsvermittlungsdienste diese Aufgabe ebenso gut übernehmen können. b) Ja, wenn dies den innerstaatlichen Verhältnissen entspricht. c) Nein, eine derartige Vorgabe dürfte HRD behindern.

*Vereinigtes Königreich.* a) Ja, dies wird jedoch bereits in Frage 9 e) behandelt. Es wäre besser, diese Aspekte gemeinsam zu behandeln. b) Ja, derartige Dienste sollten zwar soweit wie möglich auf IKT zurückgreifen, die Urkunde sollte aber auch die

Bedeutung der menschlichen Kontakte in diesen und anderen Diensten hervorheben. Eine persönliche Beziehung zwischen einem Berater und einem Arbeitsuchenden kann wesentlich zur erfolgreichen Arbeitsplatzsuche beitragen. Obgleich IKT von Nutzen sein kann, müssen diese Technologien zusätzlich zu den traditionellen Kommunikationsmedien eingesetzt werden, um eine Ausgrenzung derjenigen zu vermeiden, die sich auf der falschen Seite der digitalen Kluft befinden. c) Die Regierungen haben zwar insofern eine Rolle zu spielen, als sie sicherzustellen haben, daß alle Parteien einen Beitrag leisten; hier könnte jedoch die Urkunde alle Akteure dazu ermutigen, zur Bestimmung ihrer Rollen im Konsens entsprechend den unterschiedlichen Verhältnissen zusammenzuarbeiten, statt lediglich die Regierungen dazu zu ermutigen, die Rollen zu bestimmen.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten bejahte alle Unterabsätze der Frage 19. In einigen Antworten wurden Bedenken zu Absatz c) geäußert, d.h. bezüglich der Frage, ob die Regierung allein für die Bestimmung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Sozialpartner verantwortlich sein sollte.

## **XI. Forschungen über Fragen der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen**

**Fr. 20** *Sollte die Urkunde die Regierungen dazu ermutigen, Forschungen über die Entwicklung der Humanressourcen, das Lernen und die Ausbildung zu unterstützen und zu erleichtern, einschließlich:*

- a) der Lern- und Ausbildungsmethodologien, einschließlich der Verwendung der IKT bei der Ausbildung?*
- b) der Qualifikations- und Qualifikationsanerkennungsrahmen?*
- c) der Politiken, Strategien und Rahmen für die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen?*
- d) der Investitionen in die Ausbildung sowie der Effizienz und Wirkung der Ausbildung?*
- e) der Ermittlung, Messung und Vorhersage der Nachfrage nach Qualifikationen?*
- f) sonstiger Fragen? (bitte angeben)*

*Gesamtzahl der Antworten: 93.*

*a) Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 84. Verneinend: 1. Sonstige: 3.*



b) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 2.

c) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 86. Verneinend: 0. Sonstige: 3.

d) Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 87. Verneinend: 0. Sonstige: 2.

e) Gesamtzahl der Antworten: 88. Bejahend: 84. Verneinend: 1. Sonstige: 3.

f) Gesamtzahl der Antworten: 32.

*Bejahend:* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien (a bis d)), Bahrain, Barbados (a bis e)), Benin (a bis e)), Bolivien (c) und e)), Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China (a bis e)), Costa Rica, Dänemark, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland (a bis e)), Frankreich, Gabun, Ghana (a bis e)), Griechenland (a bis e)), Guatemala, Guinea-Bissau (a bis e)), Honduras, Indien (b, d) und e)), Indonesien, Irak (a bis e)), Irland (a bis e)), Israel, Italien, Japan, Jemen (c) und d)), Jugoslawien, Kanada (a bis e)), Kasachstan (c)), Katar, Kenia (a bis e)), Kroatien, Kuba (a bis e)), Lettland, Libanon (a, b, d) und e)), Litauen, Malaysia, Malta, Mauritius (a bis e)), Mexiko (a bis e)), Republik Moldau, Myanmar, Namibia (a bis e)), Neuseeland (a bis e)), Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich (a bis e)), Oman (a bis e)), Pakistan, Panama (a bis e)), Papua-Neuguinea, Peru (a, b) und e)), Philippinen (a bis e)), Polen, Rumänien (a bis e)), San Marino, Schweden (b bis e)), Schweiz (b bis d)), Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka (a bis e)), Südafrika (a bis e)), Surinam, Arabische Republik Syrien, Thailand, Togo, Tschechische Republik (a bis d)), Tunesien, Türkei (a, b) und d)), Uganda (a bis e)), Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate (a bis e)), Vereinigtes Königreich, Zentralafrikanische Republik, Zypern (a bis e)).

*Verneinend:* Australien (e)), Benin (f)), Deutschland (f)), Ghana (f)), Mauritius (f)), Schweiz (a)).

*Sonstige:* Barbados (f)), China (f)), Finnland (f)), Griechenland (f)), Guinea-Bissau (f)), Irak (f)), Irland (f)), Kanada (f)), Kenia (f)), Kuba (f)), Libanon (c) und f)), Luxemburg, Mexiko (f)), Namibia (f)), Neuseeland (f)), Österreich (f)), Oman (f)), Panama (f)), Philippinen (f)), Portugal, Rumänien (f)), Schweden (a)), Schweiz (e)), Sri Lanka (f)), Südafrika (f)), Uganda (f)), Vereinigte Arabische Emirate (f)), Zypern (f)).

*Australien.* e) Nein, siehe Kommentare zu Frage 18.

*Barbados.* f) Die Erleichterung sollte nicht ausschließlich Aufgabe der Regierung sein.

BEC: f) Die Ausarbeitung von HRDT-Politiken muß im Hinblick auf die Wirksamkeit in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erfolgen.

*Brasilien.* CNI: f) Es sollten Beobachtungsgremien für Arbeitskräfte, Beschäftigung, Einkommen, Bildung und Ausbildung eingerichtet werden. Darüber hinaus sollten Vergleichsstudien und Bewertungen von Ausbildungssystemen vorgenommen werden.

*Dänemark.* Auch die Sozialpartner sollten in bezug auf diese Herausforderung konsultiert werden.

FTF: In die Liste möglicher Forschungsgebiete ist folgendes aufzunehmen: Anreize zur Förderung der Motivation und des realen Zugangs zu Bildung, beispielsweise Anerkennung informeller Kompetenzen, Ausgleichszahlungen/Bildungssubventionen, individuelle Ausbildungspläne usw.

*Deutschland.* BDA: a) bis e) Prinzipiell ja, allerdings sollte statt Forschung über (Aus-)Bildung lieber in die (Aus-)Bildung selber investiert werden, zumal zahlreiche Untersuchungen vorliegen.

*Finnland.* f) Forschungen über konkrete Anwendungen von HRD und Ausbildung in Betrieben.

*Ghana.* TUC: f) Es sollte auch auf die Rolle staatlicher und privater Arbeitsvermittlungstellen bei der Zusammenstellung von Arbeitsmarktinformationen hingewiesen werden.

*Griechenland.* f) Das Potential der Frauen als Teil der Erwerbsbevölkerung sollte voll genutzt werden; ferner sollte der Grundsatz der Gleichbehandlung bei der Entwicklung von HRD-Politiken und -Strategien gewährleistet sein.

*Guinea-Bissau.* f) Fernunterricht.

*Indien.* EAR: a) bis e) Ja. f) Alle Informationen müssen auf dem Internet abrufbar sein.

EFI: a) bis e) Ja.

IMC: c) Nein.

*Irak.* f) Forschungen über die Lehrlingsausbildung, Ausbildungssysteme und -methoden und Arbeitsschutz.

*Kanada.* f) Es sollte auf Hindernisse im Bereich der Ausbildung und Beschäftigung sowie auf Mittel und Wege zur Beseitigung dieser Hindernisse eingegangen werden.

*Kenia.* f) Es sollten Produktivitätszentren eingerichtet werden.

*Kroatien.* HUP: f) Die Urkunde sollte die Sozialpartner auch dazu ermutigen, ihre Kapazität im Bereich der HRD zu verbessern.

*Kuba.* f) Bezüglich der Kosten der Abwanderung von Wissenschaftlern und deren Folgen für die Entwicklungsländer sollten Forschungen durchgeführt und Maßnahmen empfohlen werden.

*Libanon.* a) bis e) In der Bestimmung sollte die Art der staatlichen Unterstützung und Erleichterung angegeben werden. a), b) und e) Ja, sofern dies von den zuständigen Stellen festgelegt wird. c) In der Urkunde sollten die Parteien angegeben werden, die für die Durchführung derartiger HRD-Politiken und -Strategien im Rahmen des von der Regierung auf dem Weg des Sozialdialogs vorgegebenen grundsatzpolitischen Rahmens verantwortlich sind. d) Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Forschungen sollten sich mit den besten Mechanismen für Investitionen und Ausbildung befassen. f) Eine Bildungskultur.

*Luxemburg.* Andere internationale Einrichtungen haben Studien, Forschungen und Erhebungen im Bereich der HRDT durchgeführt. Doppelarbeit sollte vermieden werden. Beispielsweise sollte auf die Studien des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung hingewiesen werden.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mauritius.* FSCC: f) In der Urkunde sollten die Regierungen dazu ermutigt werden, das Übereinkommen (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, zu ratifizieren und das lebenslange Lernen zu fördern, das für Arbeitnehmer von entscheidender Bedeutung ist. Die Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 87 sollte die uneingeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit gewährleisten, das dem lebenslangen Lernen der Arbeitnehmer Vorschub leistet.

*Mexiko.* f) Die Lehrpläne sind regelmäßig zu überarbeiten und zu aktualisieren.

*Namibia.* f) Es ist zu ermitteln, in welchen Qualifikationen eine rückläufige Nachfrage auf dem Markt besteht.

*Neuseeland.* f) Es sollten Informationen über die Ergebnisse von Bildung und Ausbildung gesammelt werden.

*Niederlande.* VNO-NCW: e) Das Ziel, „die Nachfrage nach Qualifikationen zu ermitteln, zu messen und vorherzusagen“, ist unrealistisch. Die einzig mögliche Alternative ist eine Überwachung der Tendenzen.

Unie mhp: a) bis e) Ja, aber nur allgemein. f) Es sollten auch Vereinbarungen zwischen den Ländern in bezug auf die internationale Anerkennung von Bildungsabschlüssen getroffen werden.

*Norwegen.* a) bis e) Ja, die Notwendigkeit neuer Informationssysteme ergibt sich aus vollkommen neuen Beschäftigungsstrukturen.

*Österreich.* Dieser Punkt sollte ganz allgemein auf Weiterbildung ausgedehnt werden. f) Bei den Forschungen über die Entwicklung der Humanressourcen sollten auch die sozialen Aspekte von Bildung erhoben werden (Bildungsbeteiligung nach sozialem Status).

*Oman.* e) Ja, und die Rolle der IAO sollte festgelegt werden. f) Es sollte auf die Rolle der IAO bei der Unterstützung von Ländern bei der Entwicklung all dieser Aspekte hingewiesen werden.

*Pakistan.* EFP: a) bis c) und d) Ja, in Absprache mit den Sozialpartnern.

*Panama.* f) Es sollte garantiert werden, daß die vom privaten Sektor angebotenen Ausbildungsprogramme ein akzeptables Niveau aufweisen. Das lebenslange Lernen ist zu fördern.

*Philippinen.* f) Unterstützung und Erleichterung von Forschungen über die Möglichkeit des Fernunterrichts bei Ausbildungsdiensten.

*Portugal.* a) bis e) Die Formulierung dieser Fragen ist insofern nicht ganz klar, als sie sich lediglich auf die Rolle der Regierungen beziehen. Es handelt sich hier um einen Bereich, in dem die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten können.

CCP: f) Die Rolle der internationalen Zusammenarbeit und der multinationalen Unternehmen in Entwicklungsländern sollte hervorgehoben werden.

CGTP-IN: d) Ja, einschließlich der Erfahrungen anderer vergleichbarer Länder.

*Rumänien.* d) Ja, einschließlich steuerlicher Anreize, um Arbeitgeber zur Ausbildung ihres Personals zu ermutigen. f) Für Überwachungszwecke sind statistische Indikatoren festzusetzen.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis e) Ja. f) In der Urkunde sollten die Regierungen dazu ermutigt werden, Forschungen über geschlechtsspezifische und HRDT-Probleme zu unterstützen und zu erleichtern.

*Schweden.* a) Ja. Es sollte jedoch deutlich herausgestellt werden, daß die IKT zwar ein wichtiges Instrument, aber kein Selbstzweck ist. Vor allem geht es darum, auf den einzelnen bei seiner Suche nach Wissen und bei seinen Lernprozessen einzugehen, ihn zu motivieren und ihn zu unterstützen. e) Zwar besteht allgemein kein großer Bedarf an Informationen, der Mangel an quantifizierbaren Daten sollte jedoch nicht über eine Entwicklung wie das Lernen am Arbeitsplatz hinwegtäuschen, deren Quantifizierung zunehmend schwieriger wird.

*Schweiz.* a) Nein, die Methodologie für den Qualifikationserwerb liegt nach wie vor in Händen von Ausbildern und Ausbildungsinstitutionen. e) Die Vorhersage der Nachfrage ist schwierig. Die Förderung einer Beobachtungsstelle für Ausbildungsbedarf wäre jedoch eine unterstützenswerte Idee.

UPS: a) bis e) Diese Aspekte sollten anhand der Bedürfnisse jedes Staates bewertet und daher ihrem Ermessen anheimgestellt werden.

*Sri Lanka.* f) Hindernisse bei der Verbesserung des Zugangs von Frauen, Bedürftigen, Behinderten und sonstigen anfälligen Gruppen zur Ausbildung; Ermittlung der Ursachen für die geringe Wertschätzung und den geringen sozialen Wert, der der Berufsbildung beigemessen wird.

*Südafrika.* a) bis e) Ja. f) Darüber hinaus sollte auf Arbeitsvermittlungsdienste und weitere Aspekte der Informationsverbreitung und Kommunikationen bezüglich der Bedeutung der HRD bzw. Qualifizierung hingewiesen werden. Auch sollte auf die Frage der Übertragbarkeit von Fertigkeiten und die Notwendigkeit eingegangen werden, dies so zu handhaben, daß kein Massenexodus seltener Qualifikationen aus Entwicklungsländern in Industrieländer stattfindet. So sollte von der aktiven Rekrutierung von Personen mit derartigen Qualifikationen aus Entwicklungsländern durch Industrieländer abgeraten werden; außerdem sollten Industrieländer dazu ermutigt werden, ihren Beitrag zu Stipendien innerhalb ihrer Entwicklungshilfeportefeuilles zu erhöhen. Bei dieser Frage kann auf den Abschnitt über Arbeitsvermittlungsdienste verwiesen werden.

*Uganda.* a) bis e) Dies sollte in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, NGOs und dem privaten Sektor erfolgen. f) Forschungen über verloren gegangenen traditionelle Fertigkeiten wie Schmiedearbeiten und handwerkliche Arbeiten.

*Vereinigte Arabische Emirate.* f) Die gemeinsame Verantwortung der Regierungen und der Sozialpartner für die Ausbildung und die hierfür erforderliche Grundlage.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: a) bis e) Ja.

*Vereinigtes Königreich.* a) bis e) Ja, mit den üblichen Vorbehalten bezüglich der Fähigkeit und der vorrangigen Betonung von praktischer Arbeit. Darüber hinaus sollten nicht nur die Regierungen dazu ermutigt werden, sondern alle Sozialpartner sowie andere Gruppen.

*Zypern.* f) Forschungen über den Bedarf an neuen Qualifikationen (neuen Berufsbildern) durch Unternehmen, den einzelnen und die Wirtschaft insgesamt.

Die Antworten auf die Unterabsätze dieser Frage fielen überwiegend positiv aus. Einige sprachen sich dafür aus, diese Bestimmung um folgendes zu erweitern: Ermutigung der Sozialpartner zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten auf dem Gebiet der HRD; Bewertung der Kosten der Abwanderung von Wissenschaftlern aus Entwicklungsländern; konkrete Anwendung der Ausbildung und

Entwicklung der Humanressourcen in Organisationen; die Rolle der staatlichen und privaten Arbeitsvermittlungsdienste bei der Sammlung von Arbeitsmarktinformationen; die Gründung von Produktivitätszentren; die Festlegung statistischer Indikatoren für Überwachungszwecke; und die Realisierbarkeit des Fernunterrichts. Bei der Nennung dieser Punkte zeichnete sich aber keine klare Tendenz ab.

## XII. Technische Zusammenarbeit

**Fr. 21** *Sollte die Urkunde Anleitungen zur technischen Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen liefern:*

- a) *um mehr Möglichkeiten für Frauen und Männer zu fördern, eine menschenwürdige Arbeit zu erlangen?*
- b) *um den Aufbau innerstaatlicher Kapazitäten zur Reform und Entwicklung der Ausbildungspolitiken und -programme zu fördern, einschließlich der Entwicklung der Fähigkeit zu einem sozialen Dialog und zur Schaffung von Partnerschaften im Bereich der Ausbildung?*
- c) *um die technische Zusammenarbeit zwischen Regierungen, den Sozialpartnern, dem privaten Sektor und den internationalen Organisationen zu fördern?*
- d) *in sonstiger Weise? (bitte angeben)*

*Gesamtzahl der Antworten: 93.*

a) *Gesamtzahl der Antworten: 87. Bejahend: 80. Verneinend: 1. Sonstige: 6.*

b) *Gesamtzahl der Antworten: 89. Bejahend: 84. Verneinend: 1. Sonstige: 4.*

c) *Gesamtzahl der Antworten: 91. Bejahend: 84. Verneinend: 1. Sonstige: 6.*

d) *Gesamtzahl der Antworten: 27.*

*Bejahend:* Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bahrain, Barbados, Benin (a bis c)), Bolivien (c)), Botsuana, Brasilien, Burundi, Chile, China (a bis c)), Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana (a bis c)), Griechenland, Guatemala, Guinea-Bissau (a bis c)), Honduras, Indien, Indonesien, Irak (a bis c)),

Israel (c)), Italien, Japan, Jemen (b)), Jugoslawien (a bis c)), Kanada (a bis c)), Kasachstan (c)), Katar, Kenia, Kroatien, Kuba (a und b)), Lettland, Libanon (a bis c)), Litauen, Malaysia, Malta, Mauritius (a bis c)), Mexiko (a bis c)), Myanmar, Namibia (a bis c)), Neuseeland, Nicaragua, Nigeria, Österreich, Oman (b und c)), Pakistan, Panama (a bis c)), Papua-Neuguinea, Peru (b und c)), Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien (a bis c)), San Marino, Schweden (a bis c)), Schweiz (b und c)), Seschellen, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Spanien, Sri Lanka (a bis c)), Surinam, Arabische Republik Syrien (a bis c)), Thailand, Togo, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Uganda (a bis c)), Ukraine, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate (a bis c)), Vereinigtes Königreich (a und b)), Zentralafrikanische Republik, Zypern.

*Verneinend:* Benin (d)), Ghana (d)), Jugoslawien (d)), Mauritius (d)), Norwegen.

*Sonstige:* Bulgarien (d)), China (d)), Guinea-Bissau (d)), Irak (d)), Irland, Kanada (d)), Kuba (c)), Libanon (d)), Mexiko (d)), Republik Moldau, Namibia (d)), Niederlande, Oman (a und d)), Panama (d)), Rumänien (d)), Schweden (d)), Schweiz (a)), Sri Lanka (d)), Südafrika, Arabische Republik Syrien (d)), Uganda (d)), Vereinigte Arabische Emirate (d)), Vereinigtes Königreich (c) und d)).

*Barbados.* BEC: d) Verstärkte Zusammenarbeit zwischen regionalen und internationalen Ausbildungseinrichtungen.

*Bulgarien.* d) Ausarbeitung von Jugendprogrammen, die in frühester Kindheit ansetzen; Kombination von sozialen und Lebenskompetenzen mit beruflichen Qualifikationen; allgemeine Erleichterung des Zugangs zu Programmen der technischen Zusammenarbeit; weltweite Einrichtung von multidisziplinären HRD-Programmen.

*China.* d) In Entwicklungsländern sind Fragen wie traditionelle Industrien, ländliche Arbeitskräfte, die Landflucht und die Förderung der technischen Zusammenarbeit mit Industrieländern von Bedeutung.

*Dänemark.* FTF: Was die Fragen 17 bis 21 anbelangt, so ist es besonders wichtig, Kenntnisse über die Auswirkung von Bildungsmaßnahmen zu verbessern und quantitative und qualitative Indikatoren zu entwickeln. Die Arbeiten der OECD sollten weitergeführt werden, wobei der Schwerpunkt auf der Definition nützlicher qualitativer Indikatoren liegen sollte.

*Deutschland.* b) Die verantwortliche, aufeinander abgestimmte Einbindung von Staat, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft gewährleistet eine größtmögliche Abstimmung von Inhalten, Verfahren und Organisationsformen der Qualifizierung für und in der Arbeitswelt und den Arbeitsmärkten. Sie trägt darüber hinaus dazu bei, eine nachhaltige Finanzierung von Qualifizierung abzusichern. c) Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen beeinflussen die Schaffung, aber auch die

Erhaltung von Arbeit und Einkommen und sind folglich im Zusammenhang von Qualifizierung mit zu berücksichtigen.

*Guinea-Bissau.* d) Förderung der Kooperation zwischen zwei oder mehr Mitgliedsstaaten.

*Irak.* d) Veranstaltung einer Jahreskonferenz über Ausbildung für den Erfahrungsaustausch unter Staaten und die Entwicklung einer zwischenstaatlichen Kooperation.

*Irland.* d) Aufbau von lokaler Kapazität und von kommunalen Bildungsmodellen; Entwicklung von Unterstützungsstrukturen und Vorkehrungen für die Zulassung und für Partnerschaften zwischen gesetzlichen und freien Trägern; Erleichterung des Fortschritts marginalisierter Gruppen und Personen; Verbreitung von Unterrichtsmethoden und guter Praxis.

*Irischer Gewerkschaftskongreß (ICTU):* d) Förderung der Kapazität internationaler Organisationen zur Verbreitung guter Praxis.

*Japan.* b) Der Satzteil „Entwicklung der Fähigkeit zu einem sozialen Dialog und zur Schaffung von Partnerschaften“ ist erklärungsbedürftig.

*Kanada.* d) Es ist zu prüfen, auf welche andere Weise die Urkunde Leithilfe zur technischen Zusammenarbeit im Bereich der Humanressourcenentwicklung und -ausbildung geben kann.

*Kroatien.* HUP: d) Förderung der technischen Zusammenarbeit von regionalen und internationalen Ausbildungseinrichtungen.

*Kuba.* b) und c) An die innerstaatlichen Verhältnisse angepaßt.

*Libanon.* a) bis c) Ja, obgleich der Beschluß über die Notwendigkeit einer derartigen Zusammenarbeit jedem Staat überlassen bleiben sollte. c) Die IAO spielt in der technischen Zusammenarbeit durch ihre Strategie der menschenwürdigen Arbeit und andere Programme eine Hauptrolle. d) Die IAO muß eine Datenbank über die Terminologie der Berufsbildung, insbesondere der Weiterbildung, und über beste Praktiken beim Aufbau eines Rahmens für berufliche Qualifikationen bereitstellen, und sie muß Forschungen und Studien über die Anerkennung des frühen Gelernten durchführen.

*Marokko.* FCCIS: Ja.

*Mexiko.* d) Die Urkunde sollte auch die horizontale Zusammenarbeit von staatlichen Organisationen im Bildungs- und Arbeitssektor fördern.

*Republik Moldau.* d) Die Urkunde sollte eine intensive technische Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder und Gesellschaften fördern.



*Namibia.* d) Es sollten bessere Möglichkeiten für benachteiligte Jugendliche zur Erlangung einer menschenwürdigen Arbeit gefördert werden.

*Niederlande.* Der Ausdruck „technische Zusammenarbeit“ sollte definiert werden.

VNO-NCW: a) bis c) Ja.

Unie mhp: a) bis c) Ja.

*Norwegen.* NHO: a) bis c) Nein. Frage 21 ist zu ungenau.

LO: a) Nein. Die Förderung von mehr Möglichkeiten für Männer und Frauen, eine menschenwürdige Arbeit zu erlangen, sollte nicht auf der Grundlage der technischen Zusammenarbeit erfolgen. Dies ist die Verantwortung von Regierungen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern.

*Oman.* a) Dies sollte der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis überlassen bleiben. d) Die IAO sollte ein Sonderprogramm zur Unterstützung von Ländern schaffen, damit diese von technischer Hilfe profitieren können.

*Panama.* d), e) und f) Um Gleichstellungsperspektiven und Umweltfragen in die Bildung zu integrieren; staatliche und private Bildungs- und Ausbildungssysteme sind so zu regulieren, daß sie Normen für Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Entwicklung erfüllen; bei der Entwicklung von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen sollte auf IKT zurückgegriffen werden, und dies sollte auf die Gesellschaftssektoren mit dem dringendsten Entwicklungsbedarf ausgeweitet werden.

*Polen.* a) bis c) Um den optimalen Zugang zur Ausbildung zu gewährleisten und soziale Ausgrenzung zu verhüten.

*Portugal.* CCP: d) Es wäre sinnvoll, wenn in der Urkunde eine Unterscheidung zwischen der technischen Zusammenarbeit unter nationalen Akteuren und der internationalen Zusammenarbeit getroffen würde.

*Rumänien.* c) Ja, da die Diversifizierung des Ausbildungsangebots eine größere Beteiligung der Arbeitsmarktakteure und den Aufbau nationaler und internationaler Partnerschaften zur Förderung der Beschäftigung durch Weiterbildung voraussetzt. d) Die grenzüberschreitende Mobilität und die Weitergabe guter Praxis sollten gefördert werden.

*Russische Föderation.* FNPR: a) bis c) Ja.

*Schweden.* d) Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit sollten auch Kleinbetriebe in der Lage sein, IKT-Unterstützung zu erhalten.

*Schweiz.* a) Dies dürfte eine Frage der Arbeitsmarktpolitik sein.

*Slowakei.* KOZ SR: Unterstützung für die Schaffung eines HRD-Informationssysteme für die Sozialpartner.

*Sri Lanka.* d) Förderung der Informationsverbreitung über Forschungsergebnisse, gute Praxis, Innovationen usw. im Ausbildungsbereich.

EFC: d) Durch die Förderung der technischen Zusammenarbeit.

LJEWU: c) Es ist unbedingt erforderlich, daß Regierungen auf partnerschaftlicher Grundlage in enger Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor und nationalen und internationalen Organisationen vorgehen. In offenen Wirtschaften und nationalen Entwicklungsprogrammen kommt dem privaten Sektor eine dominante Rolle zu.

*Südafrika.* Dies ist dahingehend zu erweitern, daß der Norden auf Initiativen des Südens, beispielsweise die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD), auf unterschiedliche Weise einzugehen hat, beispielsweise durch die Verpflichtung, den Kapazitätsaufbau in den von NEPAD als vorrangig bezeichneten Programmen zu unterstützen, Partnerinstitutionen für Kompetenzzentren im Bereich der Ausbildung in Afrika zu ermitteln, lokalen Beratern Gelegenheit zum Erwerb von Erfahrungen in großen, technologisch anspruchsvollen Programmen zu bieten und Stipendienprogramme wieder einzuführen.

COSATU: Ja. In der Urkunde sollte eine stärkere internationale Unterstützung und Hilfe im Bereich der Bildung und Ausbildung vorgesehen werden. Die Urkunde sollte auf den deutlichen Exodus von Qualifikationen aus Entwicklungsländern in Industrieländer hinweisen, wobei viele Entwicklungsländer in Bildung investieren, während die Industrieländer den Nutzen daraus ziehen. Dies sollte verhindert werden, bzw. es sollten geeignete Kompensationsformen entwickelt werden. In der Urkunde sollte ferner vorgesehen werden, daß im Rahmen der technischen Zusammenarbeit gemeinsame regionale Zulassungssysteme mit voller Beteiligung der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen zu entwickeln sind.

*Arabische Republik Syrien.* d) Die internationale Gemeinschaft sollte sich bemühen, einen Schuldenerlaß oder gegebenenfalls eine vollständige Entschuldung zu ermöglichen, um einen Beitrag zur Mobilisierung von Ressourcen für die Vermittlung der Rechen-, Schreib- und Lesefähigkeit und die IKT-Ausbildung zu erbringen.

*Tschechische Republik.* SPD ČR: d) Gewährleistung des Zugangs zur Ausbildung auf gleichberechtigter Grundlage und Gleichbehandlung bei der Anerkennung von Qualifikationen.

*Uganda.* d) Die Förderung der Ausbildung auf Gemeinschaftsebene.

*Vereinigte Arabische Emirate.* d) Die Förderung von Ausbildungsmöglichkeiten in ländlichen Gebieten, um im Bereich der Humanressourcenentwicklung eine Ausgewogenheit zwischen ländlichen und städtischen Gebieten zu erreichen.

*Vereinigte Staaten.* USCIB: a) Ja. b) Ja, sofern eine verlässliche Quelle für eine solche Anleitung vorhanden ist. c) Ja. d) Entfällt.

AFL-CIO: c) Ja.

*Vereinigtes Königreich.* a) Ja, diese Anleitung sollte aber gewährleisten, daß die Humanressourcenentwicklung voll in alle IAO-Tätigkeiten einfließt. Letztlich ist menschenwürdige Arbeit das Ziel der technischen Zusammenarbeit, und Humanressourcenentwicklung ist ein Mittel und kein Selbstzweck. Die Urkunde sollte eine klare Orientierung geben und dem Amt eine detaillierte Anleitung überlassen. b) Zur technischen Zusammenarbeit in diesem Bereich sollte der Informations- und Erfahrungsaustausch zählen. c) Dies ist erklärungsbedürftig. Aus der Frage läßt sich ableiten, daß eine Anleitung zur technischen Zusammenarbeit zur Förderung der technischen Zusammenarbeit erwünscht ist. Sollte darunter zu verstehen sein, daß eine Anleitung zur Förderung der technischen Zusammenarbeit erwünscht ist, so sollte dies in einem separaten Absatz aufgeführt werden. Als Modell könnte Absatz 16 der Empfehlung (Nr. 190) betreffend die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999, dienen. d) Es sollten Hinweise gegeben werden, wie die Unterstützung der Humanressourcenentwicklung mit anderen Tätigkeiten zur Beseitigung von Armut (insbesondere in Strategieprogrammen zur Armutsverringering) und nationalen Beschäftigungsplänen und -strategien verbunden werden kann.

In der großen Mehrheit der Antworten wurde erklärt, daß die Urkunde folgendes fördern sollte: mehr Möglichkeiten für Männer und Frauen, eine menschenwürdige Arbeit zu erlangen; Aufbau innerstaatlicher Kapazitäten zur Reform und Entwicklung der Ausbildungspolitiken und -programme, einschließlich der Entwicklung der Fähigkeit zu einem sozialen Dialog und zur Schaffung von Partnerschaften im Bereich der Ausbildung; technische Zusammenarbeit zwischen Regierungen, den Sozialpartnern, dem privaten Sektor und den internationalen Organisationen. In einigen Antworten wurden andere Wege genannt, durch die die Urkunde eine Anleitung zur technischen Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen geben könnte; dabei zeichnete sich jedoch keine klare Tendenz ab.



## **VORGESCHLAGENE SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Nachstehend werden die vorgeschlagenen Schlußfolgerungen wiedergegeben, die aufgrund der im vorliegenden Bericht zusammengefaßten und kommentierten Antworten auf den Fragebogen ausgearbeitet worden sind. Die Schlußfolgerungen wurden in der üblichen Form abgefaßt und sind dazu bestimmt, der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 91. Tagung (2003) als Grundlage für die Aussprache über den vierten Punkt ihrer Tagesordnung zu dienen.

### **I. Form der Urkunde**

1. Die Internationale Arbeitskonferenz sollte eine neue internationale Urkunde über die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen annehmen.
2. Die Urkunde sollte die Form einer Empfehlung erhalten.

### **II. Präambel**

3. Die Urkunde sollte eine Präambel enthalten, in der auf die einschlägigen IAO-Urkunden verwiesen wird, die die folgenden einschließen könnten:
  - a) das Übereinkommen über die Erschließung des Arbeitskräftepotentials, 1975;
  - b) die Dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik;
  - c) die Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemaßnahmen;
  - d) die Schlußfolgerungen über die Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen, die auf der 88. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen worden sind.

### **III. Zweck, Geltungsbereich und Begriffsbestimmung**

4. Die Urkunde sollte empfehlen, daß die Mitglieder innerstaatliche Maßnahmen zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen formulieren, anwenden und überwachen, die mit anderen wirtschafts- und sozialpolitischen

Maßnahmen vereinbar sind, auf einem sozialen Dialog beruhen und den verschiedenen Rollen des Staates und der Sozialpartner Rechnung tragen.

5. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen, Maßnahmen zur Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen festzulegen, die:

- a) das lebenslange Lernen und die Beschäftigungsfähigkeit erleichtern;
- b) wirtschaftliche und soziale Ziele im Rahmen der globalen Wirtschaft und der wissens- und qualifikationsbasierten Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigen, wobei das Schwergewicht auf eine ausgewogene und nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, menschenwürdige Arbeit, soziale Integration und die Verringerung der Armut gelegt wird;
- c) die Bedeutung der Innovation, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Wirtschaft sowie der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer betonen;
- d) der Herausforderung Rechnung tragen, die Tätigkeiten der informellen Wirtschaft in menschenwürdige Arbeit umzuwandeln, die voll in das normale Wirtschaftsleben integriert ist;
- e) die öffentlichen und privaten Investitionen in die für den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) benötigte Infrastruktur, in Bildungs- und Ausbildungs-Hardware und -Software und in die Ausbildung von Lehrern und Ausbildern erweitern, wobei lokale, nationale und internationale Kooperationsnetzwerke genutzt werden.

6. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen:

- a) anzuerkennen, daß alle Menschen ein Recht auf Bildung und Ausbildung haben, und in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern einen universellen Zugang hierzu sicherzustellen;
- b) eine innerstaatliche Strategie festzulegen und einen institutionellen Rahmen zu schaffen für die Entwicklung und Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen (auf nationaler, regionaler, lokaler, sektoraler und betrieblicher Ebene), die die Sozialpartner einbeziehen, den sozialen Dialog fördern und die Rolle der verschiedenen Parteien festlegen;
- c) die Humanressourcen- und Ausbildungspolitik mit der Politik zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in Einklang zu bringen (z.B. durch regionale oder industrielle Entwicklung);
- d) einen nationalen Qualifikationsrahmen einzurichten, um das lebenslange Lernen zu erleichtern, den Unternehmen und den Arbeitsvermittlungsstellen dabei zu helfen, die Nachfrage nach Qualifikationen mit dem Angebot in Einklang zu bringen, Personen bei der Ausbildungs- und Berufswahl zu beraten und die Anerkennung erworbener Kenntnisse zu erleichtern;
- e) ein innerstaatliches Ausbildungssystem zu entwickeln, das den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten angepaßt ist;

- f) die Hauptverantwortung für Investitionen in die Grundbildung und die Erstausbildung zu übernehmen;
- g) in andere Formen der Ausbildung zu investieren;
- h) ein allgemeines wirtschaftliches Umfeld und Anreize zu schaffen, durch die Einzelpersonen und Unternehmen angeregt werden, einzeln oder gemeinsam in Bildung und Ausbildung zu investieren;
- i) den sozialen Dialog über Fragen der Ausbildung auf verschiedenen Ebenen (auf nationaler, regionaler, lokaler, sektoraler und betrieblicher Ebene) zu stärken;
- j) andere Tätigkeiten durchzuführen.

#### **IV. Durchführung der Ausbildungspolitik**

7. Die Urkunde sollte die Entwicklung, Organisation und Aufrechterhaltung von umfassenden, koordinierten und flexiblen Systemen für das lebenslange Lernen und die Ausbildung anregen, unter Berücksichtigung der Hauptverantwortung des Staates für die Grundbildung und Ausbildung und der Rolle der Sozialpartner im Bereich der Weiterbildung. Die Systeme sollten folgendes umfassen: eine obligatorische Grundbildung; elementare Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten; berufsvorbereitendes Lernen und berufsvorbereitende Ausbildung; Fort- und Weiterbildung.

8. Die Urkunde sollte den sozialen Dialog im Bereich der Ausbildung fördern als Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Ausbildungssysteme, die Relevanz, Qualität und Kostenwirksamkeit der Programme und die Förderung der Chancengleichheit.

#### **V. Grundbildung und berufsvorbereitende Ausbildung**

9. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen:

- a) Grundbildung und berufsvorbereitende Ausbildung zu vermitteln;
- b) den Zugang zur Grundbildung und berufsvorbereitenden Ausbildung und die Chancengleichheit zu verbessern, um die Ausgrenzung zu bekämpfen;
- c) Ansätze für eine nichtformale Grundbildung und berufsvorbereitende Ausbildung zu entwickeln;
- d) die neue Informations- und Kommunikationstechnologie für das Lernen und die Ausbildung umfassend zu nutzen;
- e) Berufsinformation und Berufsberatung sicherzustellen.

## **VI. Ausbildung berufstätiger Arbeitnehmer**

10. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen:

- a) eine systematische Ermittlung der von Unternehmen, Einzelpersonen und der Wirtschaft als Ganzes benötigten Qualifikationen zu fördern;
- b) das am Arbeitsplatz Erlernte, einschließlich von auf formalem und informellem Weg Erlerntem, und die Arbeitserfahrung anzuerkennen;
- c) Initiativen der Sozialpartner und die Rolle der Ausbildung im zweiseitigen Dialog und in Gesamtarbeitsverträgen zu unterstützen;
- d) zu erwägen, auf verschiedenen staatlichen Ebenen dreigliedrige Ausbildungsvereinbarungen in die Wege zu leiten;
- e) Hauptverantwortung für die Förderung von Investitionen in die Ausbildung zu übernehmen;
- f) die Rolle der Sozialpartner, der Unternehmen und des einzelnen Arbeitnehmers bei Investitionen in die Ausbildung anzuerkennen;
- g) die Ausweitung des Lernens und der Ausbildung am Arbeitsplatz unter Einsatz hochleistungsfähiger Arbeitspraktiken und der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung, mit öffentlichen und privaten Anbietern, und unter größerer Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie zu fördern;
- h) das Humanressourcen-Management auf der Ebene des Betriebs zu fördern;
- i) Strategien, Maßnahmen und Programme für Chancengleichheit zu entwickeln, um die Ausbildung für weibliche Arbeitnehmer sowie für Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen, in der informellen Wirtschaft und im ländlichen Sektor sowie für selbständig Erwerbstätige zu fördern und durchzuführen;
- j) die Berufsberatung für berufstätige Arbeitnehmer zu fördern;
- k) sonstige Initiativen durchzuführen.

## **VII. Rahmen für die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen**

11. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen, folgendes in Betracht zu ziehen:

- a) die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen, einschließlich des Grundsatzes, daß die Qualifikationen einer Person anerkannt und zertifiziert werden sollten, unabhängig davon, wo diese Qualifikationen erworben wurden;



- b) den rechtlichen und institutionellen Rahmen, die Rolle der Sozialpartner, die Teilung der Verantwortlichkeiten und die Finanzierung der Mechanismen für die Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen;
- c) die Anerkennung des früher Gelernten;
- d) sonstige Fragen.

### **VIII. Ausbildung für menschenwürdige Arbeit und soziale Integration**

12. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen, folgendes in Betracht zu ziehen:

- a) die Hauptrolle der Regierung bei der Ausbildung von Personen mit besonderen Bedürfnissen, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln und zu verbessern;
- b) die Rolle der Sozialpartner bei der Wiedereingliederung von Personen mit besonderen Bedürfnissen in die Erwerbsbevölkerung;
- c) die Einbeziehung der Sozialpartner und der örtlichen Behörden und Gemeinschaften bei der Durchführung von Programmen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen;
- d) die Unterstützung von Personen mit besonderen Bedürfnissen beim Erhalt menschenwürdiger Arbeit.

13. Die Urkunde sollte einen verbesserten Zugang zum lebenslangen Lernen und zur Ausbildung für alle fördern, um soziale Ausgrenzung zu verhindern und zu bekämpfen.

14. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen, Gruppen mit besonderen Bedürfnissen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

### **IX. Ausbildungsanbieter**

15. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen, die Vielfalt des Ausbildungsangebots zu fördern und flexible ordnungspolitische Rahmen zu entwickeln, die den innerstaatlichen Verhältnissen angepaßt sind und die die formale und informelle Durchführung sowie das Lernen und die Ausbildung am Arbeitsplatz, einschließlich der Lehrlingsausbildung, umfassen.

16. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen:

- a) einen rechtlichen Rahmen für die Zertifizierung der Qualifikationen von Ausbildungsanbietern zu entwickeln;
- b) die Rolle des Staates und der Sozialpartner bei der Förderung der Ausweitung und Diversifizierung des Ausbildungsangebots zu bestimmen;

- c) Richtlinien für die Verbesserung der Qualitätskontrolle und der Bewertung der Ergebnisse der Ausbildung festzulegen.

#### **X. Unterstützungsdienste für die Humanressourcenentwicklung, das lebenslange Lernen und die Ausbildung**

17. Die Urkunde sollte vorsehen, daß die Mitglieder:

- a) bei der Durchführung von regelmäßigen Bevölkerungserhebungen Informationen über Bildungsstand, Qualifikationen, Ausbildungstätigkeiten sowie Beschäftigung und Einkommen sammeln sollten;
- b) Datenbanken sowie quantitative und qualitative Indikatoren für das innerstaatliche Ausbildungssystem einführen sollten, einschließlich der Ausbildung auf Ebene des Betriebs;
- c) Informationen über Qualifikationen aus einer Vielfalt von Quellen, einschließlich Längsschnittstudien, sammeln sollten, ohne sich dabei auf traditionelle Berufsklassifikationen zu beschränken.

18. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen, die Entwicklung der Fähigkeit zur Analyse von Tendenzen in den Arbeitsmärkten und in der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen zu fördern und zu erleichtern.

19. Die Urkunde sollte die Mitglieder anregen:

- a) Berufsinformation und Berufsberatung bereitzustellen im Hinblick auf: die Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit; den Zugang zu Bildungs-, Ausbildungs- und aktiven Arbeitsprogrammen; Methoden der Arbeitsplatzsuche; den Zugang zur Anerkennung und Zertifizierung von Qualifikationen während des gesamten Lebens;
- b) die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie bei den Beratungsdiensten zu fördern;
- c) die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der öffentlichen und privaten Arbeitsvermittlungsdienste, der Sozialpartner und sonstiger Parteien zu bestimmen.

#### **XI. Forschungsarbeiten über Fragen der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen**

20. Die Urkunde sollte die Regierungen anregen, Forschungsarbeiten über die Entwicklung der Humanressourcen, das Lernen und die Ausbildung zu unterstützen und zu erleichtern, einschließlich:

- a) der Lern- und Ausbildungsmethodologien, einschließlich der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologie bei der Ausbildung;

- 
- b) der Qualifikations- und Qualifikationsanerkennungsrahmen;
  - c) der Politiken, Strategien und Rahmen für die Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen;
  - d) der Investitionen in die Ausbildung sowie der Effizienz und der Wirkung von Ausbildung;
  - e) der Ermittlung, Messung und Vorhersage der Nachfrage nach Qualifikationen;
  - f) sonstiger Fragen.

## **XII. Technische Zusammenarbeit**

21. Die Urkunde sollte Anleitungen zur technischen Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklung und Ausbildung der Humanressourcen liefern:

- a) um mehr Möglichkeiten für Frauen und Männer zu fördern, eine menschenwürdige Arbeit zu erhalten;
- b) um den Aufbau innerstaatlicher Kapazitäten zur Reform und Entwicklung ausbildungspolitischer Maßnahmen und Programme zu fördern, einschließlich der Entwicklung der Fähigkeit zu einem sozialen Dialog und zur Schaffung von Partnerschaften im Bereich der Ausbildung;
- c) um die technische Zusammenarbeit zwischen Regierungen, den Sozialpartnern, dem privaten Sektor und den internationalen Organisationen zu fördern;
- d) in sonstiger Weise.